216. Ausgabe • 37. Jahrgang — München, Mittwoch, 24. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27 460, 23 695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20 647. Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München 11 346

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 150 000 000, auswärts M. 250 000 000. Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Die wahren Urheber des rheinischen Hochverrats

Der lange vorbereitete Dolchstoß der Zentrumspartei

Tagesspiegel

Der Bolschewistenhäuptling Brandler wurde Chef der sächsischen Staatskanzlei.

Blutige Zusammenstöße zwischen Reichswehr und Erwerbslosen in Dresden.

Der Brotpreis in Berlin 5,5 Milliarden.

Der Putsch der Hochverräter in Koblenz ist mißlungen.

Stinnes und andere Industrielle unterhandeln vergeblich mit den Franzosen.

In Trier gehen die Hochverräter mit Deutschenverhaftungen und Ausweisungen vor.

Generalstreik in Wiesbaden.

Bonn ist von den Separatisten genommen.

Schwere Unruhen in Hamburg.

Der Verrat am Rhein

Es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der perfide Hochverrat, den wir im Augenblick im Rheinland erleben, im Gegensatz zu früheren Putschen eingehend vorbereitet worden ist, nicht nur materiell, sondern auch geistig. Die materiellen Vorbereitungen auf seiten der Franzosen haben nur eine Fortsetzung der alten Rheinlandpolitik Ludwigs XIV. zum Ziel. In diesen Tagen, da das deutsche Volk sich in höchster Not befindet, wo es, durch den Novemberverrat ins Elend gekommen, verzweifelt nach einem Ausweg sucht, haben sich die Hochverräter mit den Franzosen und Belgiern zusammengetan, um ein langersehntes französisches Ziel zu verwirklichen. Es ist aber ganz undenkbar, daß ein separatistischer Putsch in solchem Umfange gelingen konnte, selbst wenn er noch so gut materiell vorbereitet ist, wenn nicht das Volk am Rhein vorher geistig bearbeitet, vergiftet wurde, um es dann im gegebenen Augenblick zum willkommenen Werkzeug des Hochverrats zu machen, um dann nachher auf den „Volkswillen" verweisen zu können. Wären die Treugelöbnisse alle echt gewesen, die z. B. die rheinischen Zentrumsführer im Namen der Bevölkerung immer wieder losließen, wären sie nicht eitle Spiegelfechterei, Sand in die Augen des übrigen Deutschland gewesen, das rheinische Volk, das zum sehr großen Teil im Lager des Zentrums steht, hätte trotz der französischen Protektion den Hochverrätern allerorts eine schwere Abfuhr zuteil werden lassen müssen. Aber überall fast (mit Ausnahme von Koblenz bis jetzt) sind die Hochverräter durchgedrungen, und bezeichnenderweise finden sich unter den Führern der Aufstandsbewegung lauter Leute, von denen nicht bekannt ist, daß sie im Lager des Zentrums stehen. Das Zentrum hat also hier seine alte Taktik beibehalten, es läßt andere die Kastanien für seine Zwecke aus dem Feuer holen, um nachher seine Hände in Unschuld waschen zu können. (Was auch in Bayern beabsichtigt ist.) Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eigentlichen Drahtzieher und intellektuellen Urheber des rheinischen Hochverrats in Zentrumskreisen zu suchen sind. Da ist z. B. der Redakteur des kölnischen Zentrumsorgans, Dr. Froberger, von dem unser Berichterstatter in Madrid im gestrigen Leitartikel berichten konnte, daß er von den Dorten und anderen Kreaturen als von „rheinischen Patrioten" spricht, während er die Schandtaten der Franzosen totschweigt! Zum Verständnis muß man hinzufügen, daß Dr. Froberger Mitglied der von dem deutschfeindlichen Kardinal Lavigerie gegründeten Kongregation der „Weißen Väter" ist; deren Aufgabe nach den Worten des Stifters ist: travailler pour la France (arbeiten für Frankreich). Da ist ferner der Sekundant Dortens, Pfarrer Kastert, ehemaliger Führer des rheinischen Zentrums; da ist der bekannte Theologe, Zentrumsabgeordnete und Paritätsquerulant **Dr. Lauscher, der nicht genug gegen Preußen** scharf machen kann; er war lange Zeit der leidenschaftlichste Vorkämpfer der rheinischen Autonomie, bis er dies aus parteitaktischen Gründen zurückstecken mußte. Am 5. November 1920 hatte Lauscher noch im preußischen Landtag erklärt, **daß das Zentrum auf die dauernde Aufrechterhaltung Preußens keinen Wert legt.** Heute trieft Lauscher von Reichstreue, und Pfarrer Kastert mußte wegen seiner separatistischen Tätigkeit hinter die Zentrumsparteitribüne treten. Am 7. Oktober erklärte der Zentrumsabgeordnete und Geheimer Regierungsrat im Koblenzer Regierungspräsidium, von Guérard, im katholischen Leseverein in Koblenz, daß die rheinischen Abgeordneten ein „freies" Rheinland haben wollten. Und ein anderer einflußreicher Führer, Rechtsanwalt Lönartz, äußerte sich, daß die **Provinzialautonomie nicht genügen könne, man wolle dieselben Rechte wie die anderen Bundesstaaten.** Lönartz setzt seinerseits die Hoffnung auf den verstorbenen Zentrumsführer Trimborn, und dieser sprach ja auch in einer Reichstagsrede im Herbst 1920 von der Neugliederung des Reiches unter dem Gesichtspunkte der Aufteilung Preußens. Aber auch im nichtrheinischen Zentrum gab es Leute, die offen mit Plänen spielten, wie sie heute im Rheinland offenbar Wirklichkeit geworden sind.

Mit aller Bestimmtheit erklärte schon 1920 **der Führer der katholischen sozialstudentischen** Bewegung Deutschlands, Dr. Sonnenschein, **Kandidat des Zentrums für den preußischen Landtag, in einem Vortrag in Wien: „Das Bild Deutschlands wird in nächster Zukunft folgendes sein:** Die bisherigen Bundesstaaten bleiben ungeteilt, **während Preußen in drei bis vier gleichberechtigte Bundesstaaten gegliedert wird.** Dies bedeutet das **Ende der preußischen Vorherrschaft.** Herrscht in Bayern eine große Abneigung gegen den preußischen Geist, so vergrößert sie sich jenseits der österreichischen Grenzpfähle noch bedeutend. — Vielleicht ist auch die geschichtliche Rolle Preußens erfüllt." („Reichspost" 10. Nov. 1920) Voll Hohn schrieb das „Sächsische Tagblatt" (Zentrum) Nr. 228 vom 12. Oktober 1920: „Die mit so viel Mannentreue behüteten Throne, die fester standen als „der Fels im Meer", sind alle innerhalb von 48 Stunden umgestoßen worden. **Und dem preußischen Aar, der „nicht der Sonne weicht", wird bald der eine Flügel gestutzt und bald der andere.** Von dem kühnen Sonnenfluge ist schon lange keine Rede mehr." In demselben Sinne plauderte die „Thüringer Volkswacht" (Nr. 23 vom 9. Okt. 1920), auch ein Zentrumsblatt, aus der Schule, indem sie meinte, daß demnächst der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo **der Staat Preußen eine „überflüssige Schale" darstellt, die fallen gelassen werden kann, um die ehemaligen preußischen „Provinzen" als neue vollberechtigte Bundesstaaten zu erklären."**

Wenn man all diese Äußerungen hochverräterischer Gesinnung der Vergessenheit entreißt, so kann man verstehen, wenn Bismarck einmal (am 31. Juli 1892) das Wort prägen konnte: „Ich halte die heutige Leitung des Zentrums für gefährlich nicht nur in konfessionellen Fragen, sondern hauptsächlich **in nationalen. Sie bröckeln uns alles ab, was wir aufgebaut haben."** Und ebenso kann man verstehen, wenn er sagte: „Die Zentrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat."

Noch auf dem rheinischen Zentrumsparteitag am 11. Januar 1921 brachte es der obengenannte Zentrumsführer fertig, mit Rheinbundplänen zu spielen, obwohl er doch sich ganz darüber im klaren sein mußte, daß dies ganz auf der Linie der französischen Ziele lag.

„Gelänge es," so führte Lauscher aus, „aus den **Westprovinzen Preußens, wo die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht zur Sozialdemokratie bekennt, einselbständiges Reichsland zu bilden, so würde dieser westdeutsche Freistaat zusammen mit dem deutschen Süden die Position der christlichen Kultur (!!) im Reiche erheblich verstärken und gegenüber dem Radikalismus in Nord- und Mitteldeutschland ein Gegengewicht schaffen, dessen Bedeutung nicht zu verkennen ist."**

Hier haben wir klar und deutlich den Plan, der im Augenblick in den Rheinlanden endgültig der Verwirklichung entgegengeführt werden soll. Wenn man diese Äußerungen rheinischer Führer, die man noch beliebig vermehren könnte, sich heute vergegenwärtigt, dann begreift man auch, warum der Hochverrat bisher fast überall gelingen konnte. Er hat eben seine geistigen Voraussetzungen. Langsam, aber sicher hat man in die an sich reichstreue Bevölkerung das separatistische Gift geträufelt, bis die furchtbare Not des Volkes, an der Erzberger und Dr. Wirth mit die Hauptschuld tragen, den Anlaß abgeben mußte, um langersehnte Ziele des französischen Erbfeindes wieder zu verwirklichen.

Wir wissen heute nicht, wie die Entwicklung weitergehen wird, eines aber wissen wir, daß der Tag kommen wird, wo die wirklich Schuldigen an dem rheinischen Hochverrat ebenso zur Rechenschaft gezogen werden, wie die Novemberverbrecher, mit denen sie brüderlich zusammenarbeiten, um sie für ihre Ziele einzuspannen. Es kommt der Tag der Abrechnung auch für sie.

Die Nutzanwendung dieser Zeilen für Bayern aber ist: Auch hier wird schon seit Jahren versucht, eine rein separatistische Stimmung zu schaffen, hier residiert noch immer unangefochten Herr Dr. Heim, der mit französischen Generälen über die Abtrennung Bayerns verhandelte. **Daher** die ganze Wut bayerischer Volksparteiler gegen die völkische Freiheitsbewegung Großdeutschlands, die den Separatisten die Rechnung bisher verdorben hat und auch verderben wird.

Jeder Bayer achte auf die separatistischen Schleicher, die heute großdeutsch tun **müssen,** weil sie nicht anders **können,** die aber nur auf den Augenblick der Not warten, um Bayern dasselbe Schicksal zu bereiten wie dem Rheinland.

Alfred Miller.

Der rheinische Hochverrat schreitet fort

tu. Frankfurt, 23. Okt. Die Rheinische Republik ist gestern in Wiesbaden ausgerufen worden. Das Rathaus und die Regierungsgebäude sind durch die rheinischen Truppen besetzt. Nähere Nachrichten fehlen bis zur Stunde, doch wird mitgeteilt, daß der Putsch ohne jedes Blutvergießen gelungen ist.

Der Telephonverkehr mit Wiesbaden ist noch normal.

tu. Essen, 23. Okt. Gestern nachmittag haben die Separatisten das Rathaus, die Reichsbank und andere öffentliche Gebäude in Düren ebenso wie in Aachen besetzt und die Rheinische Republik ausgerufen. Das gleiche spielte sich in Eschweiler ab. In München-Gladbach wurde von den Sonderbündlern die rotweißgrüne Fahne gehißt.

tu. Köln, 23. Okt. Der französische Oberdelegierte in Bonn hat gestern nachmittag 4 Uhr der Bonner Stadtverwaltung mitgeteilt, daß ein Armeebefehl ergangen sei, wonach auf Sonderbündler nicht geschossen werden dürfe.

Nach sicheren Informationen beabsichtigen die Separatisten, ihre Truppen zu sammeln und zu bewaffnen, um sich heute Nachmittag gewaltsam der öffentlichen Gebäude in Bonn zu bemächtigen. Infolge des französischen Schießverbotes sind die deutschen Behörden machtlos. Es muß damit gerechnet werden, daß Bonn heute noch verloren geht.

Deutschenverhaftungen durch rheinische Hochverräter

tu. **Köln,** 23. Okt. Aus Trier erhält die „Kölnische Volkszeitung" eine Meldung wonach die Sonderbündler dort mehrere politische Führer und Stadtverordnete, darunter den Reichstagsabgeordneten Professor Naal, den sozialdemokratischen Beigeordneten Rese, ferner die Stadtverordneten Brandenburg und Lautenstrauch verhafteten und verschleppten, wie es heißt, in Richtung nach Duisburg. Im Laufe des Vormittags verlangte eine Schar Sonderbündler von der Stadt die Zugestehung zweier Beigeordneter und eine ständige Kontrolle der Verwaltungsorganisationen, ferner die Einsetzung ihres Anhängers Masen als Polizeidirektor. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die Sonderbündler — vorwiegend junge Leute — durchstreiften die Stadt und beschlagnahmten unter Drohungen mit Revolvern Lastkraftwagen. Gestern abend erschien eine größere Abteilung auf dem Reichsvermögensamt und besetzten es, nachdem sie die Beamten vertrieben hatten.

Der Putsch in Aachen unter belgischem Schutz

tu. **Berlin,** 23. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, die Polizei in Aachen habe der belgischen Besatzungsbehörde mitgeteilt, daß sie den von den belgischen Separatisten geschaffenen Zustand nicht anerkennen könne. Sie würde versuchen, mit Hilfe der verfassungstreuen Bevölkerung die Separatisten aus den öffentlichen Gebäuden wieder zu entfernen. Das Vorgehen dürfte Klarheit über die Stellungnahme der Belgier schaffen.

Gestern nachmittags wurde der Leiter des Aachener Polizeipräsidiums ausgewiesen. Alle als Führer in Betracht kommenden Männer, wie Gewerkschaftssekretäre, leitende Beamte, politische Persönlichkeiten usw. wurden ausgewiesen, so daß keine maßgebenden Führer der Bevölkerung mehr vorhanden sind.

Mißerfolg der Hochverräter in Koblenz

tu. Frankfurt a. M., 23. Okt. Aus Koblenz liegen jetzt genauere Nachrichten über den Putschversuch der Separatisten vor. Danach zogen die Sonderbündler bereits gegen 4 Uhr morgens auf das Rathaus und verlangten vom Bürgermeister die vollständige Uebergabe der Stadtverwaltung. Der Bürgermeister wies die Sonderbündler jedoch ab und erklärte: „Wir werden nur der Gewalt weichen!" Darauf zogen die sonderbündlerischen Truppen ab und erschienen um 10 Uhr vormittags wieder vor dem Rathaus. Inzwischen lief aber die Kunde von dem sonderbündlerischen Plan wie ein Lauffeuer durch die Stadt, so daß zu gleicher Zeit mit den Separatisten auch eine ungeheure Volksmenge zugegen war. Es kam sofort zu einer schweren Prügelei, in deren Verlauf die Sonderbündler unter Zurücklassung von acht Schwerverletzten fluchtartig das Feld verließen. Sie haben in Koblenz eine schwere Abfuhr durch die empörte Bevölkerung erlitten.

Die Separatisten in Bonn

tu. Köln, 23. Okt. Im Laufe der Nacht ist es den Separatisten gelungen, sich der öffentlichen Gebäude in Bonn, darunter des Rathauses, zu bemächtigen, die jetzt in ihrer Hand sind.

Köln, 23. Okt. Über die Vorgänge in Bonn wird noch berichtet: Der erste Angriff der Separatisten auf das Rathaus wurde um 3 Uhr 30 vormittags abgewiesen, indem die anrückenden Separatisten aus Wasserschläuchen mit Wasser überschüttet wurden. Drei Separatisten, die mit Revolvern bewaffnet waren, wurden gefangen. Außerdem ließen die Separatisten einen Kraftwagen und Fahnen zurück. Um 5 Uhr 30 morgens näherten sich fünf französische Tanks dem Rathaus. Die Franzosen besetzten das Rathaus und erklärten, es sei aus dem Rathaus geschossen worden. Es wurde sodann im Rathaus von den Franzosen nach Waffen gesucht. Die ganze Besatzung des Rathauses wurde in einen Raum getrieben und dann auf Waffen durchsucht, während weitere französische Tanks vor dem Rathaus auffuhren. Während der Durchsuchung nach Waffen drangen Sonderbündler in das Rathaus und bemächtigten sich desselben. Die Separatisten standen unter der Führung eines Mannes namens Natter, der gegen 6 Uhr morgens auf der Freitreppe des Rathauses die rheinische Republik ausrief. Nach ergebnisloser Waffensuche waren die Franzosen unterdessen wieder abgerückt, hatten aber die weitere Umgebung und die Zugänge zum Rathausplatz militärisch abgesperrt. Da die Sonderbündler das Rathaus noch in Gewalt hatten, verließen die Beamten der Stadtverwaltung das Rathaus.

England und der rheinische Hochverrat

London, 23. Okt. Die „Times" bespricht die Vorgänge in Deutschland und führt u. a. aus: Das Unglück, das über Deutschland gekommen ist, mit seinen weitreichenden Folgen, sei derart, daß es tief die unmittelbare Zukunft Europas und Englands berühren müsse. Es bestehe nicht der geringste Zweifel daran, daß seit der Besetzung des Ruhrgebietes französische Agenten zur Verwirklichung der Pläne zur Schaffung eines unabhängigen Rheinlandes wirkten. Das Unglück Deutschlands erreichte Tiefen, gegenüber denen die Streitigkeiten der Sieger im Weltkrieg jetzt nur von geringer Bedeutung seien. Es handle sich jetzt darum, rasch und gemeinsam zu beraten und ein Heilmittel zu finden, bevor es zu spät ist. Die Last sei viel zu groß, als daß eine oder zwei Nationen sie allein zu tragen vermöchten. Die Interessen Großbritanniens seien klar und dringend, ebenso wie das Interesse und die Verantwortlichkeit Frankreichs und jedes der europäischen Länder. Jetzt sei der Augenblick für eine klare Aktion gekommen, wenn nicht ganz Europa in den Abgrund gerissen werden solle.

Zum Hochverrat am Rhein

tu. **Berlin,** 23. Okt. Wie dem „Berliner Tageblatt" von dem jetzt in Barmen amtierenden Düsseldorfer Regierungspräsidenten Grützner mitgeteilt wird, ist mit einem Gelingen des separatistischen Putsches in größerem Umfange nicht zu rechnen. In Düsseldorf sind 2300 Separatisten außer Gefecht gesetzt. Im Stadtkreis Düsseldorf, ebenso wie in Rheydt herrscht Ruhe. In Krefeld verbreiten Sonderbündler Anschläge über die Vorgänge in Aachen. Das Rathaus von Düren ist besetzt; das Rathaus von München-Gladbach seit 9 Uhr 35 von Sonderbündlern zerniert.

Deutsche Behörden als Helfershelfer zum Hochverrat

Man schreibt uns:

Am 3. August 1923 erließ der Ortsdienst Düsseldorf auf Veranlassung des Poliz.-Dezernenten und stellvertretenden Bürgermeisters Dr. Haas folgenden Fernspruch an sämtliche polizeiliche Wachen:

Fernspruch (Vom Ortsdienst).

Wenn Plakate über eine am Sonntag, den 5. August 1923, stattfindende Versammlung der separatistischen Rheinlandsvereinigung in der Tonhalle (Städtisches Gebäude) angeheftet werden sollten, so dürfen diese nicht entfernt werden.

Aufgen. B. Pol.-Oberw.

Ein würdiges Gegenstück dazu ist ein Befehl, der ungefähr 3 Wochen vorher erlassen wurde. Es waren da von deutscher Seite Plakate angeheftet worden, die sich gegen die Ruhraktion richteten. In diesem Falle war die sofortige Entfernung angeordnet worden. Dr. Haas hat sich dadurch des Hochverrats schuldig gemacht. Am nächsten Tag erließ er einen neuen Befehl, die Plakate zu entfernen. Wahrscheinlich ist, daß er diesen Befehl nur gegeben hat, nachdem ihm zu Ohren gekommen war, wie die Stimmung unter der Polizeibeamtenschaft ist, um sich wieder rein zu waschen. Auch Polizeioberinspektor Höfner ist Mitschuldiger. Er durfte den Befehl auf keinen Fall weitergeben. Wenn beide sich zu derartigen hochverräterischen Machenschaften hergaben, so sind sie nicht besser als diejenigen, die sich auf dem Plakat unterzeichnet haben.

Nach all dem darf man sich nicht wundern, daß der hochverräterisch Rheinlandputsch bisher meist von Erfolg begleitet war.

Generalstreik in Wiesbaden

tu. **Wiesbaden,** 23. Okt. Die Stadt ist seit gestern abend in den Händen der Separatisten. Die Gewerkschaften haben heute früh den Generalstreik proklamiert.

Vergebliche Verhandlungen mit den Franzosen

tu. **Gelsenkirchen,** 23. Okt. Die gestrigen Verhandlungen der Herren Stinnes, Klöckner und Vögler mit der französisch-belgischen Ingenieurkommission sind ergebnislos verlaufen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet

tu. **Paris,** 23. Okt. Der französische Arbeitsminister le Trocquer, der heute in Düsseldorf eintrifft, soll nach dem „Echo de Paris" vornehmlich die Grube „König Ludwig" besichtigen, die von den Franzosen selbst seit vier Tagen in Betrieb gehalten wird. Er wird sich außerdem mit dem Leiter der franco-belgischen Regie über die Wiedereinstellung der deutschen Eisenbahner, sowie mit General Degoutte über die Wiederaufnahme der Arbeit überhaupt beschäftigen. Wahrscheinlich dürfte der französische Arbeitsminister sich auch mit den französischen und belgischen Oberkommissaren im Rheinland über das Verhalten der Besatzungsbehörde im Falle von Putschen der Separatisten in einen Meinungsaustausch einlassen.

Tschechische Grenzmaßnahmen gegen Sowjetsachsen

tu. **Prag,** 23. Okt. Da von Sachsen her täglich auffallend viele Leute ohne Ausweis die Grenzen überschreiten und die Grenzbezirke überfluten, wurde die Überwachung des Grenzgebietes gegenüber Sachsen von tschechischer Seite verschärft und die Grenzstationen erheblich verstärkt.

Der Wiederaufbau des Ruhrgebietes mit fremden Mitteln!

tu. Berlin, 23. Okt. Vorgestern abend fanden zwischen Vertretern der Kohlenindustrie und der Reichsregierung Besprechungen über die Frage des Wiederaufbaues der früheren Zustände im Einbruchsgebiet statt. Die Industriellen sind in Erwägungen darüber eingetreten, ob es möglich sei, mit Hilfe auswärtiger Kredite die Arbeitswiederaufnahme zu vollziehen, nachdem das Reich erklärt hat, daß es zu finanzieller Hilfe seinerseits nicht in der Lage sei.

„Deutsches" Reich

Reise des württembergischen Ministerpräsidenten nach München und Berlin

tu. Stuttgart, 23. Okt. Der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber hat sich heute mittag nach München begeben und wird heute abend nach Berlin weiterreisen, um morgen an der außerordentlichen Sitzung des Reichsrates teilzunehmen, die sich mit der bayerischen Angelegenheit befassen wird.

Zusammenkunft der württembergischen, badischen u. hessischen Staatsregierungen

tu. **Stuttgart,** 23. Okt. Vertreter der württembergischen, badischen und hessischen Regierungen haben sich gestern zu einer Besprechung in Stuttgart über die politische Lage eingefunden. Der Antrag des württembergischen Ministerpräsidenten auf sofortige Einberufung des Reichsrates zur Besprechung der neuerdings entstandenen politischen Gefahren im Innern, wurde allseitig gebilligt. Die Besprechung ergab Übereinstimmung dahin, daß alle anwesenden Vertreter vorbehaltslos auf dem Boden der Reichseinheit stehen und daß alle Versuche, die Reichseinheit zu zerstören und die Autorität der Reichseinheit zu untergraben, verurteilt werden.

Bayern und Reich

tu. **Berlin,** 23. Okt. Die amtliche bayerische Korrespondenz Hoffmann hat eine Darstellung der bayerischen Regierung über den Fall Lossow veröffentlicht, zu der amtlich folgendes festgestellt wird:

1. Sie behauptet, der Reichswehrminister habe nach Verhängung des Reichsausnahmezustandes dem bayerischen Gesandten von Preger zugesagt, sie werde dem General v. Lossow keine materiellen Befehle über die Handhabung des Ausnahmezustandes geben. Diese Angabe ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat den bayerischen Gesandten am 27. September lediglich zugesagt, daß er an diesem Tage dem General v. Lossow keine materiellen Befehle geben werde, um es ihm zu erleichtern, sich mit dem bayerischen Generalstaatskommissariat über die vollziehende Gewalt zu einigen.

2. Die rechtliche Stellung des General von Lossow gegenüber dem Generalstaatskommissariat wurde am 27. September in Beantwortung einer Anfrage des Generals von Lossow durch ein Telegramm festgelegt, in dem es heißt: Da Reichsrecht vor Landrecht geht, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Ihnen schon jetzt alle Militär- und Zivilbehörden des Wehrkreisbezirkes uneingeschränkt unterstehen und daß Sie alle für notwendig gehaltenen Anordnungen in eigener Verantwortung treffen müssen. Ich bitte, den Empfang meines Befehls, der Sie zum Inhaber der vollziehenden Gewalt macht, durch Fernspruch zu bestätigen. gez. Geßler.

Die Bestätigung ging am selben Tage ein. Lossow konnte also nicht im Zweifel darüber sein, daß er dem Generalstaatskommissar übergeordnet ist.

3. Dem von Lossow entsandten Generalstabsoffizier erklärte der Minister, die politische Frage des Verhältnisses der beiden Ausnahmezustände in Bayern werde von den Regierungen geklärt werden. Bis dahin sollte v. Lossow jeden Konflikt mit dem Generalstaatskommissar vermeiden und nur auf gleichmäßige Handhabung des Ausnahmezustandes nach beiden Seiten hinarbeiten. Das Verbot des „Völkischen Beobachters", das von ihm für den ganzen Reichsbereich erlassen worden sei, müsse aber unter allen Umständen durchgeführt werden. Um dem von den Münchener Stellen geäußerten Wunsche, das Verbot wenigstens zu befristen, Rechnung zu tragen, werde er es nach acht Tagen wieder aufheben, wenn es jetzt seinem Befehle gemäß durchgeführt würde. Erst als das Verbot nicht ausgeführt wurde, erließ der Minister den Befehl, es nötigenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen.

4. Zu der Darstellung, die der Bericht der Korrespondenz Hoffmann über die Unterredung des Reichswehrministers mit dem General von Kreß hatte, wird auf die mehrfachen Schilderungen verwiesen, die hierüber der Presse vom Reichswehrministerium zugegangen sind. Der Reichswehrminister hat den Reichskanzler gebeten, seinerseits eine Klärung der Angelegenheit zu veranlassen. Es sei aber jetzt schon bemerkt, daß der Reichswehrminister niemals behauptet hat, auf eine private Aufforderung des General v. Kreß hin nach Augsburg gefahren zu sein.

tu. **Berlin,** 23. Okt. Zu der Kundgebung des bayerischen Generalstaatskommissars vom 21. Oktober, wonach sich die Anordnung des bayerischen Gesamtstaatsministeriums, durch welche die Dienstenthebung **Lossows** für Bayern außer Wirksamkeit gesetzt wurde, auf den Art. 48, Abs. IV der Reichsverfassung stützt und keinen Bruch der Reichsverfassung darstelle, erklärt die Reichsregierung, daß diese Darlegung rechtlich unhaltbar sei.

tu. **Berlin,** 23. Okt. Der Reichswehrminister hat an die Wehrkreiskommandeure folgenden Befehl gerichtet:

Ich erwarte, daß die Presse, Nachrichtenbüros und Korrespondenzbüros bei der Weitergabe und Besprechung von Nachrichten über den Streitfall des Reiches mit Bayern alles vermeiden werden, was ungerechtfertigt Beunruhigung hervorrufen oder sonst den Interessen des Reiches zuwiderlaufen kann. Ich wäre sonst genötigt, die Mittel des Ausnahmezustandes anzuwenden.

Von Nationalgefühl triefende Marxisten

Berlin, 23. Oktbr. Nach einer Meldung des „Vorwärts" aus München nimmt die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Bayern zu den gegenwärtigen Ereignissen in einer Erklärung Stellung, in der es heißt: Bayerische Volksgenossen! Die Sozialdemokratie weiß sich eins mit euch in der Liebe zur bayerischen Heimat, aber sie weiß auch, daß das bayerische Volk in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht nur Geltung finden kann als bewußt und hingebend sich einfügender Teil eines großen, einigen Deutschen Reiches. Deshalb will die Sozialdemokratie auch in dieser Stunde höchster Not nichts unversucht lassen, um den Verfall des Reiches aufzuhalten und die gelockerte Einheit wieder zu befestigen. Treue dem Reiche erst recht in den Stunden seiner größten Not. — Die Landtagsfraktion hat einstimmig beschlossen, die Einberufung des Landtages herbeizuführen.

Sowjet-Thüringens Angst vor Bayern

tu. **Weimar,** 23. Okt. Das thüringische Ministerium des Innern veröffentlich folgenden Erlaß: Das Land Thüringen hat angesichts der gespannten politischen Lage als Brücke zwischen Nord- und Süddeutschland eine besondere Aufgabe für die Sicherheit des Reiches zu lösen. In Erfüllung dieser Aufgabe ist, solange der Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche nicht erledigt ist, eine besondere polizeiliche Sicherung der thüringischen Grenze durchgeführt werden. Diese Maßnahme wurde unverzüglich den zuständigen Reichsstellen mitgeteilt. Ganz besonders muß davor gewarnt werden, auf Grund irgendwelcher Nachrichten, Maßnahmen örtlicher Art zu ergreifen. Gegen jeden Versuch einzelner Bevölkerungskreise, durch Hundertschaften und Sturmtrupps irgendwelche polizeiliche Funktionen ausüben zu wollen, muß energisch eingeschritten werden. Die Bevölkerung von Thüringen wird vor solchen Versuchen ernstlich gewarnt.

Lohnstreiks im Gleiwitzer Bezirk

tu. **Gleiwitz,** 23. Okt. Infolge zu niedriger Vorschußzahlung sind auf verschiedenen Gruben im Gleiwitzer Bezirk die Belegschaften in den Streik getreten; zu Unruhen ist es bisher nicht gekommen.

Weshalb Deutschland im Ruhrkampf unterlag

Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Verbündete Frankreichs.

Von Fritz Geisler, M. d. R.,

Vorsitzender der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands.

In der diesem Aufsatz vorangegangenen Abhandlung „Die Gewerkschaft als Bundesgenosse Frankreichs", ist dargelegt worden, daß von der größten Gewerkschaft Deutschlands die Behauptung verbreitet wird, daß der Ruhrkampf von vornherein zu vermeiden und außerdem aussichtslos gewesen wäre, und daß, weil die nationalen Kreise und die Unternehmer Deutschlands den Ruhrkampf verschuldet hätten, **diese** — nicht etwa die Franzosen — an dem wirtschaftlichen Elend schuld seien, das der Ruhrkampf über Deutschland gebracht hat. Die **Schuldlüge** erlebt mit dieser deutschen Selbstbezichtigung eine neue Auflage zum Wohle der moralischen und damit der politischen und militärischen Stellung Frankreichs in der Welt und damit zum unermeßlichen Schaden Deutschlands.

Gegen diesen neuen gewerkschaftlichen Landesverrat muß auf der ganzen Linie um so mehr vorgegangen werden, als er zugleich ein wichtiges Glied in der Reihe der **psychologischen Vorbereitungen der bevorstehenden neuen „proletarischen Revolution",** die bekanntlich ganze, also blutigste Arbeit machen soll, bildet. Dabei muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß der Ruhrkampf nicht nur allein **nicht** von vornherein aussichtslos war, sondern daß er im Gegenteil die Möglichkeit eines **großen Deutschlands Geschick wendenden Erfolges bot.** Was den Kennern der Verhältnisse längst bekannt war, das hat auch der General **Degoutte** kürzlich führenden deutschen Männern zugegeben, nämlich, daß nach den ersten Monaten des Ruhrkampfes die Lage der französischen Besatzungsarmee eine sehr bedrängte geworden war, so daß ernsthaft ihr Rückzug aus dem Ruhrrevier erwogen wurde.

Die französische **Besatzungsarmee** war im Rheinland durch gesellschaftlichen Anschluß an die Bevölkerung an ein ruhiges und bequemes Leben gewöhnt worden und sah sich nunmehr nicht allein im Ruhrrevier, sondern **auch** immer mehr und mehr im Rheinland einer sich von ihnen hermetisch abschließenden, ihr **nichts mehr** verkaufenden und ihr auf Schritt und Tritt mit ständig größer werdendem brennenden Haß entgegentretenden Bevölkerung gegenüber, die lieber **das gesamte Wirtschaftsleben und alle Verkehrsmittel lahmlegte,** als der französischen Besatzungsarmee die Nutznießung derselben zu gestatten. Ja, sie ging sogar in steigendem Maße mit Gewalttaten fast täglich gegen die französische Einbruchsarmee und deren Verkehrsmittel vor. Der Eingeweihte weiß, mit wieviel Heldenmut und Schneid die deutsche Aktivität den Franzosen auf den Leib rückte und welch erhebliche Anzahl von Franzosen und Belgiern dabei über den Jordan oder — über die Lippe als Deserteure in Zivilkleidern nach dem unbesetzten Deutschland gegangen ist. Trotzdem die französische Heeresleitung zum Zweck der „Sicherheit der französischen Besatzungsarmee" möglichst wenig über diese Abgänge verlauten ließ, gerieten ihre Truppen in dieser **Haßatmosphäre** in eine immer größere Nervosität und Beunruhigung. Zahlreiche aufgefangene Briefe französischer Soldaten und Offiziere, sowie mündliche Mitteilungen derselben legten ein beredtes Zeugnis davon ab, daß sie das Empfinden hatten, in eine **Hölle** geraten zu sein, aus der es unter Umständen kein **Entrinnen** mehr geben könne. Wäre es zur Zeit des Höhepunktes des Kampfes für die französische Regierung und Heeresleitung Gewißheit gewesen, daß die deutsche Regierung die deutschen Kampfmaßnahmen durchhalten und noch steigern werde — wobei noch gar nicht an einen Krieg gedacht zu werden braucht — und hätte zur gleichen Zeit die französische Regierung sehen müssen, da die deutsche Regierung zur Deckung des Ausfalles des fürs unbesetzte Deutschland benötigten Teiles der Ruhrproduktion, also zur Durchhaltung des wirtschaftlichen Kampfes, das deutsche Volk zu besonderen Anstrengungen aufgerufen hätte, dann hätte Frankreich sicherlich das Risiko des Einbruches ins Ruhrrevier als zu groß angesehen und entweder den Rückweg oder für Deutschland günstige Verhandlungsmöglichkeiten gesucht. Zu dieser Zeit war also entscheidend für den Ausgang des Ruhrkampfes, wie Frankreich den Kampf- und Machtwillen Deutschlands einschätzte.

Zur rechten Zeit kamen damals Frankreich die deutschen (**hier müßte es richtig heißen, jüdischen.** Die Schriftleitung des „Völk Beobachters") Kräfte zu Hilfe, die Frankreich schon im Weltkriege in den entscheidenden Krisentagen durch die Lähmung der deutschen Kraft die Zuversicht gaben, daß, wenn auch die Deutschen nicht auf dem Schlachtfelde, so doch aber durch **Deutsche** — zu besiegen sind, und daß Frankreich getrost selbst unter noch so großen Opfern nur zu warten brauche, bis ihm der Erfolg aus dem deutschen unseligen Bruderhaß von selbst zufallen werde. Zur Zeit der Krise des französischen Ruhrabenteuers, als in Frankreich die Zweifel am Erfolg immer größer geworden waren, verlangte im Reichstage Hermann **Müller** namens der Sozialdemokratie ein deutsches Friedensangebot an Frankreich. Stresemann bezeichnete es als beachtlich, und mit seiner Zustimmung und unter dem Druck der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geschah darauf das verhängnisvolle Angebot der Regierung Cuno an die Entente, das eine ebenso verhängnisvolle Rolle gespielt hat, wie die unselige Friedensentschließung 1917 — die übrigens ebenfalls aus dem Lager der Gewerkschaftsführer **Legien, Hartmann** und **Stegerwald** kam. In Frankreich griff wieder die Siegesstimmung um sich, England rückte mit einem merklichen Ruck wieder an die Seite Frankreichs und im Ruhrrevier wuchs die Sorge, daß wieder, wie im Weltkriege, der Reichstag und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften all die großen Opfer und Leistungen der Front durch eine verderbliche Politik vergeblich machen würden.

Diese entscheidende Wendung zuungunsten Deutschlands wurde noch dadurch beschleunigt, daß die Reichsregierung Cuno unter dem Druck des Vatikans, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und der jüdischen Presse gezwungen wurde, die gegen die französische Besatzungsarmee und ihre Verkehrsmittel gerichteten aktiven Maßnahmen der Ruhrkämpfer als ein Verbrechen öffentlich zu verurteilen. Bis dahin war schon die Bezeichnung „Sabotage" für diese aktiven Maßnahmen mindestens ein psycho-

logischer Mißgriff der deutschen Presse, weil das Wort „Sabotage“ den Begriff einer rechtswidrigen Handlung in sich schließt. Nach dieser Preisgabe der wertvollsten deutschen Waffe durch die Reichsregierung wurde sie dem deutschen Volke an der Ruhr dadurch noch vollends aus der Hand gewunden, daß der preußische Polizeiminister Severing, der bisher schon die aktive Form des Widerstandes zu bekämpfen und zu verhindern versucht hatte, nunmehr ohne Widerspruch der Reichsregierung gegen diejenigen Deutschen vorgehen konnte, die die französische Besatzungsarmee und ihre Verkehrsmittel schädigten. Severing hat sich auf dem Brandenburgischen Bezirksparteitag sogar öffentlich gerühmt, die Reichswehr von „Unbesonnenheiten“ im Ruhrrevier zurückgehalten zu haben. Es wird darüber zu gegebener Zeit noch mehr zu sagen sein. Aus diesen Gründen brach der deutsche Widerstand im Ruhrrevier in seiner für die Franzosen gefährlichsten Form, der aktivistischen unter der Bekämpfung durch die Severingsche Polizei, bald zusammen. Frankreich hatte die Krisis seiner Ruhrabenteuers überwunden, zumal auch der sogenannte passive, also rein wirtschaftliche Widerstand — wie Frankreich klar erkennen konnte — ebenfalls mit Naturnotwendigkeit bald zusammenbrechen mußte. Er wurde ja nur von der Bevölkerung im Rhein- und Ruhrrevier getragen, nicht aber vom ganzen deutschen Volke.

Stärkste vaterländische Propaganda und bis aufs äußerste getriebene Steigerung der aktiven Bekämpfung der französischen Verbindungs- und Verkehrsmittel hätte früher die seelische Kraft der französischen Besatzungsarmee in jener kritischen Zeit noch weiter zerrütten können — zumal die deutsche Propaganda im Ruhrrevier auch bis weit in die französische Einbruchsarmee hineinreichte und seiner Zeit beträchtliche Anfangserfolge zu verzeichnen gehabt hat — so daß Frankreich den Rückweg aus dem Ruhrrevier oder einen Deutschland günstigen Abschluß des Kampfes hätte zubilligen müssen.

Wenn trotzdem der Kampf mit einer schmählichen Niederlage Deutschlands geendet hat, dann hat das deutsche Volk das denen zuzuschreiben, die die Mobilisierung und Einsetzung der Deutschland zur Verfügung gewesenen materiellen und geistigen Kräfte verhindert und gleichzeitig Frankreich in den entscheidenden Stunden ermuntert haben. Schuldig sind aber nicht nur allein die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, sondern auch diejenigen bürgerlichen Kreise, die ihnen willfährig und gefügig waren. Wenn jetzt das gesamte deutsche Volk u. die ganze deutsche Arbeiterschaft schwere Opfer, Entbehrungen und eine Verlängerung der Arbeitszeit in erheblichem Umfange neben großer Arbeitslosigkeit an anderen Stellen zu beklagen hat, dann mag sie sich bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften bedanken.

Eine Falschmeldung

Das Wolffsche Telegraphenbüro veröffentlicht eine Meldung, wonach der „Völk. Beob.“ im Reiche wieder erscheinen dürfe, nachdem seine Schriftleitung Zusicherungen gegeben habe. Diese Meldung ist unwahr. Außer den in Nr. 212 des „V. B.“ abgedruckten Erklärungen sind keinerlei andere gemacht worden. In ihr aber wurde ausdrücklich betont, daß die sachliche Stellungnahme durch die persönlichen Erklärungen nicht berührt würden.

Auf wen ist diese Falschmeldung zurückzuführen?

Eine badische Rechtfertigung Bayerns

tu. **Mannheim,** 23. Okt. In einer gestern abends abgehaltenen Wahlkreisversammlung sprach auch der Minister des Innern, Remmele, der ausführte, es sei eine Entfremdung zwischen dem Reich und den Ländern eingetreten nicht nur in Bayern, sondern auch sonst in den übrigen Ländern des Deutschen Reiches. Die Not des deutschen Volkes lasse es kaum noch nach der Einheit des Reiches fragen. Die Länder sehen sich zu Dingen gezwungen, die nicht mehr hinausgeschoben, sondern getan werden müßten. Mit der Herausgabe badischer Goldmarkscheine habe Baden auch ein Stück Reichsexekutive übernommen. Man könne nicht mehr warten, bis die Rentenbank komme. Es müsse schnell gehandelt werden, denn in rasendem Tempo rolle das Rad der Entwicklung.

„Bayerns Abfall“

Der „Vorwärts“ schreibt:

„Die Ausrufung der Rheinrepublik in Aachen ist eine Reflexwirkung der bayer. Vorgänge. Der Zusammenhang ist offenbar, ob er von Bayern her gewollt ist oder nicht. Jedermann muß heute einsehen, daß der Rhein jetzt nur an der Donau zu verteidigen ist. Zerfällt das unbesetzte Deutschland, so ist damit auch das Schicksal des besetzten Gebietes für absehbare Zeit entschieden.

Darum ist es notwendig, zur Wiederherstellung der schwer bedrohten Reichseinheit ein Höchstmaß von Energie zu entfalten. Gegen die Einberufung des Reichsrates wäre nichts einzuwenden, wenn die Reichsregierung entschlossen wäre, dort die Führung zu übernehmen. Ist sie aber das? Und wenn sie es nicht ist, wenn im Zentrum der Politik keine Kraft vorhanden ist, um die auseinanderfallenden Teile straff zusammenzuhalten, wie lange dauert es dann noch, bis man wird schreiben können: Finis Germaniae!

Gewaltsame Auseinandersetzungen will jeder Besonnene vermeiden, so lange es nur irgend geht. Aber der Begriff der politischen Energie ist nicht auf den Waffengebrauch beschränkt. Es gibt auch andere wirksame Mittel, um Herrn v. Kahr begreiflich zu machen, daß es ihm nicht erlaubt ist, einen Teil des Ganzen vom Reich zu trennen oder sich als Herrscher ganz Deutschlands aufzuspielen.“

*

Damit spricht das marxistische Organ offen die Forderung nach dem Boykott, nach der Absperrung Bayerns aus.

Auch die „Frankf. Ztg.“, die „Voss. Ztg.“ usw. verschieben nach der angegebenen Taktik das ganze Problem auf die „Frage Lossow“, während es sich um die Selbsterhaltung der Novemberverbrecher handelt.

Ein Bolschewistenhäuptling als Chef der sächsische Staatskanzlei

tu. Dresden, 23. Okt. Die aufsehenerregende Ernennung des Vorsitzenden der Zentrale der Kommunistischen Partei, Heinrich Brandler, zum Chef der sächsischen Staatskanzlei kann Folgen haben, die für die Politik des Reiches von weitgehender Bedeutung werden könnte, da er in seinem neuen Amte den gesamten vertraulichen Schriftverkehr des sächsischen Außenministeriums in die Hand bekommt, er, der maßgebende Führer der deutschen Kommunisten und Empfänger der Moskauer Instruktionen, Ehrenmitglied des Sowjets und Ehrenchef eines russischen Rotgardistenregiments. Brandler hat jetzt seine Tätigkeit in das sächsische Landtagsgebäude verlegt, um sich, sein Büro und seine Anhänger unter den Schutz dieses Gebäudes zu stellen. Dort glaubt er sich vor Eingriffen des Generalleutnants Müller gesichert, dort empfängt er seine Vertrauensleute und von dort aus führt er die kommunistische Propaganda. — — Die „Versöhnung“ Sachsens mit dem Reich treibt immer schönere Blüten.

Jagd auf das Deutschtum

Dresden. Die Dresdener Presse meldet die Kündigung des Polizeihauptmanns Eichler. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei — total rot verseucht — berichtet darüber wie folgt:

Die Kündigung des Polizeihauptmanns Eichler ist beantragt worden, weil er nach seinem eigenen Zugeständnisse das Hakenkreuz im Dienste getragen hat. Der Polizeipräsident hat dem Eichler das weitere Tragen im Dienst untersagt.

So geschehen im Jahre 1923. Der Polizeipräsident ist ein ehemaliger Zettelausträger der sozialdem. Partei, und Eichler ist ein sehr beliebter Polizeioffizier gewesen.

Einmarsch der Reichswehr in Sowjetsachsen als Vorbereitung zum Einmarsch in Bayern

tu. Dresden, 23. Okt. Über den Truppeneinsatz in Sachsen wird von dem Wehrkreiskommando mitgeteilt:

Die zur Wiederherstellung von verfassungsmäßigen Zuständen in Sachsen bestimmten Truppen haben sich planmäßig und ohne Zwischenfälle am 21. Oktober unter Führung des Generals von Felisch im Raum Königsbrück-Bischofswerda-Dresden, unter Führung des Generals von Ledebour im Raum Leipzig-Eilenburg und unter Führung des Obersten Föhrenbach um Hof versammelt. Bei den Truppen um Hof handelt es sich um württembergische Verbände. Am 22. Oktober haben die Truppen den Vormarsch angetreten. Auf Kavallerie, die in Meißen einrückte, wurde geschossen. Die Truppen erwiderten das Feuer. Es gab mehrere Verletzte. Der Kommunistenführer Huppe wurde verhaftet.

Entdeckung eines kommunistischen Sprengstofflagers

tu. **Stuttgart,** 23. Okt. Der Polizeidirektion Eßlingen ist es gelungen, in der vergangenen Nacht in Sulzgries ein größeres kommunistisches Munitions- und Sprengstofflager auszuheben. Es wurden große Mengen Sprengstoff und viele Handgranaten gefunden. Der Sprengstoff stammt aus einer Mansfelder Fabrik; die Handgranaten wurden im Hause selbst angefertigt bzw. zusammengesetzt. Der Hauptschuldige ist flüchtig. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung des Falles ist eingeleitet.

Der Küstriner Putsch vor Gericht

Kottbus, 22. Okt. Heute vormittags begann hier der Küstriner Aufruhrprozeß gegen die beiden Majore außer Dienst Buchrucker und Herner und 12 Mitangeklagte. Die letztgenannten sind alle in feldgrauer Uniform erschienen. Nach Prüfung der Zuständigkeit des Gerichtes, über die die Verteidiger verschiedener Meinung waren, wurde gemäß einem Antrage des Staatsanwaltes auf Grund des Paragraphen 173 der Strafprozeßordnung die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. In der heutigen Vormittagssitzung wurde, wie verlautet, mit der Vernehmung Buchruckers begonnen, die nachmittags fortgesetzt wird.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat Oktober 43,5 Millionen Mark und unter Streifband 60 Millionen Mark. Streifbandbezugsgebühr im Ausland für Oktober: Österreich 30000 Kr., Ungarn 12000 Kr., Jugoslavien 50 Dinare, Polen 200000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika ¾ Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Schwerer Aufruhr in Hamburg

tu. Hamburg, 23. Okt. Wie die „B. Z. am Mittag“ meldet, haben die Preissteigerungen der letzten Tage, die von den Kommunisten zur Aufhetzung der Bevölkerung benutzt wurden, zu einer derartigen Erregung der Bevölkerung geführt, daß heute Nacht an verschiedenen Stellen die Wachen der Grünen Polizei gestürmt wurden. Zum Teil gelang es auch, die Schupo zu entwaffnen; doch kamen beim Morgengrauen Verstärkungen und unter heftigen Feuergefechten gelang es heute früh um 8 Uhr, den größten Teil der Wachen wieder zu entsetzen. Währenddessen wurde eine große Anzahl Lebensmittelgeschäfte geplündert. Straßenbahn und Hochbahn mußten zeitweise den Betrieb einstellen. Um einzelne Polizeiwachen wird noch gekämpft.

Der Brotpreis in Berlin 5,5 Milliarden

Berlin, 23. Okt. Der Preis für das Brot in Berlin ist mit Gültigkeit von heute ab auf 5,5 Milliarden festgesetzt worden.

Das Berliner Bäckergewerbe ist beim Reichsernährungsministerium wegen der Schwierigkeiten in der Mehlbeschaffung vorstellig geworden. Es wurde vom Ministerium erklärt, daß ein Mehlverkauf nach Goldmark unzulässig sei, und daß gegen Mühlen und Händler, die auf Zahlung von Goldpreisen bestehen, vorgegangen werden solle.

Ultimative Forderung nach Goldlöhnen ohne Gold!

tu. Berlin, 23. Okt. Gestern Abend sprach vor den Mitgliedern des Berliner Anwaltvereins Dr. Hjalmar Schacht, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, über das Währungsproblem. Im Verlaufe des Vortrags machte er davon Mitteilung, daß die Vertreter der Berliner Arbeiterschaft von den Arbeitgebern eine wertbeständige Lohnzahlung verlangt haben. Sie hätten ihre Forderungen in ultimative Form gekleidet und die Schaffung eines wertbeständigen Lohnes innerhalb drei Tagen verlangt. Sollte diese Frist nicht eingehalten werden, so würden die wertbeständigen Löhne durch einen Generalstreik erkämpft werden.

Neue Unruhen in Berlin

Berlin, 22. Okt. Heute nachmittag kam es vor vielen Bäckereien und Lebensmittelgeschäften zu Ansammlungen, die aber nur in vereinzelnen Fällen Plünderungen zur Folge hatte. Besonders starke Zusammenrottungen fanden vor der Markthalle in der Ackerstraße statt. Mehrere junge Burschen zerschnitten mit Drahtscheren die Gitter der am Kai am Eingang der Markthalle befindlichen Schlächterläden, zertrümmerten die Schaufenster und raubten was sie erreichen konnten. Infolge des entstehenden Gedränges mußte die Markthalle geräumt werden.

Annahme des Arbeitszeitgesetzes

Berlin, 22. Okt. Der Reichsrat nahm in seiner heutigen Sitzung das Arbeitszeitgesetz an. Dagegen stimmten der Gesandte des Freistaates Sachsen Dr. Gradnauer, der Vertreter des Thüringischen Staates, Staatsminister Fröhlich, der Oberpräsident der Provinz Sachsen Hörsing und der Bürgermeister Richter von Berlin.

Dr. Heim in der Rentenbank

Berlin, 23. Okt. Einer führenden Persönlichkeit der deutschen Bankwelt, die sich an maßgebender Stelle erkundigte, inwieweit die innerpolitische Lage auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückwirken könnte, wurde erwidert, daß man den zwischen dem Reiche und Bayern über gewisse Verfassungsfragen schwebenden Meinungsverschiedenheiten nicht allgemein auf ihre Beziehungen ausdehnen und insbesondere ihnen keinerlei Einfluß auf die wirtschaftlichen Maßnahmen zubilligen dürfe. Der schwebende Verfassungsstreit beschränke sich auf die konkrete Frage der Auslegung des Art. 48 der Reichsverfassung. Die wirtschaftliche Einheit sei nach wie vor die gleiche und müsse auch über die bestehenden Verfassungsfragen hinweg aufrechterhalten werden. Die in Aussicht genommenen Währungsreformen würden eine einheitliche und rasche Durchführung erfahren. Hervorzuheben sei, daß im Verwaltungsrat der neuen Rentenbank eine für Bayern so maßgebende Persönlichkeit, wie Dr. Georg Heim, als Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Bauernvereine und als Ehrenpräsident des bayerischen Bauernvereins eingetreten sei. Die bayerische Regierung habe die Bestrebungen des Reichs auf Schaffung geeigneter neuer Währungsverhältnisse stets unterstützt und werde diese auch weiterhin fördern. — Da ist Dr. Heim in die zu ihm passende Gesellschaft geraten!

Gefährliches Großdeutschtum

Von Heinrich Wolf.

I.

Seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648) war die deutsche Geschichte der Hauptsache nach die Geschichte zweier Fürstenhäuser, der Habsburger und der Hohenzollern, oder zweier Staaten, Österreichs und Preußens. Die Entwicklung führte dahin, daß es 1866 zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden kam, deren Folge 1871 die Gründung des Deutschen Reiches war, mit Ausschluß Österreichs. Schon seit Jahrzehnten hatten einsichtige Patrioten diese „kleindeutsche“ Lösung der deutschen Frage für allein möglich gehalten; in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848/49 standen sich die „Großdeutschen“ und die „Kleindeutschen“ gegenüber; die einen forderten ein neues Reich mit Österreich, die anderen ohne Österreich.

Die Hohenzollernkönige Friedrich Wilh. III. und IV. waren immer bereit gewesen, Österreich in dem Hause Habsburg die Führung und den Vorrang in dem neuen Reich zu überlassen. Weshalb kam es anders? Weil seit Jahrhunderten Preußen immer mehr in Deutschland hereinwuchs, während Österreich „Ausland“ und die Habsburger den deutschen Interessen entfremdet würden. Es hängt damit zusammen, daß Preußen das romfreie Deutschtum, Österreich die Krickel-Idee vertrat; der österreichische Abgeordnete Burger bezeichnete in seiner großen Reichsratsrede am 20. Juni 1905 das Haus Habsburg als „Vollzugsorgan des durch und durch deutschfeindlichen Rom“. In Onckens Weltgeschichte III., 7, schreibt Prof. Erdmannsdörfer:

„Ein allmächtiger Scheidungsprozeß zwischen Deutschland und Österreich, dessen leise Anfänge man bis in die vorhabsburgischen Zeiten zurückverfolgen kann, hat seinen unwiderstehlichen Verlauf genommen. Der Staat Österreich hatte seine eigenen Ziele und Wege; das Geistesleben seiner Bevölkerung hat, nach langem Widerstreben, doch dem Zug der Absonderung und Entfremdung nachgeben müssen. Noch einmal ließ der große Anstoß der Reformation die gesamten österreichischen Lande in den lebendigen Fluß der nationalen Gesamtbestrebungen eintreten; aber dem Bündnis der habsburgischen Staatsidee mit den Interessen der katholischen Gegenreformation vermochte der österreichische Protestantismus nicht auf die Dauer zu widerstehen. Er wurde unterdrückt und damit auch dieses geistige Band zerrissen, welches Österreich mit dem wichtigsten Lebensinteresse des größten Teils der Nation verknüpft hatte. Durch den Westfälischen Frieden (1648) wurde feierlich ausgesprochen, daß das teuer erkaufte Kleinod der Duldung von dem Boden Österreichs ausgeschlossen blieb; daß die Gleichberechtigung des katholischen, des lutherischen und reformierten Bekenntnisses überall im Reich Rechtens sein sollte, nur nicht in den Landen des Kaisers. Die systematische Loslösung dieser Landschaften aus der Gemeinschaft des nationalen Lebens und seiner Wechselwirkungen erhält damit ihren Abschluß.“

So konnte denn 1871 das neue Reich nur „Kleindeutsch“ sein, mit Ausschluß Österreichs. Aber in den Herzen der besten Patrioten blieb die Hoffnung auf ein Großdeutschland, ja auf ein Alldeutschland in dem Sinne, daß einmal alle Deutschen Mitteleuropas sich in irgendeiner Form politisch zusammenschlössen. Kleindeutsch, großdeutsch, alldeutsch: das waren für sie keine Gegensätze, sondern die Stufen einer organischen, natürlichen und gesunden Entwicklung. Als im Weltkrieg 1914 das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn Schulter an Schulter gegen die Welschen, Angelsachsen und Russen kämpften, da erwachte der großdeutsche Gedanke zu neuem Leben; da dachten wir an die Krönung des Werks, das der Große Kurfürst und der Große König, die Helden der Freiheitskriege, Wilhelm I. v. Bismarck gebaut hatten, an irgendeinen engeren politischen Zusammenschluß des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns.

Leider lebten daneben auch andere großdeutsche Hoffnungen wieder auf, die seit dem Jahre 1848 in manchen Kreisen nie ganz erloschen waren. In demselben Jahre 1848, wo die nationale Begeisterung wie ein erfrischender Frühlingssturm durch die deutschen Lande ging, wo in Frankfurt a. M. die deutsche Nationalversammlung zusammentrat, fand in dem benachbarten Mainz der erste deutsche Katholikentag statt; für diesen und die folgenden Katholikentage war die nationale Frage eine konfessionelle. Wohl wurden immerfort kräftige nationale Töne angeschlagen, aber für ein katholisches, habsburgisches Kaiserreich, für eine Wiederherstellung des alten römischen Reiches deutscher Nation, für eine Rückkehr zum Mittelalter. Das zweibändige Werk von Onno Klopp „Politische Geschichte Europas seit der Völkerwanderung“ (1912) schließt mit den Worten:

„Die Erkenntnis, daß für zahlreiche Schäden der Menschheit nur die Kirche die Heilmittel zu bieten vermag, ist seit Jahrzehnten allerorten im Wachstum begriffen. Nicht freilich bei allen Häuptern der weltlichen Gewalt. Viele von ihnen vermögen es nicht, sich aufzuschwingen zu dem Gedanken, durch welchen vor 11 Jahren (im Jahre 800) Papst Leo III. und Kaiser Karl der Große den Grundstein legten zu der christlichen Kultur des Abendlandes, zu dem Gedanken des innigen Bundes der zwei Autoritäten, der geistlichen und der weltlichen, und demgemäß der Weihe der zweiten durch die erste.“

Im Jahre 1913 wagte es Dr. von Kralik in seiner „Österreichischen Geschichte“ den zerrütteten österreichisch-ungarischen Staat als vorbildlich hinzustellen für die zukünftige Entwicklung der ganzen Welt. Er schreibt:

„Es ist Österreichs Aufgabe, der ganzen Welt zu zeigen, wie die Lösung möglich ist, so daß sich die Völker der ganzen Erde in gleicher Rechtseinheit vereinigen können, wie das jetzt die Völker Österreichs zu erreichen haben. Was Österreich anstrebt, hat die ganze Welt im großen zu erreichen. In Österreich wird die vorbildliche Arbeit für die Zukunft des Menschengeschlechts geleistet. Österreichs Sache ist das Erbe des alten römischen Reiches deutscher Nation...“

Freilich verstummten im Anfang des Weltkrieges solche mittelalterliche Wünsche. Und als der Münchener Professor Wilhelm Foerster sich anmaßte, das Bismarcksche Deutsche Reich zu verdammen und als Teufelswerk zu bezeichnen, weil es „ganz dem heidnischen Geiste entsprungen sei“, da erhob sich lebhaftester Widerspruch. Aber als Österreich durch unsere reichsdeutschen Waffen 1917 von allen Gefahren befreit schien, da begann die unheimliche Wühlarbeit Erzbergers und seiner Wiener Freunde. Das Ziel war dasselbe: der Sieg sollte nicht das Werk der Hohenzollern krönen, sondern die großdeutschen römisch-habsburgischen Hoffnungen ihrer Verwirklichung näher führen.

Und nach dem Weltkrieg? Diese „Großdeutschen“ haben den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich hintertrieben, weil das eine Stärkung des Bismarckschen Werkes gewesen wäre. Ja, immer lauter wurden die Stimmen, welche die große Zeit Wilhelms I. und Bismarcks als die Ursache des jetzigen Elends bezeichneten, sie wagen es, unsere bedeutendsten Geschichtsschreiber, wie H. von Treitschke, der Geschichtsfälschung anzuklagen; sie verurteilen auch meine Bücher in langen Besprechungen. Sie erklären, „solche Geschichtsschreibung habe verheerend gewirkt“. Jesuiten reisen durch die Lande und halten Vorträge über das herrliche Mittelalter; sie sagen, daß die Kommunisten nur fortsetzen, was Luther angefangen habe. Ihr „Großdeutschtum“, das sie preisen, ist die Rückkehr zu der „großen Zeit des heiligen römischen Reiches deutscher Nation“, die in Wahrheit die Ursache unseres jahrhundertelangen Elends gewesen ist. Dr. Eberle, der Freund des treubrüchigen Habsburgerkaisers Karl, schreibt: „Es handelt sich um den Gegensatz der Ideen Wien und Berlin. Es handelt sich lediglich um einen Kampf zwischen der neudeutsch-preußisch-protestantischen und der altdeutsch-österreichisch-katholischen Auffassung der deutschen Geschichte.“

Der Himmel bewahre uns vor diesen „Großdeutschen“!

(Schluß folgt.)

Die ungarische Presse und die Ereignisse im Reiche

Budapest, 20. Oktober.

Neben der Frage der ausländischen Anleihe beschäftigen hauptsächlich die Ereignisse in Deutschland die ungarische Presse. Da sich der größte Teil der Budapester Presse in den Händen der Juden befindet, ist es ganz selbstverständlich, daß alle über München und die nationalsozialistische Bewegung von Berlin, Wien und Frankfurt verbreiteten Lügennachrichten und Dummheiten bereitwillig abgedruckt werden. Die interessantesten Tartarennachrichten kann man in dem deutschsprachigen „Pester Lloyd“ lesen, dessen „gutinformierter“ Münchner Korrespondent den Budapester Glaubensgenossen immer wieder Hoffnung einflößt, daß Hitlers Stern nunmehr im Sinken sei...

Eine andere Merkwürdigkeit aber ist es, daß die sonst sensationslüstigen Judenblätter Ungarns ihre Schnüffler nicht nach München schicken, sondern sich von Berlin aus mit Nachrichten über Bayern berichten lassen. Es muß doch in Bayern sehr „gefährlich“ aussehen, wenn diese Zeitungskulis sich nicht nach München zu reisen getrauen. Während, wie gesagt, die Judenblätter Berliner Berichte veröffentlichen, kann man in den drei wirklich christlichen und nationalen Blättern der ungarischen Hauptstadt ständig ganz ausführliche und objektive Berichte über die Vorgänge im Reiche und insbesondere in Bayern lesen. Am ausführlichsten schreibt das völkische Kampfblatt „A Nép“ — Das Volk —, dessen Artikel über Bayern in Ungarn größtes Aufsehen erregen, und zwar schon aus dem Grunde, weil der Münchner Berichterstatter dieses Blattes scheinbar über die verläßlichsten Informationen verfügt. Der Münchner Berichterstatter begnügt sich indessen nicht mit den trockenen Informationen, sondern beurteilt in seinen Artikeln mit objektiver Kritik die politischen und parteipolitischen Verhältnisse.

Am 6. September schrieb der Münchner Korrespondent des „A Nép“, „Die Ritter des goldenen Mittelweges in Bayern versuchten, nachdem sie Gefahr witterten, sich hinter Hitler zu stellen. Offen konnten sie dies allerdings nicht tun, sie schlichen deshalb unbemerkt hinter den Rücken Adolf Hitlers und meinten, daß sie sich irgendwo auf dem goldenen Mittelwege mit ihm treffen werden. Ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei, welches nämlich auch auf dem goldenen Mittelwege wandelt, der Landtagsabgeordnete Wohlmuth, hielt am vergangenen Sonntag eine Rede, in welcher er betonte, daß Deutschland wehrfähig gemacht werden müsse, denn ein wehrloses Deutschland könne seine Freiheit nicht erkämpfen. Der eigentliche Inhalt seiner Rede war eine Bestätigung dessen, daß Hitler den richtigen Weg eingeschlagen hat; an der ganzen Hitlerschen Bewegung sei jedoch ein großer Fehler, und zwar, daß die nationale Menge hinter Hitler und nicht hinter der bayerischen Volkspartei stehe. Der Führer der deutschen Freiheitsbewegung kümmert sich indessen nicht mit derartigen Annäherungsversuchen und Anbiederungen, denn nichts verachtet er mehr als Gesinnungslosigkeit und Kompromisse. Die nationalsozialistische Partei ist keine parlamentarische Partei, sie verhandelt auch deshalb nicht mit solchen Parteien, deren einziges Interesse die Partei und die Interessen der Parteibonzen sind.“

Am 20. September erschien „A Nép“ mit dem Porträt Hitlers. „Im ganzen Reiche“ — schrieb der Münchner Korrespondent des Blattes — „gibt es keinen vernünftigen Menschen, der daran glauben würde, daß die Novemberrepublik noch gerettet werden kann. Nicht einmal der rote Ministerpräsident Sachsens, denn auch er ist davon überzeugt, daß die Proklamierung der Räterepublik in Sachsen nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Herr Zeigner mag in dieser seiner Auffassung recht haben, eines ist jedoch gewiß, daß hier in Bayern keine Judenherrschaft, und zwar in keiner Form mehr sein wird.“ Der Korrespondent beschäftigt sich sodann eingehend mit dem Deutschen Tag in Nürnberg und veröffentlicht das Programm des Kampfbundes vom 1. und 2. September im Wortlaut. Am 27. September finden wir in diesem Blatte eine höchst interessante Darstellung der Dinge, die zur Ernennung des Generalstaatskommissars führten. Ich möchte aus dieser Darstellung nur einige Sätze herausgreifen: „Die Lage wurde gefährlich. Die regierende Partei Bayerns, die Bayerische Volkspartei, sah angstvoll, wie die Macht Hitlers täglich größer wird. Die Partei, welche vor zwei Jahren dem „protestantischen Katastrophenpolitiker“ von Kahr einen Fußtritt gab, kniete nun vor Kahr nieder und flehte ihn an, die Macht in die Hand zu nehmen. Herr v. Kahr ist zweifellos eine der hochgeschätztesten politischen Persönlichkeiten Bayerns, ihm verdankt Bayern seine Befreiung von der roten Bande! Er spielte in Bayern dieselbe Rolle wie Stephan Friedrich in Ungarn und teilte auch

Schmarotzerblüten

Von Maria Kahle, Olsberg-Ruhr.

In Urwaldsdunkel bannt dich oft ein Bild:
Auf morschem Stamm, halb stürzend schon gebogen,
Hängt eine Blütenlast mit schweren Wogen,
Die üppig golden gleißend glüht und schwillt.
Schmarotzer sind es, die des Baumes Saft
So lange eng umklammernd gierig tranken,
Bis todgebeugt die starken Äste sanken;
Doch dieses Blühn zieht noch aus Leichen Kraft!
O deutsches Volk, du müdgebrochner Baum,
Freust du dich gar noch dieser Blüten Prangen,
Indes die Wurzeln saugend dich umfangen?
Trügt denn dein Dunkel noch der goldne Traum?
Du bist so tief ins Erdreich doch gefügt,
Daß Mark und Kraft dir blieb aus tausend Jahren;
Auf, laß den Sturm durch deine Wipfel fahren,
Wirf den Schmarotzer ab, der gleißend lügt!
Und stehst du dann auch kahl und arm und bloß,
Ein Frühling kommt, da wird das Blut dir schwellen,
Aus neuer Jugend wird das Knospen quellen,
Das heut verborgen dir schon keimt im Schoß!

Schriften zur Geschichte

Das Geschlecht von 1914, das nichts rechts zu tun hatte, das vom reichen Erbtum der Väter zehrte, es vertändelte seine Muse mit Galeriebesuchen und ästhetischen Tees, mit Untersuchungen über Greco und den Kubismus. Das heutige Geschlecht, das selbst Weltgeschichte gemacht hat, das vor neuen großen Erschütterungen steht, dessen Gebetbuch die Zeitung, dessen Um und Auf die Politik ist — der Schwarm der Schieber und der Kinobesucher, die nichts lesen, kommen für Kultur nicht in Betracht —, es freut sich wieder an Werken über Geschichte, versenkt sich wieder in die Taten und Leiden der Vergangenheit. So erklärt es sich, daß seit 1919 die historische Literatur in Deutschland stark aufblühte und vielleicht mehr Werke in 5 Jahren erzeugte als bisher in einem Vierteljahrhundert. Vor allen Dingen die Lebenserinnerungen bedeutender Männer, besonders von Generälen und Diplomaten, wiegen Fülle, wenn auch keineswegs leider an Gehalt, sogar die Schöpfungen eines halben Jahrhunderts auf. Es gibt aber auch genug Geschichtsschreiber, die nicht ihr eigenes Ich, obgleich es wertvoller sein mag als das der Diplomaten, in den Vordergrund stellen, sondern die gleich Homer von sich zu schweigen verstehen. Bevorzugt wird von ihnen die deutsche Geschichte. Angesichts der Bandwürmer, die man früher nicht nur kleinen und ziemlich belanglosen Völkchen, wie den Dänen und sogar einzelnen fremden Städten, wie Florenz und Venedig, gewidmet hatte, ist dieser Rückzug auf das Vaterländische durchaus begrüßenswert. Am bedeutendsten sind vielleicht die „Epochen deutscher Geschichte“ von dem Balten Haller, der in Tübingen wirkt. Es ist eine erstaunliche Menge funkelnagelneuer Gedanken in seinem Buche. Seit dem Kriegsende sind nicht weniger als 7 Geschichten Deutschlands von Anfang bis zur Gegenwart erschienen. Auch meine „Weltgeschichte der Deutschen (Berlin, Siegismund)“, die grundsätzlich die begangenen Straßen vermeidet, dürfte viel Neues enthalten. Grundlegend ist auf dem Gebiete „Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte“, völlig neu bearbeitet von Aloys Meister, das ebenso wie Haller 1923 erschien. Die Neubearbeitung, die des Gesamtwerks 6. Auflage darstellt (Stuttgart, Union), ist umfangreicher und erschöpfender. Nur ein Beispiel! Der Abschnitt über die Indogermanen ist durch eine Uebersicht der Kentum- und Satemsprachen und durch eine Sonderbetrachtung (die man auch politisch auswerten könnte) über die Verwandtschaft der Germanen, Balten und Slaven bereichert, und es ist ihr als unentbehrliches Gegenstück eine Ausführung über die vorarische Bevölkerung Europas zugefügt worden. Ebenso sind vollkommen neu die Charakterzüge der germanischen Sprache und die Verwandtschaftsverhältnisse der germanischen Sprachen eingeschaltet. Die Runenfrage ist viel ausführlicher behandelt, wobei die Meinung begünstigt wird, daß die Runen als Nachahmung des griechischen Alphabets am Nordwestufer des Schwarzen Meeres entstanden seien. Sehr viel genauer als früher sind in der Neuzeit die einzelnen Territorien erörtert. Das war ja auch ein Gebiet, auf dem sich die deutsche Gründlichkeit richtig austoben konnte. Ueberall ist eine unglaubliche Summe gründlicher Forschung, mit Vorliebe jüngster, in dem Riesenwerke vereinigt. Die Darstellung, die sich keineswegs nur an Tatsachen hält, sondern auch scharfe Urteile über Vorgänge und Persönlichkeiten wagt, geht bis zum Wiener Kongreß. Der dritte Band steht noch aus. Bei der Charakteristik Gustav Adolfs hätte nicht bloß evangelisches Lob und katholischer Tadel in Gegensatz gestellt werden dürfen; von einigen Protestanten, wie Bleibtreu, wird der Schwedenkönig viel heftiger verworfen als von seinen habsburgischen Feinden, wird als ein Schädling an Deutschlands Größe betrachtet. Bei Wallenstein vermisse ich eine Hervorhebung einer sehr ernstlichen Absicht, 1629 die Türkei zu erobern. Sonst aber ist überall das Werk ein vollkommen verläßlicher Führer. In der Hauptsache will es doch nicht Werturteile abgeben, sondern die Bilanz der bisherigen Forschung ziehen. Das ist ihm vollkommen gelungen.

In demselben Stuttgarter Verlage ist Beckers Weltgeschichte in neuem Bande erschienen, ebenfalls in 6. Auflage und bis auf die Gegenwart fortgeführt. Es ist kaum abzuschätzen, wieviel gediegene Belehrung und fruchtbare Anregung die kleinen handlichen Bände Beckers schon im deutschen Volke gegeben haben. Alles darinnen ist hundertmal gesichtet, ist goldklare Forschung und felsenfeste Wahrheit. Und die anmutige Form des volkstümlichen Werkchens ist ein Stil für sich! Ueberaus zahlreiche Porträts, die Bilder von Schlössern und Landschaften, die sorgfältig ausgewählten historischen Bilder — namentlich bei den Schlachten ist es wahrhaftig nicht leicht, dem Kitsch zu entrinnen —, sie alle sind dermaßen mit dem Texte verwachsen, daß sie vollkommen harmonisch auf die Seele wirken. Auch ist die Entrüstung des Vaterlandsfreundes zu rühmen, die aus der Schilderung Ludwig XIV. und Napoleons spricht. Man kann natürlich in einem so umfangreichen Unternehmen manche Ausstellungen machen, man kann vor allem Zusätze wünschen; nirgends aber in dieser Darstellung, die 5 Jahrtausende umfaßt, habe ich einen wirklichen Fehler gefunden. Während in Gebhardts Handbuch ausschließlich das Politische und Militärische gewürdigt wird, kommt in Beckers Weltgeschichte auch das Kulturelle zu reichlicher Entfaltung. Dies Werk wird immer eine der Grundlagen deutscher Volksbildung bleiben.

Uns Deutschen liegt die blaue Ferne, ja das Erdumspannende besonders jedoch, wenn es einen theoretischen Anstrich hat. Seit Anfang des Jahrhunderts sind bei uns wohl dreimal mehr Weltgeschichten herausgekommen, als in allen anderen Ländern zusammengenommen. Jetzt freilich hat unsere Fruchtbarkeit auf diesem Gebiete bedrohlich nachgelassen. Die Gefahr besteht, daß wir uns wieder auf Mitteleuropa beschränken oder gar ärgste Kirchturmpolitik treiben. Da wirkt es geradezu wie ein Phänomen, wenn ein Deutscher heutzutage ein Handbuch über einen Staat Ostasiens schreibt. Der Münchener General und Professor Haushofer hat uns ein gut ausgestattetes, ganz vortrefflich geschriebenes Werkchen über „Japan und die Japaner“ (Leipzig, Teubner, 3,60 M., gebunden 4,20 M.) geschenkt. Die Darstellung ist architektonisch mit vorbildlicher Klarheit und Übersichtlichkeit aufgebaut. Sie ist nicht minder sachlich ganz ausgezeichnet. Sehr nützlich ist der politische Einschlag. Der Statistik am Ende entnehmen wir, daß, natürlich vor dem Erdbeben, Tokio zweieinsechstel Millionen und ganz Japan vor drei Jahren 56, mit Kolonien beinahe 78 Millionen Einwohner hatte.

Dr. Wirth.

Anekdoten Friedrich des Großen

Pöllnitz.

Der Freiherr Karl Ludwig von Pöllnitz, ein geistreicher, aber haltloser Mensch, war Vorleser des Königs. Seine zahlreichen Uebertritte aus einer Kirche in die andere, um irgend eines Vorteils willen, waren bekannt. Einmal, als er gerade Protestant war, bat er seinen königlichen Herrn um eine größere Unterstützung. „Ja, wie soll ich Ihm bei meinen erschöpften Kassen helfen? Wäre er noch Katholik, so könnte ich Ihm eine eben offene Pfründe verleihen.“ Rasch nahm Pöllnitz den Konfessionswechsel vor und bat dann um die Pfründe. „Wie schade, daß ich Seinen frommen Eifer nicht belohnen kann, da die Pfründe unterdessen vergeben ist, doch da fällt mir ein, daß ich eine Rabbinerstelle zu besetzen habe; wenn Er Jude werden will, so soll Ihm diese nicht entgehen.“

Lauter Wedells.

Am 9. Oktober erzwang Zieten den Uebergang über die Moldau bei Thein. Dabei fiel der Husarenleutnant von Wedell, ein besonderer Liebling des Königs. Auf die Meldung hiervon ritt dieser mit dem Rufe: „Wo ist Wedell, wo ist Wedell?“ in großer Aufregung durch die Reihen der Verwundeten. Da richtete sich ein Leutnant, dem der Fuß zerschossen war, auf und antwortete: „Majestät, hier liegen lauter Wedells“. — „Er hat mir eine gute Lehre gegeben, ich danke Ihm davor. Wie ist Sein Name?“ — „Hohendorf.“ — „Wenn Er kuriert ist, meldet Er sich bei mir.“ — Hohendorf wurde wieder hergestellt, meldete sich und erhielt eine Oberförsterstelle.

Der Mantel des Bischofs.

Der Bischof von Ermeland hatte durch die Teilung Polens beträchtliche Einkünfte eingebüßt. Als er 1773 dem Könige in Potsdam seine Aufwartung machte, fragte ihn dieser: „Sie können mich wohl unmöglich lieb haben?“ Der Geistliche antwortete, er werde nie die Pflichten des Untertanen gegen seinen Monarchen vergessen. „Ich“, meinte der König, „bin Ihr sehr guter Freund und rechne stark auf Ihre Freundschaft. Sollte mir Petrus einst den Eingang ins Paradies versagen, so werden Sie, hoffe ich, die Güte haben, mich unter Ihrem Mantel unbemerkt hineinzutragen.“ — „Das wird schwerlich angehen“, sagte der Bischof, „Eure Majestät haben ihn zu sehr beschnitten, als daß man noch Konterbande darunter verstecken könnte.“

Der schwarze Adler.

Der Abbé Bastiani in Breslau, ehemaliger Franziskaner, später Domprobst in Berlin, war vom König wegen seiner Schlagfertigkeit geschätzt. Bei einer Gelegenheit fragte der König Bastiani: „Wenn Sie die päpstliche Tiara erlangt haben werden, die Ihnen Ihr frommer Lebenswandel gewiß noch eintragen wird, wie werden Sie mich aufnehmen, wenn ich nach Rom komme, Ihnen aufzuwarten?“ — „Man lasse den schwarzen Adler herein, werde ich sagen, er decke mich mit seinem Flügel, aber er verschone mich mit seinem Schnabel.“

Kanaille

Bei seinem letzten Besuche in Breslau 1785 unterhielt sich der König, dessen Menschenverachtung mit den Jahren gewachsen war, mit dem Professor Garve über lebensphilosophische Fragen, wobei er die Menge „Kanaille“ nannte. Garve protestierte: „Als Eure Majestät gestern in die Stadt kamen und alles Volk zusammenlief, um seinen großen König zu sehen, das war nicht „Kanaille“!“ Der König erwiderte gelassen: „Setze Er einen alten Affen aufs Pferd und lasse Er ihn durch die Straßen reiten, so wird das Volk ebenso zusammenlaufen.“

Das Schwein und die Stubenfliege

Es gibt Zeiten im Völkerleben — man nennt sie die glücklichen —, in denen die Geschichtsblätter nicht viel zu berichten wissen, in denen es ein aufregendes Ereignis für das ganze Volk ist, wenn ein Bauer geprellt wird oder ein Auszügler stirbt. Dann sind Generaldirektoren am Platze, die mit der kleinlichen Akribie kleiner Geister und kleiner Zeiten über Texten philologenhaft brüten. Es sind die Zeiten, in denen ein Generalintendant nicht mehr zu haben braucht, als kleine Augen und gutes Sitzfleisch.

Diese Zeit, die mit kurzem asthmatischem Trippeln, blödsinnig grinsend, an den ungeheuren Abgründen des Lebens — eines Volksdaseins — vorübertanzt — ist gewesen. Wir stehen im Werdegrauen eines neuen gewaltigen Tages, den Menschen von anderen inneren Ausmaßen durchtobten, der ein Tag der Schlacht, des Kampfes, der Entscheidung sein wird wie wenige in unserer Geschichte. Wir müssen über Geschlechter hinwegschauen, um eine ähnliche innere Lage zu sehen wie die heutige. Aus einer solchen Zeit hallt das Wort A. W. Schlegels: „Wir bedürften also einer

sein Schicksal. Herr v. Kahr ist es gewesen, der die ganze Hitlerbewegung seinerzeit unterstützte, und nun stehen bedauerlicherweise die beiden Männer einander gegenüber. Hitler ist ein fanatischer Vorkämpfer der großdeutschen Idee. Sein Losungswort ist, alle Deutsche in einem Reiche zu vereinigen. Kahr ist Föderalist; aber als solcher verlangt er dasselbe, was Hitler verlangt, nur will er die absolute Unabhängigkeit Bayerns sichern. Während Hitler mit dem Fanatismus eines Apostels das deutsche Volk aus seiner Lethargie aufrüttelte und eine riesige Armee der wirklich nationalgesinnten und für das deutsche Volk zu kämpfen bereiten Männer schuf, sahen die anderen ruhig zu, wie die Früchte des von Hitler gepflanzten nationalen Baumes reifen. Hitler pflanzte seinen Baum auf bayerischem Boden und die Lokalpatrioten dachten, daß die reife Frucht dem gehöre, auf dessen Boden der Baum steht. Solange der Baum wuchs und die Frucht im Reifen begriffen war, wurde der fanatische Gärtner gut und vorsichtig behandelt, und nun als die Erntezeit kam, möchte man den Gärtner zur Seite schieben. Herr v. Kahr wurde ernannt und man glaubte die Schlacht gegen Hitler gewonnen zu haben, doch die ersten Siege sind niemals ausschlaggebend. Hätte man Herrn v. Kahr mit dem Einverständnis Hitlers ernannt, wäre vielleicht ein Grund zum Jubeln gewesen. Man handelte jedoch ohne Hitler und Hitler ist mit der Lösung nicht einverstanden. Hitler ist ein Mann, der nicht die Situation, sondern Deutschland retten will, und diese Rettung kann nicht putschartig geschehen, sondern sie muß erkämpft werden. Hitlers Kampfbund steht bereit, dieser Kampfbund wird niemals die Waffen strecken, sondern alles was ihm im Wege steht, wegfegen."

Ein Skandinavier über Hitler

Der bekannte skandinavische Journalist Sven Elvestad, der von „Tidens Tegn" (Christiania) und „Politiken" (Kopenhagen) nach Bayern gesandt wurde, um das skandinavische Publikum über die Verhältnisse in Süddeutschland zu unterrichten, schreibt in einem Artikel u. a. folgendes über die Lage, die er hier vorfand:

„Durch einen merkwürdigen Mangel an Geistesgegenwart vergißt die öffentliche Meinung im Ausland, daß die mächtigste Volksbewegung in Bayern großdeutsch ist. Es gehört zu Hitlers Schlagworten, daß er seine Fahnen über dem Reichstagsgebäude in Berlin hissen will. Aber eine solche Strömung in Süddeutschland beschwört einen neuen Begriff herauf: es scheint nicht mehr möglich, daß Deutschland von der Wilhelmstraße und dem kompromittierten Parlamentarismus in Berlin aus neu geboren werden kann. Vielleicht liegt der deutsche Gedanke in dieser Stunde am tiefsten verankert in Bayern, in dem alten und selbstbewußten, politisch schwer arbeitenden, aber leidenschaftlich vaterlandsliebenden bayerischen Volk. Der Parlamentarismus hat niemals vermocht, im Instinkt dieser Nation Wurzel zu fassen. In einer Zeit der äußersten Gefahr, da es aussieht, als ob alles zugrunde gehen sollte, in dem Bergsturz von Verzweiflung, den die Kapitulation im Westen über Süddeutschland heraufbeschworen hat, vermeidet es die Regierung, ihre Rettung in einer verhudelten Politisierung zu suchen. Unter dem Zusammenbruch sammelt sie sich in einem mächtigen Willen der Selbsterhaltung und der Hingabe an große Ziele, **und dieser Wille hat die abgenützten Formen über den Haufen geworfen und sich in einer Persönlichkeit zentralisiert, die die Macht der Nation bedeutet.**

In welchem Grade dieser Wille zur Selbsterhaltung imstande sein wird, das Bewußtsein des übrigen Deutschlands zu durchdringen, mag die nächste Zukunft zeigen, jedoch ist es nicht mit Hilfe der bisher geltenden politischen und parlamentarischen Werte zu berechnen."

Der Skandinavier hat begriffen, wer die Persönlichkeit ist, welche die völkisch-großdeutsche Bewegung entfacht hat. Nur gewisse „deutsche" Kreise noch nicht. Das sind die Seelenverwandten des Dorten und Konsorten in Bayern.

Letzte Nachrichten

Niederlage der Hochverräter.

tu. München-Gladbach, 23. Okt. Die Sonderbündleraktion in München-Gladbach ist erledigt. Heute vormittag um 11 Uhr drang die erregte Menge, vor allem deutschgesinnte Arbeiter, in das Rathaus ein, und riß die grün-weiß-rote Fahne vom Gebäude herunter. Die Separatisten wurden aus dem Rathaus vertrieben und ein großer Teil von ihnen schwer mißhandelt. Die Sonderbündler zogen hierauf in ihr Hauptquartier, in ein Wirtshaus in der Nähe des Bahnhofes und wehrten sich dort, indem sie zahlreiche Schüsse abgaben, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei drang in das Wirtshaus ein und entwaffnete die Sonderbündler, die schleunigst um 11 Uhr aus der Stadt abzogen. Die belgische Besatzung griff nicht selbst ein, sondern sorgte nur, daß die Polizei die Absperrung vornahm, um weitere Mißhandlungen der Sonderbündler durch die Menge zu verhindern.

Befreiung Aachens von den Sonderbündlern.

tu. **Aachen**, 23. Okt. Gestern, um 6 Uhr nachmittags, begann die Gegenaktion gegen die Sonderbündler, an der sich hauptsächlich die Gewerkschaften beteiligten. Um 1 Uhr nachts waren sämtliche Gebäude der Stadt restlos von den Sonderbündlern geräumt, die von den erbitterten Gewerkschaftlern gehörige Prügel bezogen.

Ein Treuebekenntnis in Bonn.

tu. **Bonn**, 23. Okt. Die Stadtverordnung hielt gestern eine Versammlung ab, in der der Vorsitzende über die Ereignisse der letzten Tage berichtete. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: Die Ereignisse, die sich gestern in einem Teil des besetzten Gebietes abspielten, und die dort zur zwangsweisen Ausrufung einer Rheinischen Republik durch Sonderbündler geführt haben, haben auch für die Stadt Bonn die Befürchtung nahegelegt, daß ein ähnlicher Versuch hier gemacht wird. In dieser ernsten und schicksalsschweren Stunde erneuern die Stadtverordneten und die Stadtverwaltung als berufene Vertreter der Bonner Bevölkerung feierlich das Gelöbnis der Treue zum deutschen Vaterland und geloben, alles zu tun, um mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln die verfassungsmäßigen Zustände aufrecht zu erhalten.

Das Programm des neuen Ernährungsministers.

tu. **Berlin**, 23. Okt. Die Ernennung des Grafen Kanitz zum Reichsernährungsminister wird im Laufe des heutigen Tages amtlich bekanntgegeben. Graf Kanitz beabsichtigt, die künftige Ausgabe des Brotgetreides unter Heranziehung der beträchtlich angesammelten Reserven zu festgelegten Preisen zu bewerkstelligen, um so einen stabilen und mit den Einkommensverhältnissen der breiten Massen in Einklang stehenden Brotpreis bei ausreichender Versorgung zu sichern.

Ausgleichsversuche zwischen dem Reich und Bayern.

tu. **Berlin**, 23. Okt. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, **beabsichtigt die Reichsregierung, ihre Bemühungen fortzusetzen, in dem Konflikt mit Bayern eine gütliche Lösung zu finden. Die Rücksicht auf die außenpolitischen Vorgänge lassen es ratsam erscheinen, den innerpolitischen Konflikt nicht zu verschärfen.** Im Auftrag der preußischen Regierung wird der Ministerpräsident Braun im Reichsrat gleichfalls bemüht sein, die Gegensätze zu überbrücken.

Die Druckerei der „Roten Fahne" geschlossen.

tu. **Berlin**, 23. Okt. Auf Anordnung des Wehrkreiskommandeurs ist von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums die Friedrichstädter Druckerei, in der früher die „Rote Fahne" gedruckt wurde, geschlossen und versiegelt worden. In dieser Druckerei sind in letzter Zeit Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik hergestellt worden.

England und die Ereignisse im Rheinland.

tu. **London**, 23. Okt. Die englische Öffentlichkeit verhält sich gegenüber dem Vorgehen im Rheinland abwartend, doch drücken die meisten Blätter ihre Überzeugung aus, daß Frankreich hinter den Ereignissen stehe. Die „Times" glaubt im übrigen, daß sich vorläufig ein Urteil über die Bewegung im Rheinland noch nicht fällen lasse. Auch die Franzosen und Belgier seien offenbar in Verlegenheit, und es sei keineswegs sicher, daß sich die Ereignisse planmäßig entwickeln. Das Blatt wirft einige Fragen auf, die sich unmittelbar aus den Vorgängen ergeben. Wenn die Separatisten einfache Flüchtlinge sind, wer wird die Bewegung dann finanzieren? Wenn die Ruhr in den neuen Staat einbegriffen werden soll, wie wollen die Alliierten dann ihre Forderungen gegenüber Deutschland durchsetzen? Zum Schluß verlangte die „Times" ein gemeinsames Vorgehen aller Alliierten. Die Gefahr sei jetzt so groß geworden, daß alle früheren Meinungsverschiedenheiten unbedeutend erscheinen. Es handle sich jetzt darum, Beschlüsse zu fassen. Die Verantwortung sei zu groß, als daß sie von einer Macht oder auch zwei Mächten getragen werden könnte. Der Augenblick für eine mutige und kluge Tat sei gekommen, wenn nicht ganz Europa mit in den Abgrund gezogen werden solle, in den Deutschland versinke.

Der Hochverrat im Rheinland.

tu. **Brüssel**, 23. Okt. Die belgische Telegraphenagentur hatte gestern an die Meldung, daß in Aachen Unruhen ausgebrochen seien, folgende Mitteilungen angeknüpft: Die Polizeibeamten haben auf die Menge Feuer abgegeben. Die Kommunisten forderten in Ansprachen zu Plünderungen auf.

Der Berichterstatter des Pariser „Matin" meldete, die Bevölkerung in Aachen sei außerordentlich erregt. Die provisorische Regierung der Rheinlande habe den Fehler begangen, die Polizei nicht vollständig zu entwaffnen. Wenn diese sich auch nicht in einen offenen Kampf gegen die Sonderbündler einlasse, so suche sie doch jede Gelegenheit, mit der Waffe in der Hand, den Separatisten entgegenzutreten. Die Sonderbündler seien überdies infolge der „Umtriebe" der Aachener Polizei in ihrem Vormarsch nach Bonn aufgehalten worden. Die Polizeibeamten hätten schon am Montag abend verlangt, daß die Rheinlandfahne auf dem Hauptpostamt entfernt werde, widrigenfalls man Gewalt anwende. Die Besatzungsbehörde habe eine belgische Kavallerie-Eskadron aufgeboten, falls eintretende Unruhen ihr Einschreiten nötig machen sollte. Es sei mehrfach zu Scharmützeln gekommen, und es heiße, daß verschiedene Personen getötet worden seien. Es gelang schließlich, die Menge zu zerstreuen, die Zugänge zum Sitzungssaal der vorläufigen Regierung wurden gesäubert und drei Polizeioffiziere seien von den belgischen Besatzungstruppen festgenommen worden, da sie auf die Separatisten das Feuer eröffnet und sich dabei hinter Frauen und Kindern versteckt hätten. (!)

(Dieser französisch-belgische Tendenzbericht ist durch die inzwischen erfolgte Wiedervertreibung der Sonderbündler in Aachen überholt.)

Aus München

Teuerungsmaßnahmen der Stadt

Geldunterstützungen allein sind für die Zeit des währungslosen Zustandes nicht imstande, der armen, minderbemittelten Bevölkerung eine wirksame Hilfe zu gewähren. Es muß infolgedessen zur Unterstützung mit Lebensmitteln, mehr als das bisher geschehen ist, für diese Zeit übergegangen werden. Das städt. Lebensmittelreferat ist bereit, aus seiner Getreidereserve soviel Getreide zur Verfügung zu stellen, um eine unentgeltliche Abgabe von 1 200 000 Pfund Brot an die minderbemittelte Bevölkerung zu ermöglichen. Zum Bezuge dieses Brotes sollen berechtigt sein alle Haushaltungen und einzelstehenden Personen, welche kein höheres Einkommen haben als das, das die Erwerbslosenfürsorge jeweils an Erwerbslose sicherstellt. Ohne weiteres sollen zum Brotbezuge berechtigt sein alle in Dauerfürsorge stehenden Personen. Hier bedarf es keines besonderen Antrages. Die Abgabe der Bezugskarten erfolgt durch die Stellen, welche die Hauptunterstützung anweisen, und jeweils in Verbindung mit der Anweisung. Es kommen aber bei den eben angegebenen Einkommensgrenzen, die noch zum Bezuge dieses Brotes berechtigen sollen, zweifellos eine sehr große Anzahl von Haushaltungen und Einzelpersonen in Frage, die nicht in Dauerfürsorge stehen. Diese können nur auf Antrag zum Brotbezug zugelassen werden. Diese Anträge aufzunehmen ist Ausgabe der Bezirkswohlfahrtsämter. Da diese aber in ihrer jetzigen Einrichtung schon überlastet sind und weitere Aufgaben nicht übernehmen können, sollen diese Anträge auf Brotverbilligung gestellt werden in den Zweigstellen der Bezirkswohlfahrtsämter, als welche vorübergehend die Lebensmittelkartenabgabestellen übernommen werden sollen und einzurichten sind. Anträge können aber vor Montag, den 29. Oktober, nicht gestellt werden. Näheres wird noch bekanntgegeben. Für den Brotbezug werden von allen genannten Stellen Marken nach Art der Reservemarken des Lebensmittelamtes ausgegeben. Auf je eine solche Marke sollen bei allen Brotabgabestellen je zwei Pfund Brot unentgeltlich bezogen werden können. Da angenommen wird, daß zum Bezuge des Brotes etwa 200 000 Menschen berechtigt sind oder sich melden, können jeder Person drei Marken für je zwei Pfund Brot gegeben werden. In Zeiträumen von 1–10 Tagen soll eine Bezugsmarke in Kraft gesetzt werden. Die Brotabgabestellen, Bäckereien, Konsumvereine usw. erhalten vom städtischen Mehlamt bzw. von den Mühlen für jede eingenommene Marke eine entsprechende Menge Mehl. Eine Abordnung des Stadtrates soll beim bayerischen Ministerpräsidenten dahin vorstellig werden, die Aktiven durch Bereitstellung von Getreide, mindestens aber durch Geld, zu unterstützen und beim Reich im gleichen Sinne dringendst vorstellig zu werden. Die Landesgetreidestelle soll auch für diese Aktion im gleichen Ausmaße für München Getreide zur Verfügung halten, in dem die Reserve der Stadt aufgebraucht wird. Verlangt soll werden, daß die vom Reiche in die Wege geleitete Brotverbilligung für bedürftige kinderreiche Familien auf die Allgemeinheit der bedürftigen Bevölkerung ausgedehnt wird. Die vom Landtag zur Verfügung gestellten Barmittel sollen entweder in wertbeständiger Valuta oder auf dem kürzesten Wege der Stadt zum Einkauf zur Verfügung gestellt werden.

Die Sehnsucht nach der Redebedürfnisanstalt.

München, 23. Okt. Die Landtagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat einstimmig beschlossen, „die Einberufung des Landtages herbeizuführen".

Münchener Beobachter

Das Jahrbuch der Stadt München

München begann 1845 mit der Herstellung eines Jahrbuches, einer Chronik, die zuerst der damalige Stadtbibliothekar Ulrich v. Destouches, später Stadtarchivar Ernst v. Destouches bearbeitete. Mit dem Wachstum der Stadt und ihrer Ausweitung zu einer Großstadt mehrte sich der Stoff derart, daß der Chronist nicht mehr alles textlich im Jahrbuch unterbringen konnte. Man ging dazu über, zum Textbande sogenannte „Beibände" zu machen. Außerdem wurden besondere Bildbände mit photographischen und anderen Abbildungen, Zeichnungen usw. angelegt. Die Chronik wuchs zu größerem Umfange an. Während anfangs ein mäßiger Band drei Jahrgänge, dann einen Jahrgang umfaßte, brauchte man in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts für ein Jahr ein halbes Dutzend und mehr dicke Foliobände. Der 99. Jahrgang (1916) erforderte gar 15 Bände.

Es galt also, eine gründliche Umformung und Neugestaltung durchzuführen. Nach einem Plan von Archivdirektor Dr. Dürr wurde die bisherige Anlage, beginnend mit dem Jahrgange 1917, in ihre beiden natürlichen Bestandteile zerlegt. So ergibt sich 1. eine in Pappkästen lose aufbewahrte Sammlung alles einschlägigen Materials, ein „Kultur- und Wirtschaftsarchiv der Gegenwart", 2. hieraus die Bearbeitung einer chronikalischen Jahresübersicht in Regestenform, also das eigentliche Jahrbuch. Die Quellen, gedrucktes und handschriftliches Material, werden also jetzt nicht mehr gebunden in „Beibänden" dem Jahrbuche beigegeben, sondern erscheinen einzeln, zeitlich geordnet und in einer allmählich durchzuführenden stofflichen Gruppierung als neuzeitliches Münchener Kultur- und Wirtschaftsarchiv. Die Sammlung wird dadurch übersichtlich, handlich und gebrauchsfähig, aber nicht etwa geringer an Inhalt. Im Gegenteil, sie strebt danach, in wesentlich erweitertem Maße und mit der Zeit möglichst vollständig alles Wichtige und Bedeutungsvolle zu erfassen und zu vereinigen, was München außerhalb der städtischen Akten an gedruckten und handschriftlichen Darlegungen und Äußerungen über gemeindliche, kulturelle, künstlerische, wirtschaftliche, soziale, politische Angelegenheiten hervorbringt.

Einen sehr wichtigen Teil dieser Sammlung bildet das neuangelegte

Presse-Ausschnittarchiv.

In ihm werden die wichtigsten auf die Stadt und ihr Leben bezüglichen Veröffentlichungen, Artikel, Aufsätze, Abhandlungen gesammelt. Auf diese Weise erhalten wir nicht nur einen für jede Art Forschung und praktischen Gebrauch sehr wichtigen Quellenstoff zur Gegenwartsgeschichte der Stadt, sondern auch ein Abbild der in der öffentlichen Meinung Münchens hervortretenden geistigen, wissenschaftlichen, künstlerischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strömungen.

Auf der Grundlage der so eingerichteten neuzeitlichen Sammlung wird das Jahrbuch der Stadt bearbeitet. Statt der früher üblichen, oft sehr umfangreichen, dabei aber häufig willkürlich ausgewählten Chronikeinträge entsteht so ein Regestenwerk, übersichtlich und knapp in der Form. Jedes Regest bekommt einen Vermerk darüber, welche Unterlagen bei der Abfassung als Quellen gedient haben. Dadurch ist der Benützer oder Leser in die Lage versetzt, die Quellen sich aus der Sammlung raschestens zu erholen, zur Ergänzung zur Hand zu nehmen, Unterlage und Auszug kritisch zu prüfen, auch verwandte Stoffe heranzuziehen.

Solchermaßen wird das Stadtarchiv einer bedeutsamen Aufgabe gerecht: Es bewahrt neben dem altüberkommenen historischen Urkunden- und Aktenmaterial der Stadt auch den Stoff aus der neuesten Zeit auf und hält ihn für die Forschung und für den praktischen Gebrauch ständig aufgeschlossen und bereit.

Für die neuzeitliche Sammlung ist natürlich auch bildliches Material von größter Wichtigkeit, also Photographien oder auch Handzeichnungen usw. Es wird, soweit es irgend erreichbar ist und die finanziellen Mittel das erlauben, gesammelt und aufbewahrt. Hier spielt auch die Frage herein, ob sich nicht die Anlage eines Münchener Filmarchivs ermöglichen läßt. Das Stadtarchiv hat die Frage aufgegriffen und wird sie weiter verfolgen. Es sind da vor allem finanzielle Schwierigkeiten zu bewältigen. Dringend zu wünschen wäre es, daß der Plan sich verwirklichen ließe, so daß Ausschnitte aus dem Leben unserer Stadt auch im Lichtbilde bewahrt und späteren Geschlechtern gezeigt werden könnten.

Im übrigen muß die neuzeitliche Sammlung auch das geeignete, in der Stadt bei Vereinen, Körperschaften und Privaten ziemlich zahlreich vorhandene aktenmäßige und urkundliche Schrifttum samt etwaigem Bildmaterial zu erfassen suchen. Soweit die Abgabe an das Stadtarchiv (eventuell unter Vorbehalt des Eigentumsrechtes und des Rechtes über die Benützung zu verfügen) nicht in Frage kommt, soll durch die Bestandsaufnahme eine Übersicht erreicht und für Erhaltung Sorge getragen werden.

Die Höhe der Oktobermieten

Die Höhe der Oktobermieten ist vom Generalstaatskommissar durch die Anordnungen vom 3. und 18. Oktober für Bayern geregelt worden. Das Generalstaatskommissariat gibt hierzu noch folgende zusammenfassende Darstellung heraus:

Die Anordnung des Generalstaatskommissars vom 3. Oktober räumt bestimmten Personenkreisen bei der Zahlung der Oktobermiete besondere Vergünstigungen ein. Zu diesen Personen gehören die Kleinrentner, Sozialrentner und Erwerbslosen, die in öffentlicher Fürsorge stehen, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz erhalten, und alle Mieter, die keinen Gehalt oder keinen vollen Lohn beziehen und sich in bedrängter wirtschaftlicher Lage befinden. Diese Personen dürfen, auch wenn sie nach dem Gesetz oder dem Mietvertrag den Mietzins monatlich entrichten müßten, die Oktobermiete in wöchentlichen Teilzahlungen leisten. Ferner darf bei diesen Personen, soweit sie noch Oktobermiete nach dem 18. Oktober zu entrichten haben, bei der Berechnung der Mietzuschläge für die Zeit bis zum 18. Oktober einschließlich nur ein Lebenshaltungsindex von höchstens 14 Millionen und für die Zeit vom 19. bis 31. Oktober nur ein Lebenshaltungsindex von höchstens 300 Millionen zugrunde gelegt werden.

Für Mieter, die nicht zu den erwähnten bevorzugten Personenkreisen gehören, war der Mietzuschlag für die bis zum 18. Oktober einschließlich geleisteten Zahlungen nach einem Lebenshaltungsindex von höchstens 28 Millionen zu berechnen. Für die vom 19. bis 24. Okt. einschließlich erfolgendedn Zahlungen ist der maßgebende Lebenshaltungsindex auf höchstens 500 Millionen festgesetzt. Dieser Satz gilt auch für Zahlungen, die vor dem 19. Okt. fällig geworden sind, aber erst in der Zeit vom 19. bis 24. Okt. 1923 einschließlich bewirkt werden. Für Zahlungen, die erst an einem späteren Tage des Monats Oktober erfolgen, ist die Höhe des Lebenshaltungsindex, nach dem sich die Mietzuschläge berechnen, noch nicht bestimmt.

Ist der nicht bevorzugte Mieter nach Gesetz oder Vertrag verpflichtet, den Mietzins monatlich im voraus zu bezahlen und hat er bis zum 18. Oktober 1923 einschließlich den Oktoberzins unter Zugrundelegung eines Lebenshaltungsindex von 28 Millionen voll entrichtet, so hat er keine weitere Mietzinszahlung mehr zu leisten. Zahlt er entgegen seiner Rechtsverbindlichkeit erst in der Zeit vom 19. bis 31. Oktober, so darf der Vermieter den am Tag der Zahlung geltenden Lebenshaltungsindex der Berechnung der Mietzuschläge zugrunde legen. Ist der Mieter nur mit einem Teil der Miete rückständig, so erhöht sich nur der auf diesen Teil treffende Mietzuschlag. Weitergehende Rechte des Vermieters aus dem Verzug des Schuldners, die sich allenfalls aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts ergeben, werden hierdurch nicht berührt. War der Mieter berechtigt, den Mietzins am Ende des Monats Oktober zu entrichten, hat er aber freiwillig die Miete unter Zugrundelegung eines Lebenshaltungsindex von 28 Millionen oder als bevorzugter Mieter von 14 Millionen schon vor dem 11. Oktober 1923 gezahlt, so hat er eine Nachzahlung auf die Miete nicht mehr zu leisten. Erfolgte jedoch die verfrühte Zahlung erst in der Zeit vom 11. bis 18. Oktober einschließlich, so darf der Vermieter eine Nachzahlung verlangen. Diese darf den Betrag nicht übersteigen, der sich ergibt, wenn für die zweite Oktoberhälfte der Berechnung der Mietzuschläge ein Lebenshaltungsindex von 100 Millionen und bei den bevorzugten Mietern ein Lebenshaltungsindex von 50 Millionen zugrunde gelegt wird. Der auf die zweite Oktoberhälfte treffende Teilbetrag der bereits gezahlten Miete ist auf die Nachzahlung anzurechnen.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. In das große ganz Europa umfassende Tiefdruckgebiet schwenkt heute ein neues vom Ozean kommendes Sturmfeld ein; sein Regengebiet lag am Morgen über den Britischen Inseln, mit der Ausbreitung desselben auf den Kontinent ist in den nächsten 24 Stunden zu rechnen.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 24. Okt.: Milde, stürmische, westliche Winde, neues Regengebiet, zunächst in Pfalz und Nordbayern, Südbayern vor Verschlechterung Föhnlage; anschließend an Niederschläge Temperaturrückgang.

*

Wie der Verbraucher geschröpft wird. Aus unserm Leserkreis erhalten wir folgende Zuschrift: Zu den immer schärferen Zahlungsbedingungen, mit denen die Verbraucherschaft gemaßregelt wird, zählt die Vorauszahlung.

Diese Zahlungsunsitte scheint sich nun auch im Milchhandel breit machen zu wollen, trotzdem diese Forderung der Bauern abgelehnt wurde. Tatsächlich hat schon seit Wochen die Zentralmolkerei in München die wöchentliche Vorauszahlung bei ihrer Kundschaft eingeführt. Dadurch wird der Verbraucher also gezwungen, mit der Kaufkraft des Geldes vom Montag auch die Milch vom Samstag und Sonntag zu bezahlen.

Diese Forderung des Milchhandels wäre noch verständlich, wenn die Bauern ebenfalls Vorauszahlung erhielten. In Wirklichkeit aber empfangen diese erst 8–10 Tage später das Geld für ihre Milchlieferungen. Die Zentralmolkerei hat also acht Tage lang das von den Konsumenten bezahlte Geld in der Tasche!

Nicht genug damit! Da in letzter Woche bekanntlich der Milchpreis nur für einige Tage festgesetzt wurde — wie überhaupt gegenwärtig —, und später eine Erhöhung erfuhr, so forderte die Zentralmolkerei außer der Vorauszahlung, die schon gegen die Geldentwertung schützt, im Laufe der Woche noch eine Nachzahlung.

Das Geschäftsgebaren wird aber in seiner ganzen „Größe" erkannt, wenn man noch folgendes weiß: Der Bauer beklagt sich bitter, daß er seine Zahlung nachträglich erhält. Diesem Umstand wird schon in der Preisfestsetzung durch Goldpfennige Rechnung getragen. Die verspätete nachträgliche Zahlung durch den Milchhandel wird also schon dem Konsumenten einigermaßen finanziell aufgeladen.

Insgesamt ergibt sich also folgendes Schröpfsystem gegen den Milchverbraucher:

1. er zahlt 8 Tage im voraus,
2. er leistet eine Nachzahlung,
3. er zahlt schon im Milchpreis eine Entschädigung dafür mit, daß der Händler später bezahlt (obwohl der Konsument selbst voraus zahlt).

Ist das nicht indirekt eine Milchverteuerung? Wie denken darüber Milch- und Wucheramt?

Die Verbraucherschaft selbst muß gegen solche Vorauszahlungssysteme energischer Front machen, da sie sonst zwischen den beiden Systemen: Nachempfang des Gehalts und Vorauszahlung für Lebensmitte usw. zerrieben wird.

Preisanarchie. Man schreibt uns: In Ihrem geschätzten Blatte wurde darüber Klage geführt, daß die Geschäfte ihre Preise willkürlich bilden. Das, was ich auf diesem Gebiete erlebte, spottet jeder Beschreibung. Am 13. Oktober sollte ich meiner Frau eine Gardinenstange besorgen. Ich kam beim Einrichtungsgeschäft Schellhorn in der Donnersbergerstraße vorbei und wollte gleich da einen Versuch machen. Ein Herr (meines Erachtens der hohe Geschäftsinhaber selbst) zeigte mir auf Verlangen eine eiserne, hohle Eisenstange vor, 1,10 Meter lang und 8 Millimeter stark, Preis hierfür — 300 Millionen Mark. Da mir am selben Tage in einem Geschäft in der Dachauer Straße eine messingene, ausziehbare Gardinenstange für 50 Millionen Mark vorgezeigt wurde, war ich wie aus den Wolken gefallen und bedankte mich bei dem mich bedienenden Herrn. Nun probierte ich es bei einem Konkurrenzgeschäft namens Wepper in der Schlörstraße 27. Und siehe da, hier konnte ich genau dieselbe Stange für — 28 Millionen Mark kaufen, also um fast den elften Teil. Ich wollte nicht verfehlen, sogleich im Geschäft Schellhorn meinen glücklichen Einkauf zu melden und den Preisanarchisten auf seine unverschämte Preisforderung aufmerksam zu machen. Der Herr tröstete sich aber damit: „Wenn andere in die Isar springen, muß ich es nicht nachmachen."

Die Angelegenheit habe ich noch am selben Tage der Wucherabwehrstelle bekanntgegeben. Meine Anschauung ist, daß solche Geschäfte auch öffentlich gebrandmarkt und das Publikum vor ihnen gewarnt werden muß.

Der Hunger. Vor einigen Tagen brach am Sendlingertorplatz eine Frau zusammen. Ein Dentist und dessen Frau nahmen sich der Frau an und brachten sie in ihre Wohnung an der Sonnenstraße, wo die Frau, nachdem ihr Stärknug gereicht wurde, wieder zu sich kam. Die Frau, eine Arztenswitwe an der Daiserstraße, erzählte von ihrer Not. Sie habe fast seit acht Tagen nichts Besonderes gegessen. Die Dentistenfamilie schenkte der Frau Mehl, etwas Fett und Kartoffeln. Eine Sammlung im Haus für die Frau ergab 2 Milliarden.

Vom Münchener Bier. Der Bayer. Brauerbund schreibt uns: „In der Nummer v. 16. d. M. veröffentlichten Sie eine Notiz, in welcher den Brauereien der Vorwurf gemacht wird, daß sie statt hochwertiger Rohstoffe in reichlichem Maße Ersatzstoffe verwenden. Wir müssen Ihnen aufs bestimmteste erklären, daß dies bei keiner einzigen bayerischen Brauerei der Fall ist, sondern, daß sich dieselben strikte an die Vorschrift des Biersteuergesetzes halten, nach welcher zur Bierbereitung nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden darf."

Wir geben dies unseren Lesern bekannt, und müssen es ihnen überlassen, inwieweit sie an den Hopfen- und Malzgehalt der Münchner

---

durchaus nicht träumerischen, sondern wachen, energischen und besonders einer patriotischen Poesie.""

Damit ist die Frage aufgeworfen: Bühne und Politik; aber auch die Frage: Generaldirektor und Volksnot. Nichts wirkt so gewaltig auf den Menschen als der Eindruck des Gesichts. Jedes gesprochene Wort ist lahm neben dem dargestellten.

„Im Solde des Feindes stehen Angestellte des Reiches, für Frankreichs Zweck arbeiten sie, die nicht die ganze Gefährlichkeit, verantwortlicher Deutscher zu sein, jetzt bejahen, sich klug zurückhalten, statt mit ganzem Eifer auf heftige Zwecke bedacht zu sein." Dies ätzende Wort der Wahrheit schleudert Heinrich v. Kleist den Wichten seiner Zeit entgegen, schleudert er ins Gesicht unserer Zeit, vieler, vieler unserer Verantwortlichen. Wohl gibt es deutsche Männer in verantwortungsvollen Stellen, die wissen, daß deutscher Beamter sein keine Sinekure ist, die ganz andere Sorgen drücken als die Sorgen des Gehalts, von denen nur zu oft gesprochen wird. Aber es gibt noch zu viel Männer, an ganz entscheidenden Stellen, auf die dies Wort Kleists in aller seiner Schärfe zutrifft.

Die Bühne, die nationale Bühne, hat, wie ihr Name sagt, der Nation, dem Leben und der gesitteten Existenz des Volkes zu dienen. Wenn dieses Volk in Not ist, wie das unsrige, dann hat der verantwortliche Leiter dieser Bühne sein Amt aufzufassen wie der Schmied an der Esse: er muß das Feuer des Geistes anfachen, in dem die Schwerter der Zukunft geschmiedet werden können. Er darf nicht „träumerisch", nicht ästhetisch, er muß wach, energisch und patriotisch sein. Ist dies der Herr Generaldirektor Geheimrat Dr. Zeiß nicht? Spielt er nicht Wagner: spielt er nicht Schiller, spielt er nicht einen kastrierten Kleist? O ja, aber dies alles ist nur Aushängeschild. Es gehört keine Tugend dazu, kein Genie, und es ist kein Verdienst. Es ist verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Evangelien deutschen Geistes dem deutschen Volke zu verkündigen. Das Verständnis für die Aufgabe der Gegenwart, für unsern Kampf, seine innere Einstellung zu deutschen [illegible] Not wird sichtbar, wenn wir die Stellung des Generaldirektors zur gegenwärtigen Poesie ansehen. Während er vaterländische Stücke aus ästhetischen Gründen ablehnt, gilt dieser Maßstab plötzlich nicht mehr, wenn es sich um Dinge der Plattheit und Albernheit handelt. Er, der Leiter des nationalen Theaters mit klassischer Überlieferung, stellt den ganzen Apparat dieses Theaters in den Dienst der Unterrockproblematik. Der Herr, der aus dem schläfrigen Gestern in das harte Heute wie ein Mißverständnis hineinragt, findet in den Monaten, in denen sein Volk seinen härtesten geistigen Kampf kämpft, Zeit, im Dickicht spazieren zu gehen, die Fragen einer Verführung zu enträtseln. Für den Generaldirektor einer bayerischen nationalen Bühne ist in der Not des Volkes noch Zeit, einem grunzenden Schwein und einer Stubenfliege nachzugehen. Was kümmert den ästhetischen Generaldirektor das Urteil führender deutscher Männer über ein Stück wie „Das deutsche Leid". Der kurzsichtige Philologe hat nur Blick für das Kleine, das Alltägliche, wenn es hoch kommt, für die kalte Verführungskunst eines Mulatten. L'art pour l'art, stammelt der müde Mund. Taub ist sein Mund für das erschütternde Spiel einer Tilla Hohmann, einer May Beveridge, taub für die Anklage eines Lechner, denn die Ruhrnot, die Volksnot findet in ihm keinen Resonanzboden. Was kümmert es den amtlich angestellten Ästheten, daß Tausende, ergriffen von diesem Spiel, von seiner aufwühlenden Kraft, zur Erkenntnis der Gegenwart erwachten. Der geistig Müde und seelisch Lahme liebt nicht den Sturm, seine Neigung reicht nur bis zum Problem der Verführung, bis zum Grunzen des Schweines und dem Gesumme der Stubenfliege. Man sage nicht, er kennt eben das Volk, das Volk hat gesprochen, das Volk hat gezittert und gebebt, im Innersten ergriffen beim Spiel, aber er kennt sich. Es gibt Zitate, die nur beweisen, daß andere denken können. Solche Zitate sind für den Herrn Generalintendanten Wagner, Schiller, Kleist; aber dort, wo eigenes Gefühl, nicht festgefügtes Urteil zu entscheiden hat, wo der Geist des nationalen Theaters aus der Fülle der Gegenwart herausgreifen soll was unser Volk stählt und stärkt, da wird er zum Giftmischer. — Unser Geschlecht ist ein kämpfendes Heer, das, müde von der Schlacht, sich nach Ruhe und Frieden sehnt. Aber wehe dem, der Friede ruft und es ist kein Friede, wer mit den Gaukeleien einer versunkenen Zeit den Kämpfern den Augenblick stiehlt und das Wissen raubt, daß vor ihm der Feind, Sieg oder Untergang steht. Wer einem Soldaten vor der Stunde der Entscheidung ein Schlafpulver gäbe oder einen Schlummertrank, der wird zum Mörder an ihm und seinem Volk. Wer einem Bergsteiger, der müde vom Wandern im Schneesturm sich setzen wollte zum tödlichen Ausruhen, vorschwatzte, er sitze sicher am warmen Ofen, der wäre schuld an seinem Tode, auch wenn kein Gericht einer deutschen Bühne in dem deutschen Stamme, den das Wissen von der furchtbaren Gefahr des Augenblicks am schärfsten brennt, mit rasch erborgten Maßstäben der Ästhetik die vaterländische Dichtung in die Ecke wirft, um eben diese Maßstäbe bei Werken der Plattheit sofort wieder zu vergessen, vergißt den Zweck seines Amtes. Herr Generaldirektor, wer als Wächter auf die Zinne gesetzt ist, als Hüter des Geistes, des deutschen Geistes, der inmitten einer Welt von Wölfen nur ein Geist der Tapferkeit, ein kriegerischer Geist sein kann, und er sieht — anstatt auf den Feind — in die Winkel, wo ein Verführer sein Spiel treibt, auf die Gasse, wo ein geprellter Bauer sich streitet, in die Kammer des Austräglers, wo die Stubenfliege einen Kranken umsummt: der ist, sanft gesprochen, ein Schlafwandler, in der Dialektik eines Arndt, eines Kleist — sagen Sie es sich selbst.

Schrill und aufrüttelnd klingt die Stimme des Heroldes, der die Schläfer weckt aus viehischem Schlaf und lockenden Träumen, — Deutschland ist ein brennendes Land, der Feind steht in seinen Grenzen und der Wächter träumt. Weh ihm, der im schimmernden Allzumenschlichen versank, weil es seinem Geist und der Enge des Herzens entsprach, das Volk wird ihn zerreißen, wenn es, arm und verelendet, durch seinen Verrat über die Trümmer seines Glückes [illegible]. Wehe dem Hüter des Geistes, der, bezahlt von der Nation, wachen soll über ihren Geist, und er treibt alltäglichen Schabernack.

Die Bühne, die heute Fliegen fängt, Schweinen nachspringt und im Dickicht herumläuft, statt: Feuer ins Land zu rufen, treibt Verrat am Volk. Die Bühne — ach nein, die Bretter hallen geduldig wider vom Stubenfliegengetrippel, wie vom Schrei des geknechteten Deutschen, die Bühne ist unschuldig: die Schauspieler — wer sie kennt, viele von ihnen, weiß, wie sie gerade aus ihrem Beruf heraus, aus der seelischen Arbeit, bestes Verständnis haben für die seelische Not der Gegenwart, sie selbst sind gefesselt in ihrem deutschen Wollen. Schuld ist der Leiter, der Kopf, der Gestrige, der Generaldirektor. In Frankreich, in England, in Italien wäre eine solche Gestalt in einer solchen Zeit eine Unmöglichkeit, selbst in dem bolschewistischen Rußland. Denn das Gesunde, das Zielsichere schleudert träumende Wichte von sich. Wann erwacht in unserem Volke der Geist, der Lebenswille, der Wächter sein will und nicht Verräter, der den Zeisig verachtet, weil nur der Adler, der Löwe sein Zeichen ist.

Kleine Nachrichten

Kunstnotizen. In der Berliner Akademie der Künste wurde am 18. Oktober eine „Schwarz-Weiß-Ausstellung" eröffnet. Sie zeigt Graphik, Kleinplastik, Aquarelle von Slevogt, Corinth, Kirchner, Schmidt-Rottluff, Liebermann u. a.

In Berlin findet ab 21. Oktober eine Arbeiter-Kunst-Ausstellung statt. Außer malenden Arbeitern werden hier bekannte Namen wie Heinrich Zille, Käthe Kollwitz u. a. vertreten sein. Als Eintrittsgeld wird eine Preßkohle gezahlt (ob das patentiert ist? Es ließe sich sonst eine „Marksanierungsaktion" darauf aufbauen).

Buchbesprechung

Die Wohlmuth-Kur. Populär-wissenschaftliche Monatsschrift für naturgemäße Heil- und Lebensweise, Nr. 3, 2. Jahrgang, 1. Sept. 23, Furtwangen (Schwarzwald). Verlag: Wohlmuth-Verlag Furtwangen (Schwarzwald). Aus dem reichen Inhalt der Zeitschrift sei erwähnt: Die wichtigsten Grundsätze der häuslichen Krankenpflege, von Dr. med. H. Moeser, Stuttgart. Vom Heilmagnetismus, von Dr. Ferd. v. Gerhardt, Frankfurt a. M. Der Kropf, von Dr. med. Spengler, Kurarzt des Kneippkurortes Neuburg a. d. D. Über systematische Heildiätetik zur Behandlung aller Krankheiten unter Berücksichtigung moderner okkulter Ergebnisse, von Karl Bletz. Meine Erfahrungen mit der Prostatabehandlung unter Benutzung des galvanischen Schwachstroms, von Dr. med. et phil. H. Lemke, Berlin. Suggestion, von Dr. med. Konrad Grams, Arzt, Berlin. Die Tuberkulose der Knochen und Gelenke, von Dr. med. Löhmann, Bielefeld. Der Schläfer von Sulz, Roman von Hermann Stegemann. Aus der Praxis. Vermischte Mitteilungen. Briefkasten. Bücherbesprechungen.

Neues Leben, Monatsschrift für deutsche Wiedergeburt. Herausgeber Dr. Th. Scheffer, Bad Berka b. Weimar. 18. Jahrgang. 3. Heft. Scheiding 1923. Die Monatsschrift, die dem Deutsch-Ordensland, e. G. m. b. H., als amtliches Organ dient, steht auf einem wesentlich besseren Standpunkt als ihre Vorgängerin unter Hunkel, dem seine Angriffe auf den Führer unserer Bewegung nicht vergessen sein sollen. Das vorliegende Heft erhält einen lesenswerten Bericht über den kürzlichen Allthing und einige Beiträge des verstorbenen Otto Falb.

Die Oberpfalz, Monatsschrift für Geschichte, Schrifttum, Volks- und Heimatkunde. Unter Mitwirkung zahlreicher Freunde unserer Heimat, herausgegeben von Oberlehrer J. B. Laßleben in Kallmünz. 17. Jahrgang. Heft 8/9. Erntung/Scheiding und Heft 10 Gilbhardt, Oktober 1923. Verlag: Oberpfälzische Landbuchhandlung, Kallmünz. Die beiden letzten Hefte sind wieder auf der alten Höhe, und treu geblieben ist der Zeitschrift auch die Klage, daß ein Wiedererscheinen der „Oberpfalz" ernsthaft gefährdet ist. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn diese gediegene Heimatzeitschrift ihr Erscheinen einstellen müßte. Inhalt und Bilder machen sie zu einem wertvollen Begleiter. Das Heft 10 bringt sogar in guter Wiedergabe ein Gemälde „Es weht ein Wind ...", von Ludwig v. Senger. Wir erwarten, daß alle, deren Heimat oder deren Beziehungen sich mit dem Zweck der Zeitschrift decken, durch Bestellungen oder Zuwendungen ihr Weitererscheinen ermöglichen.

Germanengeist. Ein täglicher Mahner an echtes Deutschgefühl und reines Germanentum. Monatsblätter, herausgegeben von Hans Hoffmann-Quedenau. Germanen-Verlag Hans Hoffmann-Quedenau, Sternberg-Nm. Das vorliegende Heft befaßt sich mit dem Untergang der deutschen Mark und bringt als literarische Beigabe die Things Szene nach Vissula, von Felix Dahn. Endlich enthält das Heft einen Auszug aus der Rede Adolf Hitlers im Zirkus Krone vom Anfang August über das Thema „Teuerung, Republik und Faszistenstaat".

Hammer. Parteilose Zeitschrift für nationales Leben. Verlag und Schriftleitung Th. Fritsch, Leipzig 13, Königstr. 17. 22. Jahrgang, Nr. 511, vom 1. Okt. 1923. Aus dem Inhalt: Bankrott-Wirtschaft, von F. Roderich-Stoltheim. Behebung der Markentwertung, von Dr. Brademann. Völkische und Kommunisten, von Th. Fritsch. Randbemerkungen zur Zeitgeschichte: Frankreichs wahre Absichten — Die wirtschaftlichen Aussichten der Vereinigten Staaten — Ein Notschrei aus Rußland — Das unzerstörbare jüdische Nationalbewußtsein — Amerikanisches Urteil über das neue Deutschland — Die Wahrheit über Rußland.

Morgenrot. Romantische Monatsschrift für Kultur und Sozialreform. Herausgegeben unter Mitwirkung von Johannes Aquila, Maurus Carnot, Richard Kralik, Justinus Frhr. v. Vogelsang. 1. Jahr, Heft 9, August 1923. Vogelsang-Verlag, Ges. m. b. H., Wien 7, Verwaltung: Wien 9, Säuleng. 12.

Deutschlands Erneuerung, Monatsschrift für das deutsche Volk. J. F. Lehmanns Verlag München. 7. Jahrgang, Heft 9. Aus dem Inhalt: Deutschland bezahlt alles, von Dr. Georg E. Kunzer. Frankreichs Kriegsschuld, zusammengefaßt von Dr. G. Beutel. Die Franzosen an der Ruhr, von Dr. Hannes Pyska. Die geistige Abwehr des Franzosentums, von A. Dresler. Österreichs Finanzen und Wirtschaft, von Dr. Franz Schweinitzhaupt. Die Sanierung Österreichs im Lichte der französischen Politik, von Dr. Franz Schweinitzhaupt. Deutsche Zwieführung und Selbstverwaltung, von Prof. Dr. med. Ph. Kuhn. Musik und Bühne, von Dr. Karl Grunsky. Deutschösterreich, von Herbert Werner. Bild der Lage, von Dr. Erich Kühn.

Woldemar Schütze, Der Weg zu Deutschlands Rettung! Fort mit Versailles! Verlag H. R. Engelmann, Berlin W. 15, 1922. Schütze hat sich die Mühe gemacht, aus englischen Zeugnissen die Unschuld Deutschlands am Weltkriege nachzuweisen. Es ist ihm dies voll und ganz gelungen und es wäre zu wünschen, daß seine Schrift nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch im Auslande verbreitet würde. Es hilft uns gar nichts, wenn wir selbst davon überzeugt sind, den Weltkrieg nicht heraufbeschworen zu haben, wenn es uns nicht gelingt, die falsche Meinung des Auslandes über uns zu berichtigen.

Die Freiheitslieder Torstensons „In Tyrannos!" Hephästos-Verlag, Hamburg 26, 2. Aufl., 1922. Lieder voll Leidenschaft und gerechten Zornes über das, was die Franzosen unserer Westmark angetan haben und natürlich nach Aufgabe des passiven Widerstandes weiter antun werden. Das feige Sichgehenlassen, das stumme Sichergeben in das feindliche Geschick wird gegeißelt und statt dessen zum Haß aufgerufen, der allein uns wieder frei machen kann vom Joche des feigen Eroberers. Die Gedichte in französischer und englischer Sprache allerdings sind eine Würdelosigkeit. Was wir diesen beiden zu sagen haben, können wir ihnen auch auf gut Deutsch sagen.

Bezeichnend

... Im April 1865 kamen Nachrichten nach Auckland, daß ein einem Juden namens Levy gehöriger Schoner ... nach Opotiki ... gekommen war. Er hatte zwei Missionare an Bord, Volknor von einer deutschen Gesellschaft und Grace von der Church-Missionsgesellschaft. Die beiden Missionare wurden (von den Maoris) ergriffen und der arme Volknor unter schrecklichen Martern aus der Welt geschafft, während Grace als späteres Opfer ihrer Gebräuche aufgespart wurde. Levy, als Jude, wurde gut behandelt ...!

Biere glauben. Vielleicht hört man darüber auch mal was von einer amtlichen Untersuchungsstelle.

Ein Ehrentag der Münchener Feuerwehren. Am Kirchweihsonntag fand im großen Stadtratssitzungssaal die feierliche Verteilung der Feuerwehrdienstauszeichnungen statt. Außer Vertretern der Regierung und der Polizeidirektion hatetn sich noch Vertreter der einzelnen Stadtratsfraktionen und auf der Zuschauertribüne zahlreiche Angehörige der Feuerwehrmänner eingefunden. Bürgermeister Schmid hielt an die Erschienenen eine Ansprache. Hierauf verteilte er folgende Auszeichnungen:

1. Das staatliche Feuerwehrzeichen für hervorragende Leistungen im Feuerwehrdienst am weiß-roten Band erhielt der städt. Branddirektor Diplomingenieur Karl Dirnagl.

2. Das staatliche Feuerwehrzeichen für hervorragende Leistungen im Feuerwehrdienste am weiß-blauen Bande die Brandoberingenieure Krum und Haimerl sowie weitere 20 Angehörige der Münchener Berufsfeuerwehr und drei Angehörige der freiwilligen Feuerwehr: Bankoberinspektor Kirchgaßner, Sekretär Seybold und Schreinermeister Simmet.

3. Das Feuerwehrehrenzeichen für 40jährige Dienstzeit erhielten der Wehrmann Schuhmachermeister Kaspar Grimm.

4. Das Feuerwehrehrenzeichen und die städt. Auszeichnung für 25jährige Dienstzeit erhielten 9 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr.

5. Das Feuerwehrehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit allein bekamen 6 Mann.

6. Die städtische Auszeichnung für 25jährige Dienstzeit allein bekamen 5 Mann.

7. Das städtische Ehrendiplom für 15jährige Dienstzeit erhielten ferner noch 29 Mann.

Branddirektor Dirnagl dankte namens der Geehrten der Staatsregierung für die Verleihung der Auszeichnungen.

Stadtrat Ecker, der I. Vorsitzende der Münchener Freiwilligen Feuerwehren, betonte das schöne Zusammenarbeiten und den kameradschaftlichen Geist, der zwischen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr herrscht, und gab das Gelöbnis ab, daß sie alle und jederzeit zum Schutze gegen elementare Kraft wirken wollen.

Der Judenanwalt. Unlängst wurde bekanntlich ein Beleidigungsprozeß des Generals Ludendorff gegen den Juden Dr. Wiener verhandelt. Dieser wurde von dem Grafen Pestalozza, Rechtsanwalt und Abgeordnetem der Bayerischen Volkspartei, vertreten. Das war nicht überraschend, da ja erfahrungsgemäß der Bayerische-Volkspartei-Mann Graf Pestalozza mit Liebe Hebräer vor Gericht vertritt. Bemerkenswert war der Fall besonders um deswillen, weil er ein bezeichnendes Licht auf die gräfliche und volksparteilich orientierte Auffassung vom Deutschtum warf. Der Begriff „deutsch" ist dieser Auffassung ein ganz nebensächlicher. Erklärte doch der Herr Graf und Gefolgsmann der Bayerischen Volkspartei: „Wenn es sich um Fragen der Rechtspflege handelt, scheidet für mich der Begriff „deutsch" aus."

Es kommt aber noch besser. Wie wir nämlich erfahren, war es ebenfalls Graf Pestalozza, der die wegen unerhörter Beleidigung deutscher Frauen und Mädchen zu Gefängnisstrafe verurteilte Frau des Juden Eliasberg vor Gericht verteidigte. Man kann es verstehen, wenn es Juden aus taktischen und sonstigen Erwägungen für gut finden, sich christlicher Anwälte zu ihrer Verteidigung vor Gericht zu bedienen, aber unbegreiflich und beschämend zugleich erscheint es uns als Deutsche, wenn sich christliche Anwälte dazu hergeben, Juden zu verteidigen, die sich einer solch gemeinen und frechen Beschimpfung der deutschen Frauenwelt zuschulden kommen lassen, wie dies im Fall Eliasberg festgestellt ist.

Jeder aufrechte Deutsche wird sich darüber ein Urteil bilden, das für den Herrn Grafen gewiß nicht schmeichelhaft sein dürfte. Und was die Frage „Judentum und Bayer. Volkspartei" anlangt — darüber ist sich jeder im klaren, außer deren bedauernswerten Mitläufern, die aber auch allmählich helle werden.

Um keine Unterbrechung im Bezuge der Zeitung zu erleiden, ersuchen wir unsere

Verlags-Bezieher

heute schon, bei der nächsten Postanstalt zu bestellen, da Einweisungen vom Verlag nicht mehr erfolgen können.

„Völkischer Beobachter"

Bezieher-Abteilung

Vom jüdischen Börsenbetrug. Man schreibt uns: „Gestern vormittag kam ich mit einem mir bekannten Finanzjuden ins Gespräch. Er äußerte schließlich, für ihn sei heute das Tageswerk schon vollbracht. Er hatte Auftrag gegeben zum Kauf von 3000 Dollar, und da werde er bis abends an die 20 Billionen verdient haben." — So treiben es diese jüdischen Gauner. Deutsches Volk, erwache!

Für die Ostjuden. Die Altheimereckerin setzt sich in ihrer jüngsten Ausgabe folgendermaßen für die Ostjuden ein:

In letzter Zeit wurde in München eine Reihe von Haussuchungen bei Ostjuden vorgenommen, angeblich wegen Verdachtes unrechtmäßigen Besitzes von Devisen. Daß aber dieser Grund für die Durchsuchungen sicher nicht allein maßgebend war, beweist die Tatsache, daß man sich von den Leuten auch die Wäsche- und Kleiderbestände zeigen ließ und sie frug, wann sie sich die Dinge angeschafft haben, daß man danach forschte, welche Zeitungen sie lesen und welche politische Ansichten sie haben. Es ist jetzt eine ganze Anzahl dieser Ostjuden ausgewiesen worden, und zwar solche, die schon seit zwanzig und mehr Jahren ihren dauernden Wohnsitz in München haben. Da es sich nicht selten um Geschäftsleute handelt, die einen größeren oder geringeren Stand von Arbeitnehmern beschäftigen, ist naturgemäß mit solchen Ausweisungen auch ein bedeutender Schaden für diese Arbeitnehmer verbunden, weil sie in der heutigen schwierigen wirtschaftlichen Lage von einem auf den anderen Tag brotlos gemacht werden.

Das ist natürlich frecher Schwindel. Die Ostjuden leben nur von Wucher und Betrug, und die Angestellten, die sie beschäftigen, müssen mitwuchern und mitbetrügen. Daß sich aber die Altheimereckerin für diesen Auswurf einsetzt, der vielen Münchenern Arbeitern die Wohnungen wegnimmt, versteht sich bei der Interessengemeinschaft von Marxismus und Judentum von selbst.

Hauptstelle der Erwerbslosenfürsorge. Infolge der umfangreichen Geschäfte ist die Hauptstelle der Erwerbslosenfürsorge, Thalkirchner Straße 54/4, gezwungen, zur reibungslosen Abwicklung der Unterstützungsanträge den Parteiverkehr für jeden Mittwoch einzustellen.

Nachzahlungen für Ruhestandsbeamte. Bei der Kreiskasse von Oberbayern werden die Nachzahlungen für 3. und 4. Viertel an Ruhestandsbeamte ab Mittwoch, den 24. Okt., an Beamtenhinterbliebene ab Donnerstag, den 25. Okt., gezahlt. Auch an Kontoinhaber erfolgt Barzahlung.

Erhöhung der Steuerermäßigungen. Wir verweisen unsere Leser auf die Bekanntmachung der Finanzämter im Anzeigenteil dieser Nummer.

Abendkurse für Kleider- und Putzmacherinnen. In der gewerblichen Fortbildungsschule für Mädchen werden heuer zum erstenmal Abend-Gehilfinnen-Kurse abgehalten. Beginn am 1. November. Putzmacherinnen und Kleidermacherinnen, die bereits die Gehilfinnenprüfung abgelegt haben, können sich am 25. und 26. d. M. nachmittags von 5—7 Uhr in der Schule, Herzog-Wilhelm-Straße 30, melden. Prüfungszeugnis ist mitzubringen.

Koch-, Näh- und Bügelkurse. In der hauswirtschaftlichen Beratungsstelle beginnt am 26. November ein neuer Vormittagskochkurs für gute bürgerliche Küche. Dauer desselben 36 Vormittage. Die Nachmittags- und Abend-Näh- und Bügelkurse finden fortlaufend statt. Im Monat November beginnen Kurse zur Anfertigung von Kinderspielzeug. Anmeldung täglich von 9—5 Uhr, Samstag 9—12 Uhr in der Geschäftsstelle, Alte Polizei, Weinstraße 13/0, Zimmer 48.

Der Raub in der Menterschwaige. Wie gemeldet, wurde am 18. Oktober, abends 9 Uhr, in der Menterschwaige eine Kontoristin, die mit ihrem Geliebten ging, von zwei Burschen überfallen und wertvoller Schmucksachen beraubt. Der sie begleitende Liebhaber verschwand, ohne das Mädchen zu verteidigen. Seitdem fehlt von ihm jede Spur, so daß der dringende Verdacht bestand, daß er beim Raub die Hand im Spiele hatte. Die Polizei hat nun die Person des Begleiters festgestellt. Es handelt sich um den aus der Rätezeit her bekannten 30 Jahre alten Reisenden Wilhelm Weber, der sich an die Kontoristin mit falschem Namen heranmachte. Weber ist mittelgroß, schlank, hat schwarze, links gescheitelte Haare, falschen, kleinen Schnurrbart, rötliche, gebogene Nase, bräunliches Gesicht. Mitteilungen an die Polizeidirektion, 18. Kriminalbezirk.

Ein Schwindlerpaar. Ein angeblicher Ingenieur Wilhelm Klinger von Augsburg wurde mit seiner angeblichen Ehehälfte verhaftet, der mit dieser in Münchener Pensionen als ein bei Fürstenfeldbruck „verunglückter Autobesitzer und Offizier" Bruno Düring große Zechbetrügereien verübte und dann verschwand. Auch Schwindel mit Kartoffelbestellungen verübte das „edle" Paar.

Durch einen Zigarettendiebstahl verraten. In ein Zigarettengeschäft in der Bayerstraße kam ein verheirateter Maurer und kaufte Tabak. Dabei stahl er eine Anzahl Zigaretten. Er wurde ertappt und der Polizei übergeben. Diese machte bei dem Zigarettendieb Haussuchung und förderte eine Menge, anscheinend an Baustellen gestohlene Sachen, wie Glühbirnen, elektrische Armaturen, Brecheisen, Kisten voll Drahtstifte, Wasserwagen, elektrische Lichthebel, neue Schlösser mit Bändern, elektrische Glocken, Drahtzangen, neue Flaschenzugrollen-Scheren, grüne Filzsesselschoner, ferner 140 Pfund Zucker zutage. Mitteilungen an die Polizeidirektion, Haftbüro 240.

Kino oder Wahrheit? Bei der Polizei in München erschien ein 14 Jahre altes Mädchen und erzählte, einen Haarschopf als Beweis mitbringend, folgendes Geschichtchen. Sie und ihre gleichalterige Freundin, die aber nicht auffindbar ist und nur den Zopf als Beweismaterial mitschickte, seien beim Kartoffelhamstern im Isartal bei Geiselgasteig von zwei Burschen im Alter von 25 Jahren, von denen einer schwarze Haare, dunklen Stoppelbart, braunes Gesicht, der andere schwarzen, langen Schnurrbart, lange, rotblonde (!) Haare hatte, angegriffen worden. Beide hätten ihnen, den Mädchen, die Zöpfe abgeschnitten und der Unbekannten das Jackett geraubt.

Kleine Chronik. Aus einem Installationsgeschäft in der Implerstraße wurde ein Eisenfaß mit 229 Kilo Maschinenöl, Wert 120 Milliarden, gestohlen. — Aus einer Wohnung an der Dachauerstraße wurden ein Alaskafuchspelz und Damenkleider, Wert 500 Milliarden, gestohlen. — Festgenommen wurde ein 21 Jahre alter Hilfsarbeiter, als er an eine Hausiererin Gänse, die er in Westerham gestohlen hatte, verkaufen wollte. — In einem Anwesen an der Augustenstraße stürzte am Montag ein Aufzug, an dem das Drahtseil riß, in die Tiefe. Zwei am Aufzug befindliche Personen, ein Kaufmann und ein Mechanikerlehrling, wurden erheblich verletzt. — Im Polizeigebäude erlitt am Dienstag Kriminaloberinspektor Deininger infolge Ausgleitens einen rechten Oberschenkelbruch.

Die Teuerungszahl für Kraft- und Pferdedroschken wurde für erstere auf das 900millionenfache, für letztere auf das 600millionenfache des Friedenspreises festgesetzt.

Standmusik des Pionier-Batl. Nr. 7. Leitung: Herr Obermusikmeister Schifferl. 1. Ouverture z. Op. „Das goldene Kreuz", von Brüll; 2. Fantasie aus „Troubadour", von Verdi; 3. „Herbstweisen", Walzer von Waldteufel; 4. „Automobil-Marsch", von Translateur.

Amtliche Bekanntmachungen im „Staatsanzeiger": über die Höchstpreise für Handelsdünger; betr. Gebührenfestsetzung für den Versand von Milcherzeugnissen; über Gehaltsklassen in der Angestelltenversicherung und Lohnklassen in der Invalidenversicherung; betr. Körung der Zuchthengste fr das Jahr 1924.

Bestattungen

am 24. Oktober.

Südfriedhof: Joseph Hörmann, Eisenbahnexpeditor, 86 J., 11 Uhr; Max Schober, Kuttlermeister, 67 J., 10½ Uhr; Christoph Zeitner, Zugführer, 65 J., 11½ Uhr; Therese Wägele, Privatiere, 84 J., 10 Uhr; Ludwig Elsenberger, Okonom, 38 J., k. n. Riring.

Ostfriedhof: Johann Buchner, ehem. Fabrikant, 71 J., 2 Uhr; Martin Penzkofer, Maurermeister, 67 J., 1¾ Uhr; Kreszenz Eckertsperger, Gastwirtswitwe, 66 J., 3¾ Uhr; Georg Zankl, Maler, 52 J., 2 Uhr; Emil Wörnle, Kaufmann, 23 J., k. n. Weilheim.

Nordfriedhof (Schwabing): Ernestine Travers, Generalkonsulswitwe, 73 J., 3½ Uhr; Maria Sedlmeier, Schlosserskind, 2 Mon., 2½ Uhr.

*

Was tut die Stadt zur Linderung der Not?

(Fortsetzung und Schluß.)

Wärmestuben.

Das Komitee für Errichtung von Wärmestuben hat in früheren Jahren und während der Kriegszeit eine Anzahl Wärmestuben in der Stadt unterhalten, sie aber nach und nach aufgelassen, weil ein Bedürfnis hierfür offenbar nicht vorhanden war, da sie nur schlecht frequentiert wurden. Die größte der Wärmestuben auf der Kohleninsel wurde noch bis zum Jahre 1921 fortgeführt. Dort konnte in einem kleinen Raum dem vorhandenen Bedürfnis entsprochen werden. Schließlich wurde noch im Winter, obwohl Brennmaterialien vorhanden gewesen wären, auch dieser Raum mangels eines Bedürfnisses geschlossen. Auch die Stadt selber hat während des Krieges Einrichtungen nach Art der Wärmestuben eine Zeitlang unterhalten, sie aber mangels Bedürfnisses wieder eingehen lassen. Anträge auf Errichtung oder Bereitstellung von Wärmestuben wurden im Laufe der letzten Jahre wiederholt gestellt, mangels Bedürfnisses aber vom Stadtrat abgelehnt. Beschwerden darüber, daß die Stadt Wärmestuben nicht unterhält, sind dem Referat in den letzten Jahren, trotzdem auch hier die Versorgung mit Brennmaterialien schon äußerst schwierig war, nicht zugegangen, so daß daraus gefolgert werden darf, daß ein Bedürfnis für Wärmestuben allein wohl kaum besteht. Sollte wider Erwarten im Laufe des Winters die Bereitstellung von durchwärmten Räumen erforderlich werden, so werden ohne erhebliche Schwierigkeiten hierfür in den verschiedenen Stadtteilen die in Frage kommenden Wirtschaftsräume gefunden werden können. Aber jetzt schon Schritte nach dieser Richtung hin zu unternehmen, erscheint dem Referat nicht veranlaßt.

Speisegelegenheiten.

Bei der riesigen Teuerung, den unzureichenden Unterstützungen und der Knappheit an Lebensmitteln entspricht dagegen zweifellos die Bereitstellung von billigen Speisegelegenheiten einem dringenden Bedürfnis. Doch dürfte auch hier mit den in München vorhandenen Einrichtungen, wenn diese nur alle mit dem erforderlichen Kredit versehen werden, um sich lebensfähig zu erhalten, auszukommen sein. Vorhanden sind:

a) 25 städtische Suppenanstalten.

In diesen werden zur Zeit 5000 Personen Kinder und Erwachsene, gespeist. Ohne bauliche Veränderungen kann die Portionenzahl pro Tag auf 7000 erhöht werden. In einigen Küchen könnte durch Erweiterung der Anlage ohne erhebliche Kosten eine Erhöhung der Leistung um weitere etwa 1000 Portionen erzielt werden. Seitens des Referats 9 sind Räume für eine Suppenanstalt in der Schule an der Frauenstraße angeboten worden. Die Einrichtung einer Küche dortselbst würde aber nach einem Gutachten des Stadtbauamtes viele Dutzende von Billionen Mark verschlingen, so daß von diesem Projekt wohl kaum Gebrauch gemacht werden kann. Bei der jetzigen Frequenz reichen die Vorräte, soweit solche überhaupt lagerungsfähig sind, etwa 3 Monate. Die Geschäftsstelle für Suppenanstalten hat ständig Geldschwierigkeiten. Soll eine Tagesleistung von 7—8000 Essen vorbereitet werden, so müssen der Geschäftsstelle ganz erhebliche Kredite zur Verfügung gestellt werden. Der Besuch der Suppenanstalten ist nur Personen gestattet, welche von Fürsorgestellen eingewiesen sind oder einen Berechtigungsschein des Wohlfahrtsamtes für den Kauf von Suppenbilletten in Händen haben.

Auf Ersuchen hat das Komitee für Errichtung von Wärmestuben unterm 25. September sich bereit erklärt, der Stadtgemeinde München seine Wärmestube auf der Kohleninsel zur Verfügung zu stellen. Im Notfalle kann diese Wärmestube auch nach Art einer Suppenanstalt zur Bereitung und Abgabe von Speisen benutzt werden. Die erforderliche Einrichtung und Küchengerätschaft ist vorhanden. Über die näheren Bedingungen, zu denen das Komitee die Wärmestube überlassen will, wird dem Hauptausschuß gesondert Bericht erstattet werden.

b) Die öffentlichen Speisehallen.

Sie unterhalten drei Speisebetriebe mit einem Tagesumsatz von zur Zeit etwa 5000 Portionen. Auf Grund der Feststellungen können dort bei Inbetriebnahme sämtlicher zur Verfügung stehenden Räume ohne bauliche Veränderungen täglich insgesamt 12 000 Mittag- und ebensoviele Abendessen hergestellt werden. Notwendig wäre jedoch die Anschaffung einer Anzahl größerer Kochhäfen und Eßgeschirre. Der Betrieb der öffentlichen Speisehallen arbeitet im Einkauf und in der Lagerung schon heute mit der Geschäftsstelle der Suppenanstalten aufs engste zusammen. Seit langer Zeit hat er von der Stadt einen Kredit, der mit der Geldentwertung nach und nach erhöht wurde, für seinen Betrieb zur Verfügung. Der Kredit ist jedoch unzureichend, um eine für eine stärkere Frequenz notwendige Vorratswirtschaft betreiben zu können. Zur Zeit liegt dem Stadtrat der Antrag vor, den Kredit von 50 Milliarden auf 500 Milliarden zu erhöhen. Auch dieser Antrag ist durch die letzten Teuerungswellen wieder überholt. Stellt man den öffentlichen Speisehallen den nötigen Kredit zur Verfügung, so werden sie Speisen nach Art der Massenspeisung im größeren Umfange herstellen und zur Verteilung bringen können. Neuer Einrichtungen, die Unsummen verschlingen würden, bedarf es nicht.

c) Für den bedürftigen Mittelstand hat der katholische Caritasverband im vorigen Jahre 4 Speisegelegenheiten in Räumen geschaffen, die zugleich als Wärmestuben dienen konnten. Es wurde hier kostenlos Suppe und Kaffee abgegeben. In den Küchen speisen zur Zeit täglich etwa 200 Personen, die Leistungsfähigkeit sind 400 Portionen. Auch hier fehlt es aber an Mitteln, um an so viele Personen Speisen abgeben zu können. Ein Gesuch um Unterstützung liegt dem Stadtrat seit langer Zeit vor.

d) Schließlich sei erwähnt die Mittelstandsküche an der Rottmannstraße 1, die täglich 200 Personen Mittagskost gegen ganz unwesentliche Bezahlung gibt, deren Frequenz ebenfalls gesteigert werden kann, und der Mittagstisch des deutschevangelischen Frauenbundes, Ortsgruppe München. Auch diese Einrichtungen, die ihre Lebensfähigkeit bewiesen haben, suchen um Unterstützung durch die Stadtgemeinde nach.

Das Referat ist zusammenfassend der Meinung, daß es an billigen Speisegelegenheiten auf gemeinnütziger Grundlage in München nicht fehlt, auch wenn die Nachfrage erheblich stärker werden sollte, als dies zur Zeit der Fall ist. Jedoch müssen alle diese Speisegelegenheiten, wenn sie sich auf eine höhere Frequenz einstellen und vorbereiten wollen, erheblich mit Geld unterstützt werden.

Preußen scheint zur Zeit daran zu gehen, die Volksspeisung wieder in größerem Umfange in den Städten durchzuführen und neue Einrichtungen dafür zu schaffen. Nach den Erfahrungen früherer Jahre hält das Referat derartige Maßnahmen für abwegig. Es hat deshalb im Benehmen mit dem Herrn 1. Bürgermeister und Mitgliedern des Stadtrats, die auf dem Gebiete der Volksspeisung Erfahrungen haben, an die bayerische Staatsregierung, die dem Vernehmen nach plant, für Volksspeisungszwecke Mittel zur Verfügung zu stellen, dringende Vorstellungen dahin erhoben, nicht etwa neue Einrichtungen auf diesem Gebiete zu schaffen oder zu verlangen, sondern vorhandene Einrichtungen mit den notwendigen Mitteln zur Vorratsbeschaffung, am besten mit Naturalien selbst zu versehen. Auch der bayerische Städtetag ist in diesem Sinne beim Landtag und bei der Staatsregierung vorstellig geworden. Der Erfolg dieser Eingaben ist abzuwarten.

Angesichts der außerordentlich schwierigen Verhältnisse wird auch unbeschadet dessen, was von der bayerischen Staatsregierung oder vom Landtag für Unterstützung von Speisebetrieben geschehen wird, die Stadt außerordentliche Mittel zur Verstärkung dieser Betriebe für eine Steigerung ihrer Leistungen zur Verfügung stellen müssen. Demgemäß würde zunächst der Betrag von 3 Billionen Mark für die nächste Deckungsvorlage vorgemerkt. Dieser Betrag soll entsprechend der derzeitigen Leistung der verschiedenen Betriebe diesen als einmalige Zuwendung der Stadt und für diesen Winter zur Verfügung gestellt werden.

*

Gerichtssaal

Menschliche Entartung. Der ledige Kutscher Michael Maurer von hier lernte Anfang dieses Jahres in Frankfurt a. Main die geschiedene Hilfsarbeitersfrau Walburga Frank von hier kennen. Da beide angeblich leidend und vom Glück nicht besonders begünstigt waren, beschlossen sie schließlich, mitsammen zu sterben. Am 10. September hier angekommen, kaufte sich Maurer beim Metzgerbräu einen Revolver. Am anderen Morgen kamen sie in ein Kaffee an der Schillerstraße, wo sie einen Abschiedsbrief schrieben. Sie besuchten sodann ein Lichtspieltheater und von da mehrere Wirtschaften, wo sie sich bei einigen Glas Bier und Zigaretten gütlich taten. Gegen 12 Uhr nachts gingen sie nun den Isaranlagen zu, worauf sich beide auf eine Bank in der Nähe der Braunauer Eisenbahnbrücke niederließen. Dort steckte sich nun Maurer eine Zigarette an, worauf Frank dem Maurer zurief: „So ‚Papa', jetzt wollen wir sterben. Tue deinen Revolver heraus und erschieß zuerst mich, dann dich." Maurer nahm wohl den Revolver zur Hand, konnte aber aus Mitleid die Tat nicht ausführen. Nun griff die Frank selbst zur Waffe und feuerte mit den Worten: „Behüt dich Gott", einen Schuß auf sich selbst ab. Nach einigen Minuten sagte die Frank zu Maurer: „Papa, ich lebe noch, komm und gib mir noch einen Schuß." Maurer nahm dann auf Bitten den Revolver und feuerte einen Schuß in der Richtung des Hinterkopfes der Frank ab, worauf er davonging. Auch der zweite Schuß hatte keine tödliche Wirkung. Ein patrouillierender Wachtmeister fand die Frank mit einer blutenden Kopfverletzung vor. Er legte ihr sodann einen Notverband an, worauf sie durch den herbeigerufenen Rettungsdienst in die Chirurgische Klinik verbracht, aber alsbald wieder als geheilt entlassen wurde. Auf erfolgte Anzeige hin verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen eines Vergehens der gefährlichen Körperverletzung, verbotenen Waffentragens usw. zur Gefängnisstrafe von drei Monaten und drei Tagen.

Bayern

Dr. v. Kahr zu dem Aufruf der Reichsregierung

München, 22. Oktober.

Der bayerische Generalstaatskommissar Exzellenz Dr. von Kahr empfing am Montag den Chefredakteur der Telegraphenunion, der um eine Aufklärung der Öffentlichkeit über Herrn von Kahrs Stellung zu dem am 21. Oktober veröffentlichten Aufruf der Reichsregierung gebeten hatte. Herr von Kahr erklärte:

Die Reichsregierung sucht in ihrem Aufruf die gegenwärtige Streitfrage zwischen der bayerischen und der Reichsregierung von dem rein politischen Gebiete, auf dem sie liegt, auf das rein Militärische hinüberzuspielen. Das ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Wenn der Herr Reichsminister meint, ein General habe einfach den Befehlen der Vorgesetzten zu gehorchen und sich nicht von politischen Erwägungen leiten zu lassen, so darf er eben einem General keine politischen Aufgaben übertragen, wie er das tatsächlich getan hat.

Die Reichsregierung ereifert sich über meine im Kreise von Pressevertretern gemachte Äußerung, daß der vorliegende Streitfall letzten Endes zurückzuführen sei auf den Kampf zweier Weltanschauungen, der marxistischen und der nicht marxistischen. **Es unterliegt für mich und für sehr viele im Reiche gar keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Reichsregierung im Banne des Marxismus steht, deren Verlangen schon lange darauf gerichtet ist, Bayern, die sogenannte Hochburg der Reaktion, an die marxistische Gestaltung in nördlichen Reichsteilen anzugleichen.** Man höre nur die verschiedenen Kampfansagen der sozialistischen Führer und Zeitungen und frage sich anderseits, ob man der Reichsregierung die Kraft zutraut, künftighin landesverräterische Reden eines Zeigner zu unterbinden. Die Episode Geßler-Seeckt-Lossow-Kahr ist nur ein Ausschnitt aus diesem marxistischen Problem, dem diesmal die militärische Disziplin als Deckmantel dienen muß.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Marxismus international, also antinational, das ist undeutsch eingestellt, und daß auch in diesem Falle Bayern sein nationales Streben gegen den internationalen Marxismus verteidigt.

Wenn die Reichsregierung das Vorgehen des bayerischen Generalstaatskommissars „unerhört" findet, in einem Zeitpunkt, in dem sie darangehen will, die Kräfte des ganzen deutschen Volkes gegen den französischen Vernichtungswillen zu sammeln, so ist sie reichlich spät an diese Aufgabe herangetreten und viele sind der Überzeugung, daß dieser Reichsregierung die Sammlung des ganzen Volkes niemals gelingen wird. Schon deswegen nicht, weil dieser Versuch zur Sammlung erfolgt, **erst nachdem die Reichsregierung nutzlos und mit Einbuße ihres Ansehens den Versuch gemacht hat, mit Frankreich auf einer Basis zu verhandeln, bei der auch noch das Letzte an wirtschaftlicher Kraft und an nationalem Ansehen hingegeben worden wäre.** Dagegen haben gewisse Kreise es noch immer mit Erfolg verstanden, mit dem Schrei von der gestörten Einheitsfront jeden Widerspruch Bayerns gegen die zielbewußte Auslöschung seines bundesstaatlichen und politischen Eigenlebens zu übertönen.

Nach dem Aufrufe der Reichsregierung könnte man weiter der Meinung sein, daß im Deutschen Reiche eitel Friede herrschte, und erst durch den bayerischen Generalstaatskommissar die „Brandfackel der Zwietracht" in diese Stätten des Friedens und der Eintracht geschleudert würde. Es kann ihr doch unmöglich entgangen sein, daß gerade der Marxismus und seine Führer in Deutschland seit Jahren mit aller Brutalität am Werke sind, die nationale Gesinnung zu unterdrücken, und daß der Marxismus in seiner praktischen Betätigung das große Unglück des Unfriedens und der Zersetzung und des Zusammenbruchs über unser deutsches Volk gebracht hat.

Für mich handelt es sich bei dem ganzen Konflikte nur um die große deutsche Sache, um den Kampf für das Wiedererwachen des Geistes derer, **die unter der Flagge schwarzweißrot für Deutschlands Freiheit in den Tod gegangen sind.**

Politische Engstirnigkeit

Eine Landesausschußsitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich-national) nahm heute eine Entschließung an, in der es heißt:

Der Landesausschuß nimmt mit tiefem Bedauern Kenntnis von den neuerlichen schweren Differenzen zwischen Bayern und dem Reich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet von den verantwortlichen Stellen im Lande und Reich, daß eine baldige Einigung auf dem Boden der Reichsverfassung erfolgt. Eine Fortsetzung des unheilvollen Streits würde sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in der verhängnisvollsten Weise auswirken müssen. Heute ist die Not weiter Volkskreise unerträglich geworden. Löhne und Gehälter haben im Zeitpunkte der Auszahlung regelmäßig an Wert eingebüßt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb, daß die von ihm der Staatsregierung und dem Generalstaatskommissar zur Sicherung des Lohnwertes unterbreiteten Vorschläge schnellstens durchgeführt werden.

Diese Entschließung ist geradezu typisch für die politische Engstirnigkeit der sich christlich-national nennenden Gewerkschaften, denen es nur um die Weimarer Reichsverfassung, auf die wir pfeifen, und um Löhne und Gehälter zu tun ist. Der krasseste Materialismus!

Nürnberger Pressestimmen zur Lage

Zur derzeitigen politischen Lage äußern sich auch die hiesigen Blätter. Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" überschreibt ihre Titelseite mit der Feststellung: „Das Band ist zerschnitten!" — Der Bezirksvorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Frankens richtet einen Aufruf an die Parteigenossen und Parteigenossinnen, sich von keiner Seite mißbrauchen zu lassen und nur auf die Parteianweisungen zu hören. Weiter heißt es in dem Aufruf: Unsere Stellungnahme zur Frage des Reiches ist bekannt. Unser ganzes Tun und Denken ist auf seiten des Reiches. Wir fühlen uns mit dem Reiche verbunden und unsere Kräfte dienen nur dem Gedanken der Erhaltung der Reichseinheit. (Echt marxistische Heuchelei!) — Der „Fränkische Kurier" schreibt: Für Bayern handelt es sich nicht darum, seinen Willen des Prestiges halber durchzusetzen, sondern darum, die vaterländische Bewegung zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschweißen. Für Bayern, wo die Quelle der beginnenden deutschen Freiheit zuerst hervorsprudelte, kann es kein Aufhalten und kein Zurück geben. Das sind die inneren Gründe, warum die bayerische Regierung nicht anders handeln konnte, wie sie es getan hat. Bayern hat den ersten Schritt auf dem Wege der deutschen Freiheit getan. Möge er nicht nur dem bayerischen, sondern dem ganzen deutschen Volke zum Heile gereichen!

Opfer des Wahnsinns

12 von J. A. Rodionoff.

Es wurde schon hell.

Ein junger Obstgarten, von einem halb zerbrochenen Lattenzaun umgeben, schloß rechts und geradeaus den Hof ab, links war ein hölzernes Wohnhaus mit Fenstern.

Im Hof und im Gärtchen stand eine Gruppe Partisane im Handgemenge mit einigen geflohenen Roten, die sie eingeholt und hier zusammengedrängt hatten.

Vor Jurik lief ein breitschultriger Partisan, von riesiger Größe, mit dem ganzen Körper vornübergelegt in leichten, meterlangen Sprüngen.

Durch einen Baionettstoß in den Rücken streckte er in einem Augenblick einen sich nach ihm umblickenden und mit verzweifelter Weiberstimme quiekenden Rotgardisten nieder, der einen neuen, rötlichbraunen Halbpelz trug und eine Pelzmütze mit heruntergeschlagenen Ohrenklappen, und dessen Gesicht so weiß war wie Kreide.

Und während Jurik, ohne sich zu überlegen, dem Riesen nachlief, hatte der schon mit einer energischen, augenscheinlich viel geübten Bewegung das tief in den Körper eingedrungene Baionett herausgezogen, blitzschnell den Karabiner umgedreht und mit einem fürchterlichen Kolbenschlag einem anderen Roten den Schädel zertrümmert.

Der kullerte, von der Wucht des Schlages wie ein mit starker Hand vom Wagen gestoßener Mehlsack noch drei Schritte weiter. Krampfhaft zuckten seine Beinmuskeln, Hände und Stiefelspitzen zerwühlten noch die gefrorene Erde, dann fiel er mit dem Gesicht auf den Boden und streckte sich in seiner ganzen Länge aus.

Der Hüne brüllte wie ein wütendes Raubtier. Einen Augenblick blieb Jurik ganz erstarrt stehen.

Jetzt wandte der riesige Partisan sich kurz um und spähte wie ein Habicht, der nach Beute fahndet, nach allen Seiten. Sein edles, schönes, junges Gesicht war entsetzlich anzusehen. Die ganz auf den Hinterkopf geschobene graue Pelzmütze ließ die hohe, wunderbar weiße Stirn frei und gab seiner ganzen, kräftigen, schlanken, elastischen Gestalt, im grauen Militärmantel, dessen Schöße zurückgeschlagen und unter das Koppel gesteckt waren, so daß die blauen Reithosen mit den roten Biesen sichtbar wurden, ein besonders schneidiges Aussehen. Hinter seinen halb geöffneten, durchbissenen Lippen blitzten raubtierartig zwei gerade Reihen schneeweißer Zähne, und aus den dunklen, feurigen Augen unter den dichten, hochgezogenen Brauen funkelte unerbittliche Grausamkeit, unbezähmbarer Wagemut.

Die Achtung einflößende elastische Gestalt und das zornfunkelnde Gesicht des Partisanen ließen Juriks Herz unwillkürlich in Furcht und Entzücken schlagen.

Jener übersah mit einem raschen Blick Hof und Garten und die herumliegenden Leichname der Roten, und sich überzeugend, daß hier anscheinend nichts mehr zu tun übrig blieb, rief er: „Herrschaften, vorwärts, mir nach!" und sprang die hölzernen, eben zerbrochenen Stufen herauf, in das Stationsgebäude hinein und durch den kleinen Korridor auf den schmalen hölzernen Bahnsteig hinaus.

Jurik und die anderen, die auf dem Hofe waren, liefen ihm nach.

Auf dem Bahnsteig war der Kampf noch in vollem Gange.

An die Wand gedrückt stand ein Häufchen zur Besinnung gekommener Rotgardisten und verteidigte sich mit ungleichmäßigen Schüssen gegen die von allen Seiten auf sie eindringenden Partisane, doch es half ihnen wenig.

Überall, sowohl auf dem Bahnsteig, wie in den Bahnhofsräumen, lagen Tote umher, krochen und stöhnten Verwundete, klang viehisches Wutgeheul, Flüche und flehende Bitten.

Der hünenhafte Partisan tötete im Heranlaufen einen Roten durch einen Baionettstich in die Brust, sprang dann mit einer gewandten Bewegung mehrere Schritte zurück und schrie, während er zielte:

„Na los, Kameraden, macht ein Ende, fix, fix. Sonst knallen sie euch noch alle runter."

Die Partisane drangen noch energischer vor. Einmütig krachte eine Gewehrsalve. Nochmal und nochmal.

Blutüberströmt sanken die Leute, teils fluchend, teils um Gnade bettelnd, zusammen.

Schweigend mit zusammengebissenen Zähnen wurden sie mit Kolbenschlägen und Baionettstößen gänzlich niedergemacht.

Jurik versteinte vor Entsetzen. Blaß, halb ohnmächtig, stand er da, das Gewehr gesenkt. Die Baionettspitze berührte den Boden.

Übers Feld von der anderen Seite des Bahndammes her kam Tschernezow selbst mit einer Gruppe Partisane. Er hatte die Roten, die in den anderen Stationsgebäuden gelegen hatten, verfolgt.

Eine andere Abteilung der Tschernezower hatte währenddessen einen auf den Schienen stehenden Zug der Roten überfallen, einen Teil der Leute getötet, einen Teil auseinandergejagt und den Zug mit zwei Lokomotiven, Kanonen, Maschinengewehren, Proviant und von der Einwohnerschaft geraubten Sachen erbeutet und mit sich gebracht.

Die rosarötliche Morgensonne war in dem leichten, frostigen Nebel noch kaum einen halben Meter über den Horizont gestiegen, als das Gefecht schon aus war.

Bei den Partisanen bestanden die Verluste nur aus sieben Leichtverwundeten.

Jurik wunderte sich, daß die Leichen der Gefallenen und das vergossene Blut seiner russischen Landsleute, obgleich es so reichlich geflossen war, daß sie alle mit großen Schritten über die Blutlachen und Leichen hinwegsteigen mußten, ihm heute nicht mehr solch fürchterlichen Eindruck machte wie gestern. Im Gegenteil, er spürte im Bewußtsein des gewonnenen Sieges ebenso wie Thernezow und alle anderen ein Glücksgefühl, eine unaussprechliche, Atem beklemmende, stolze Freude.

Jeder triumphierte im stillen, alle flogen mehr als sie gingen, alle waren zufrieden, alle hatten fröhliche Gesichter. Überall hörte man lustiges Plaudern, klingendes, erleichtertes Lachen.

Eins nur lag Jurik schwer auf der Seele, belästigte ihn wie eine Fliege, die einem am hellen Sommertage vor dem Gesicht kreist und summt, und verdarb ihm die Laune. Nämlich das, daß die Partisane ungeachtet dringlichster Bitten ihrer Feinde niemanden gefangen nahmen, sondern — was noch schrecklicher war — selbst die verwundeten Roten ohne Erbarmen in unmenschlicher Erbitterung totschlugen.

Solche Grausamkeit, solche Hartherzigkeit, von ebenso gebildeten Jünglingen wie er es war, hatte er absolut nicht erwartet, begriff er nicht und konnte sich nicht damit aussöhnen.

Während er noch so grübelte, trat der hünenhafte Partisan mit umgehängtem Karabiner auf ihn zu.

XIII.

„Darf ich mich vorstellen, Partisan Woloschinow."

„Partisan ... Kyrejew", stotterte Jurik verlegen, denn sich so zu nennen, war ihm noch ungewohnt, und drückte die ihm gebotene Hand, dabei die mächtige Gestalt des bildschönen Jünglings entzückt anstaunend.

„Sie sind einer von den Neulingen?" fragte Woloschinow und sah Jurik mit seinen strahlend dunkelblauen Augen freundlich an.

„Ja ... Ich mach' heut zum erstenmal mit", antwortete Jurik, verlegen lächelnd.

„Na wie? 's macht Spaß, nicht wahr?" Woloschinow zwinkerte gutmütig mit den Augen und zeigte mit dem Kopf nach der Richtung der Gefallenen, während er mit einem karrierten Tuch die heiße, feuchte Stirn, das lachende Gesicht und den mit dicken schwarzen Locken bewachsenen Kopf trocknete.

„Ja", stimmte Jurik bei.

„Ich bin vom ersten Tag an in Tschernezows Abteilung. Famoser Kerl, dieser Tschernezow."

„Ja", bekräftigte Jurik aufrichtig. Ihm fiel das entschlossene Gesicht des Rittmeisters ein, als er so aufmunternd vor Beginn der Schlacht den blitzenden Säbel geschwungen hatte.

„Wir schlagen sie immerzu, aber es gibt zuviel von dem Geschmeiß. Immerfort kommen neue an, dort von Woronesch her. — Sie sind nicht Kosak? Nicht von unsereins?"

Woloschinow zwinkerte wieder mit den Augen und lachte nach den letzten Worten, bei denen er den jüdischen Jargon nachahmte, fröhlich, dabei seine ungewöhnlich weißen, prächtigen Zähne zeigend.

„Nein. Ich bin aus Moskau."

„Realgymnasium?"

„Nein, Humanist."

„Ich auch. Hatte gerade am Nowotscherkasser Platowschen Gymnasium mein Abitur gemacht und war Student geworden. Aber dies Gesindel läßt einem ja nicht mal Zeit zum Studium. Haben Sie eine Zigarette?"

„Ich rauche nicht", antwortete Jurik, und es tat ihm furchtbar leid, daß er keine Zigarette bei sich hatte, und so die Bitte des ihm ungemein gefallenden Woloschinow nicht erfüllen konnte.

„Ach, schade", bemerkte Woloschinow, sich auf alle Taschen klopfend und sah sich über die Köpfe der zwischen den Leichen herumgehenden Partisanen hinweg nach allen Seiten um. — „Ich habe bei dem Hin und Her meine Zigarettentasche verloren und kann sie nirgends finden. — Muß sie wohl im Zug liegen gelassen haben."

„Na, Sie haben es den Roten heute ordentlich gegeben. Wieviel haben Sie umgebracht?"

„Heute ... fünf", antwortete er einfach. „Ich zähle schon gar nicht mehr. Und Sie?"

Jurik schämte sich. Er kam sich so unbeholfen vor.

„Ich weiß nicht ... ich glaube, einen hab' ich erstochen ... im Wartesaal ... mit schwarzen Händen ..."

„Alles Bergarbeiter ... Lumpenhunde", bemerkte Woloschinow verächtlich, und über sein Gesicht flog ein Ausdruck des Widerwillens.

„Feiglinge, zu kämpfen verstehen sie nicht, aber rankriechen müssen sie doch, ein bißchen schießen in die blaue Luft hinein, das möchten sie wohl, aber so wie 's zum Baionett greifen heißt, sind sie wie die Hammel vorm Beil ... Kastriukow, hast du 'ne Zigarette?" wandte er sich an einen vorübergehenden Partisan mit rundem Gesicht und grauen Augen.

„Jawohl ...", antwortete der, ohne die Zigarette aus dem Munde zu nehmen, an der er, grauen Rauch ausstoßend, gerade mit besonderem Wohlbehagen sog. Er blieb stehen und zog ein abgegriffenes ledernes Zigarettenetui aus der Tasche, dessen Nähte halb aufgeplatzt waren.

Das sind bolschewistische. Als wir ihnen neulich vor Swierew den Zug abnahmen, war da ein ganzer Waggon voll fast nur Zigaretten. Da hab' ich mich vorgesehen. Gehen jetzt auch schon zu Ende. Das sind die letzten ... Hier ist Feuer.

Woloschinow zündete sich eine Zigarette an, tat einen gierigen Zug und stieß den Rauch in ganzen Wolken aus Mund und Nase zugleich.

„Man muß soviel wie möglich von dem Gesindel ihren Vorfahren nachschicken," fuhr er fort, „weil man nie weiß, wann man selbst an die Reihe kommt. Heut befördert man zwei, drei aus dem Leben und morgen kommt man, eh' man sich's versieht, vielleicht selbst dran. Dann weiß man wenigstens, daß man nicht umsonst gelebt hat ... Daß ihnen unser Leben teuer genug zu stehen kam."

Er zog noch einmal an seiner Zigarette und setzte hinzu:

„Als ich mich bei Tschernezow einschrieb, nahm ich mir vor: zehn schlag' ich tot, dann mögen sie meinetwegen mich selbst totschlagen. Dann ist's nicht gerade schade drum. Na und die zehn habe ich schon lange mit eigenen Händen ins Jenseits befördert. Das Zählen wurde mir langweilig. Ich ließ es sein. Es lohnt nicht. Ganz egal, meine Arbeit habe ich sowieso schon getan, lebe schon über den Kontrakt, arbeite schon das Konto für eines andern Lebenszeit ab. Schlagen sie mich jetzt tot — schadet's nichts."

All das sagte er mit größter Ernsthaftigkeit, während er vor dem Rauch seine leuchtenden Augen kniff.

„Und sind's viele?" fragte Jurik.

„Ja, wenn's bloß zwanzig-, dreißigmal mehr wären als wir, dann würden wir mit ihnen schon fertig werden. Aber so beraten wir kaum die einen umzubringen, da seh'n wir, tauchen an einem anderen Ort schon wieder neue auf. Haben wir die erledigt, sammeln sich wo anders schon wieder welche. — Und so haspeln wir uns ab. Wo nur all dies Lumpengesindel herkommt? Jeden Tag schlagen wir tot und tot und werden doch nicht fertig. Und immer kommen sie alle von dort her aus Rußland ... Nicht umsonst sagt man hier bei uns am Don: Rußland ist mächtig, aber stinken tuts prächtig." (Forts. f.)

Lossow an Seeckt

München, den 22. Oktober 1923.

„Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Verfassung gerichtet erklärt. Die bayerische Division denkt nicht daran, dem Reich den Treueid zu brechen. Niemand übertrifft uns Bayern an Reichstreue. Das, was wir nicht wollen, ist, daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalstaatskommissar von der unter marxistischen Einflüssen stehenden Berliner Regierung Diktate aufgezwungen werden, die letzten Endes Bayern als Hort deutscher und nationaler Gesinnung unschädlich machen sollen. Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalstaatskommissar zu stellen, die mit uns das bedrängte Deutschtum schützen wollen. Die Verpflichtung wird durchgeführt.

gez. v. Lossow, Landeskommandant."

Die Partei der weißen Weste

München, 23. Okt.

Am Montagabend hielt die Bayer. Mittelpartei im kleinen Saale des Hotels Union um 7 Uhr eine allgemeine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Abg. von Lindeiner Bericht über die gegenwärtige Lage des Reiches und die Stellung der Deutschnationalen zu den einzelnen Fragen erstattete. Der Redner führte aus, daß die Deutschnationalen für einen Eintritt in die Regierung zu haben waren (woran wir nie gezweifelt haben. Die Schriftl.), aber einen völligen Ausschluß der Sozialdemokraten verlangten. Da Stresemann jedoch zu gleicher Zeit mit diesen verhandelte und erklärte, an der großen Koalition müsse um jeden Preis festgehalten werden, blieben die Deutschnationalen in der Opposition. Auch ihre Wünsche in bezug auf eine Außenpolitik, welche einen glatten Bruch mit Frankreich nicht scheuen würde, wurden nicht erfüllt. Sie wollen sich jetzt ihre weiße Weste für später reinhalten, indem sie am gegenwärtigen Bankrott nicht teilnehmen. (Allzu großes Vertrauen auf die Partei der weißen Weste haben wir auch für kommende Zeiten nicht.) Zum mindesten müsse die Möglichkeit einer Umgestaltung der Lage in ihrem Sinne gegeben sein. (Daß diese Möglichkeit nicht von selbst kommt, pfeifen die Spatzen nachgerade von den Dächern.)

Landfremde Juden, wie Hilferding, haben heute die Herrschaft in Händen und zerrütten unser gesamtes öffentliches Leben. (Das ist gerade das, was wir schon seit Jahren behauptet haben, ohne zunächst Verständnis dafür bei den Deutschnationalen zu finden.) Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes war nur durch die zweifelhafte Haltung der Bayer. Volkspartei möglich. Ohne sie wäre dies unglaubliche Gesetz nicht zustande gekommen, dessen § 2 bestimmt, daß es so lange Geltung habe, wie die gegenwärtige Regierung am Ruder sei. Ein derartiger Paragraph wäre selbst in einer Negerrepublik etwas Ungeheuerliches. Die Diktatur Geßlers ist nur eine scheinbare, denn er untersteht der Regierung, die einen Ausschuß von Mitgliedern der Koalitionspartei darstellt. Und diese Regierung will jetzt Bayern zum Prügelknaben für Sachsen herabwürdigen. Bezeichnend ist dabei, daß bei solchen Konfliktfällen stets die Ullsteinpresse als erste über sie berichtet und durch ihre Hetze die Lage noch verschärft. Eine Lösung ist dringend notwendig, und es sei zu begrüßen, daß Bayern sie in die Hand genommen habe. Der Streit bestehe nicht zwischen Bayern und dem Reich, wie die Judenpresse behauptet, denn die Berliner Regierung sei nicht das Reich, vielmehr handle es sich nur um eine Auseinandersetzung zwischen Berlin und Bayern. Hoffentlich werde Bayern als Hüterin der deutschen Ehre diesmal festbleiben. Wir wollen ein wirklich nationales Vaterland. (Mit dem guten Willen allein ist es aber noch keineswegs getan.)

Sodann ergriff die von Oberstdorf herbeigekommene Exz. Wallraff das Wort und nannte Berlin ein Narrenhaus ohne Ärzte. (Zuruf: Dr. Hilferding.) Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr von Bayern die Gesundung des ganzen Reiches ausgehen werde. Als dritter Redner sprach Abg. Prof. Hilpert. Er wandte sich dagegen, daß ein eidbrüchiger früherer königlicher Beamter, wie Zeigner, jetzt Minister eines großen Staates sein könne. Die Richtung der Berliner Regierung werde dadurch deutlich, daß man mit diesem Hochverräter verhandle, gleichzeitig aber Bayern des Hochverrates beschuldige. Wir seien kein Reich, solange ein Teil Deutschlands national regiert werde, während ein anderer bolschewistische Experimente ausführen dürfe. Es handle sich jetzt nicht um die bayerische Frage, sondern um die deutsche. Der Streitfall, der sie ausgelöst habe, liege schon Wochen zurück, der „Völkische Beobachter" habe bereits Abbitte geleistet. (Eine Verdrehung der Tatsachen, wie sie uns bei Prof. Hilpert nicht wunder nimmt.) Der Staatskommissar habe dann nachträglich den „Völkischen Beobachter" ja auch verboten. (Aber aus einem ganz anderen Grunde, Herr Prof. Hilpert!) Seither sei er dann mit Geßlers Zustimmung wieder erschienen. Bayern könne nicht mehr zurück, der Konflikt dürfe aber nicht zu einem Zerfall des Reiches führen. Man könne keine Politik der Aufregung und Unruhe treiben, sondern nur die alten Parteien, welche auf einer langen Tradition fußen, könnten hier eingreifen, denn sie wären frei vom persönlichen Ehrgeiz. (In diesem Kotau von den parlamentarischen Parteien begegnen sich die Mittelmäßigkeitsparteiler auffallend mit den Bayerischen Volksparteilern.)

Kommunistische Probemobilmachungen in Bayern

Am Sonntag, den 7. d. M., hat, wie „Der Oberbayer" in seiner jüngsten Ausgabe meldet, bei Stockheim (B.A. Kronach) am hellichten Tag rote Probemobilmachung stattgefunden. Mit seltener Unverfrorenheit, aber mit Großzügigkeit, das muß man zugeben, sind die roten Streitkräfte herangezogen worden: meist mit Lastautos! Ihre Stärke belief sich auf etwa zwei Bataillone. Auch der rote Kurierdienst wird fleißig ausprobiert. Hierzu und auch zur wirklichen Depeschenübermittlung — seit der Generalstaatskommissar in Bayern da ist, hat die K.P.D. von der Übermittlung ihrer Verfügungen mit Post abgesehen — finden fleißig Motor-Stafettenfahrten in Franken statt. Wir haben die Beweise, daß beispielsweise in jeder größeren Ortschaft Oberfrankens ein roter Stafettendienst mit Kraftrad eingerichtet ist.

Auf diese Meldung machen wir den Herrn Generalstaatskommissar besonders aufmerksam, in der Erwartung, daß sein Befehl der Auflösung der roten S.A. mit schärfster Energie und brutaler Rücksichtslosigkeit durchgeführt wird.

Aufhebung einer Kommunistenversammlung

Nürnberg, 22. Okt.

Das Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth ließ am Samstagnachmittag wegen einer politischen Versammlung unter freiem Himmel und Beteiligung an einer verbotenen Organisation auf dem Kronacher Hard bei Fürth eine größere Anzahl Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands durch die Landespolizei Fürth festnehmen und zu der dortigen Polizeihauptwache verbringen. Nach dem Verhör der Vorgeführten wurde ein Teil von ihnen entlassen. Sechzehn Beteiligte wurden am Sonntag dem Gericht überstellt. Bei einem Festgenommenen wurde ein Revolver gefunden. Unter den Festgenommenen befinden sich viele Jugendliche. Vor dem Rathaus in Fürth fanden größere Ansammlungen statt.

*

Der Nachfolger des Generalmajors v. Epp. Mit Wirkung vom 1. November wird Generalmajor Ritter v. Ruith, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 19, zum Infanterieführer VII in München ernannt.

*

Bayer. Rundschau

Diessen a. A. (Würm- und Amerseedampfschiffahrt.) Am 18. Oktober wurden bei der staatlichen Dampfschiffahrt die Fahrpreise um rund 400 Prozent und die Frachten um rund 180 Prozent erhöht.

Babenhausen. (Zeichen der Zeit.) An der genossenschaftlichen Kulturarbeit im Günztal bis Babenhausen wurde die Arbeit eingestellt, weil sicherem Vernehmen nach die ins Unermeßliche gehenden Kosten für Baustoffe und Arbeitslöhne durch die Genossenschaft nicht mehr aufgebracht werden konnten. Die Arbeiten werden wieder begonnen, sobald die erforderlichen Mittel für einen länger anhaltenden Baubetrieb flüssig gemacht sind.

*

Dienstesnachrichten

Titelverleihung. Mit sofortiger Wirksamkeit wird dem Regierungsassessor der Regierung der Pfalz, K. d. J., Hans Schwerdtfeger, der Titel eines Regierungsrats verliehen.

Bezirksämter. Mit Wirkung vom 1. Okt. an wird der zur Probedienstleistung einberufene Militäranwärter Gottlob Dürsch, Hilfswart in Altötting, zum Bezirksamtswart beim Bezirksamt Altötting, in etatmäßiger Eigenschaft ernannt.

Mittelfränkischer Volksschuldienst. Vom 1. Nov. an wurden auf Ansuchen versetzt der Hauptlehrer Karl Held in Ansbach in gleicher Diensteseigenschaft an die Volksschule in Laubenzedel (BA. Gunzenhausen); der Lehrer Konrad Gundel in Uttenhofen (BA. Uffenheim), in gleicher Diensteseigenschaft an die Volksschule in Stettberg (BA. Rothenburg o. T.); der Lehrer Joseph Hutter in Weinberg in gleicher Diensteseigenschaft an die Volksschule in Stopfenheim.

Bayerisches Statistisches Landesamt. Vom 1. Nov. an wurden in etatmäßiger Weise die Kanzleiassistenten Anna Moser zur Kanzleisekretärin befördert, die Vertragsangestellte Franziska Hofstaller zur Kanzleiassistentin und der Kanzleigehilfe auf Probe Gust. Schnitzer zum Kanzleigehilfen ernannt.

Staatsforstverwaltung. Vom 1. Nov. an werden auf ihr Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft versetzt der Forstwart Alfons Karpf von Garching (FA. München-Nord) nach Oberdill (FA. München-Süd), die Forstaufseher Gg. Birkel von Waldhütte (FA. Bayreuth-West) nach Reichenbach (FA. Wunsiedel), Leonhard Heyer von Schöfweg (FA. Schönberg) nach Plantage (FA. Freising) und Ägidius Kastl von Reichenbach nach Silberhaus (FA. Fichtelberg), ferner der Hilfsaufseher Georg Ainerdinger von Mehring zum Forstaufseher in Bischofswiesen (gl. FA.), ernannt. Ferner vom 1. Nov. an der Oberforstwart Xaver Kinle von Enzenrieth auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt; der Forstwart Joseph Weber von Etzenricht auf sein Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft nach Enzenrieth (FA. Etzenricht) versetzt und der Hilfsaufseher Joseph Rankl von Eigendorf zum Forstaufseher in Etzenricht (gl. FA.) ernannt.

Straßen- und Flußbauämter. Vom 1. Nov. an wird der Flußhilfsaufseher Max Klinger bei dem Straßen- und Flußbauamt Augsburg zum Flußaufseher der Gruppe III bei diesem Bauamte in etatmäßiger Weise ernannt; der Flußaufseher Joseph Steiger beim Straßen- und Flußbauamt Dillingen zum Flußoberaufseher der Gruppe IV bei diesem Bauamt; der Flußmeister Joseph Müller beim Straßen- und Flußbauamt Aschaffenburg zum Oberflußmeister der Gruppe VI bei diesem Bauamt und der Flußoberaufseher Georg Schindler beim Straßen- und Flußbauamt Weiden zum Flußmeister der Gruppe V auf der Stelle Roding bei diesem Bauamt in etatmäßiger Weise befördert.

Landesanstalt für Moorwirtschaft. Mit Wirkung vom 1. Nov. wird der bei der Moorwirtschaftsstelle Schleißheim verwendete Landwirtschaftsassessor Hans Poelt in Schleißheim ohne Änderung des Dienstsitzes als nichtetatmäßiger Beamter bei der Landesanstalt für Moorwirtschaft in jederzeit widerruflicher Weise ernannt und mit der örtlichen Leitung der Moorwirtschaftsstelle Schleißheim betraut.

Bezirksämter. Vom 1. Nov. an wird der mit dem Titel und Rang eines Oberregierungsrats ausgestattete Bezirksoberamtmann und Vorstand des BA. Friedberg Karl Brennfleck auf sein Ansuchen auf Grund des Art. 47 Ziff. 1 BG. unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt, der mit dem Titel und Rang eines Oberregierungsrats ausgestattete Bezirksoberamtmann und Vorstand des BA. Roding Franz Ernst Renndeubel auf Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft an das BA. Friedberg in etatmäßiger Weise versetzt, der im zeitlichen Ruhestand befindliche Regierungsrat 1. Klasse bei der Regierung von Niederbayern, K. d. J., Bezirksoberamtmann Eduard Bauch als Bezirksoberamtmann und Vorstand des BA. Roding in etatmäßiger Weise wieder angestellt, der Regierungsrat beim Stat. Landesamt Dr. Hans Reiner zum Regierungsrat 1. Klasse an diesem Amt in etatmäßiger Weise befördert.

Akademie der Wissenschaften. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde vom 1. November l. J. an der Hilfsschreiber bei der Akademie der Wissenschaften in München Gottlob Klingel zum Kanzleigehilfen daselbst in etatmäßiger Eigenschaft ernannt.

Universität Würzburg. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde vom 1. Nov. l. J. an der Vertragsangestellte beim Universitätsrentamt Würzburg Konrad Zulauf zum Kanzleiassistenten daselbst in etatmäßiger Eigenschaft ernannt.

Deutsches Museum. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde dem Abteilungsvorstand beim Deutschen Museum in München, Diplomingenieur Albert Koch, der Titel Baurat verliehen.

Botanischer Garten München. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde vom 1. Nov. l. J. an der mit dem Titel und Rang eines Hauptkonservators ausgestattete Konservator des Botanischen Gartens in München, Dr. Walter Kupper, zum Hauptkonservator ohne Änderung seiner Dienstaufgabe in etatmäßiger Weise befördert.

Katholischer Kultus. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die katholische Pfarrei Peterskirchen (BA. Pfarrkirchen) dem Priester Joseph Bonauer, zur Zeit Pfarrer in Rathmannsdorf (BA. Vilshofen) übertragen.

Heil- und Pflegeanstalten. Vom 1. Nov. an wurde der Werkaufseher Weißenberger der Heil- und Pflegeanstalt Werneck zum Werkführer befördert.

Landesfinanzamt Nürnberg. Mit Wirkung vom 1. Okt. an wurden der Obersteuersekretär Hans Otterer in Altdorf an das Finanzamt Bayreuth versetzt; der Steuerassistent Fanny Bodensteiner zum Obersteuersekretär beim Finanzamt Vohenstrauß; der geprüfte Steuersupernumerar Ernst Hießleitner beim Finanzamt Altdorf zum Obersteuersekretär ernannt; der Zollassistent Thomas Badum beim Grenzaufsichtsposten Lindau mit Wirkung vom 1. Nov. d. J. an als Steuerassistent beim Finanzamt Eschenbach in die Reichssteuerverwaltung übernommen.

Katholischer Kultus. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die katholische Pfarrei Potkam (BA. Kelheim) unter Enthebung des Benefiziaten Franz Xaver Gruber in Postau vom Antritt dieser Pfarrei dem Priester Joseph Hiendlmayer, zur Zeit Kurat in Upfkofen (BA. Mallersdorf) übertragen; die katholische Pfarrei Degernbach (BA. Bogen) dem Priester Karl Wittmann, zur Zeit Pfarrer in Englmar (BA. Bogen), die katholische Pfarrei Michldorf (BA. Vohenstrauß) dem Priester Alois Weber, zur Zeit Pfarrer in Roggenstein (BA. Vohenstrauß) und die katholische Pfarrei Urspringen (BA. Marktheidenfeld) dem Priester Karl Dotterweich, zur Zeit Pfarrer in Lengfurt (BA. Marktheidenfeld), übertragen. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die katholische Pfarrei Benningen (BA. Memmingen) dem Priester Karl Wunderer, zur Zeit Pfarrer in Rieden (BA. Friedberg), übertragen.

Generalbergwerksdirektion. Vom 1. Nov. 1923 an wird der Regierungsrat 1. Klasse bei der Bergwerkshauptkasse in München, Joseph Heindl, auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt.

Gendarmeriedienst. Ab 1. Okt. in den Ruhestand versetzt: die Gendarmerie-Kommissäre Michael Duck in Forchheim, Frz. Eiller in Eschenbach, Joseph Schmid in Beilngries; die Sicherheitskommissäre Michael Schütz in Nittenau, Ferdinand Englmann in Bruck; der Stationskommandant Ludwig Graf in Hohenwarth, sämtliche unter Anerkennung ihrer Dienstleistung; der Sicherheitskommissär Georg Bach in Mallersdorf unter Verleihung des Titels und Ranges eines Gendarmeriekommissärs; der Wachtmeister Joseph Steinkirchner in Pförring auf 1 Jahr. — Befördert: Gendarmeriesekretär Georg Keller in Würzburg zum Gendarmerieobersekretär, Gendarmerieassistent Peter Löcherer in München zum Gendarmeriesekretär; zu Gendarmeriekommissären die Sicherheitskommissäre Johann Höfer in Windischeschenbach in Beilngries, Peter Karl in Luhe in Eschenbach, Johann Kroiß in Schierling in Mallersdorf; zu Sicherheitskommissären die Stationskommandanten Karl Wölfel in Lichtenfels, Joseph Artmann in Straßbessenbach, Johann Trosch in Ziegetsdorf, Joseph Mair in Ottobeuren, Anton Leutgeb in Moos, Lorenz Schwarz in Prölsdorf, Wolfgang Fröber in Maßbach; zu Oberwachtmeistern die Wachtmeister Johann Schilling in Tölz, Friedrich Wendl in Schnabelwaid, Martin Rocker in Ingolstadt, Lorenz Müller in Neugattendorf, Johann Dietsch in Geslau, Leo Graf in Wallerstein, Joseph Roithmeier in Kelheim, Otto Niklaus in Stadtprozelten, Max Pöhlmann in Weidach, Hans Wunderlich in Großhabersdorf, Max Merkel in Stadelhofen, Max Eichinger in Burggriesbach, Alois Faltermaier in Plattling, Alois Sachsenhauser in Altomünster, Johann Stender in Leinburg. — Auf Ansuchen entlassen: Stationskommandant Ludwig Meiler in Leuchtenberg; die Oberwachtmeister Georg Gütl in Bach, Adam Pitroff in Oberschneiding, Georg Hartmann in Feuchtwangen; die Wachtmeister Joseph Schöffmann in Tettenweis, Phil. Hoffmann in Oppau, Simon Mayerhofer in Mengkofen, Joh. Hümmer in Hartmannshof, Peter Kolb in Speyer. — Verliehen: Titel und Rang eines Verwaltungsoberkommissärs dem Gendarmerieobersekretär Wilhelm Thomann in Speyer. — Ernannt: zum Schutzmannswachtmeister in München der Gendarmeriewachtmeister Ottmar Kern in Peißenberg. — Angestellt: Polizeiwachtmeister Bernhard Reusch in Würzburg als Gendarmeriewachtmeister in Würzburg. — Versetzt: die Stationskommandanten Stephan Regele von Hallbergmoos nach Allach, Georg Hupfer von Weilheim nach Großkarolinenfeld; die Oberwachtmeister Joseph Brandstetter von Solln nach Hallbergmoos, Heinrich Wild von Eurasburg nach Solln, Andreas Beslmeisl von Großkarolinenfeld nach Steinhöring; die Wachtmeister Johann Schatz von Grafing nach Steinhöring, Joh. Engl I von Hohenlinden nach Ebersberg, Michael Bauer von Ebersberg nach Hohenlinden, Alois Grillmaier von Tutzing nach Aichach, Ludwig Bergschneider von Bayrischzell nach Tittmoning, Alois Schinabeck von Pullach nach Peißenberg, Jakob Nußrainer von Walpertskirchen nach Maisach, Georg Müller von Reichenhall nach Walpertskirchen, Xaver Strobl von Aßling nach Kolbermoor, Jakob Kannegießer von Teisendorf nach Speyer, Lampert Dirschl von Neufinsing nach Aubing; die Stationskommandant. J. Männer v. Thyrnau nach Atting, Joseph Friedrich von Mauth nach Thyrnau; die Oberwachtmeister Anton Versch von Rottenburg nach Mauth, Karl Schmid in Schönberg auf die Stelle eines Stationskommandanten bei der Gendarmeriestation Schierling, Baptist Roth in Hutthurm auf die Stelle eines Stationskommandanten bei der Gendarmeriestation Eichendorf, Joseph Brunner von Neufahrn (Niederbayern) nach Spiegelau, Joseph Pschorn von Vilsbiburg nach Zwiesel, Johann Müller von Schierling nach Neufahrn (Niederbayern); die Wachtmeister Sebastian Voiger von Neureichenau nach Mengkofen, Otto Kiermaier von Atting nach Viechtach, Otto Kögl von Haidmühle nach Grafling, Konrad Spann von Hofkirchen nach Griesbach, Joseph Graßl von Schwarzach nach Viechtach, Georg Lobinger von Viechtach nach Kollbach, Georg Geißendörfer von Viechtach nach Wolfstein, Max Krauser von Grafling nach Hofkirchen, Gg. Schachtner von Hengersberg nach Wörth a. J., Alois Schießl von Wörth a. J. nach Vilshofen, Anton Aschenbrenner von Vilshofen nach Landshut; die Oberwachtmeister Ludwig Litzenberger von Neulauterburg nach Winden, Eugen Fischer von Offenbach nach Weselberg-Zeselberg, Robert Schwahn von Waldmohr nach Rodalben; die Wachtmeister Heinrich Domeyer von Ilbesheim nach Speyer, Julius Heintz von Steinfeld nach Speyer, August Follmer von Oppau nach Steinfeld, die Stationskommandanten Jak. Trost v. Schwend nach Nittenau, Joh. Lindner v. Fischbach nach Bruck, Johann Hermann von Adlmannstein nach Luhe; die Oberwachtmeister Mich. Jedl in Beratzhausen auf die Stelle eines Stationskommandanten bei der Gendarmeriestation Adlmannstein, Luis Gantz in Deining auf die Stelle eines Stationskommandanten bei der Gendarmeriestation Ullersricht, Korbinian Brenner in Schwandorf auf die Stelle eines Stationskommandanten bei der Gendarmeriestation Windischeschenbach, Georg Walbrun von Schönsee nach Leuchtenberg; die Wachtmeister Joseph Zach von Reinhausen nach Schwandorf, Joseph Rehm von Parsberg nach Beratzhausen, Johann Wallner von Grafenwöhr nach Bruck, Wilhelm Eckert von Furth i. W. nach Painten; der Sicherheitskommissär Ludwig Mäder von Thurnau nach Forchheim; der Oberwachtmeister Michael Fellner von Berolzheim nach Feucht; die Wachtmeister Leonhard Christ von Merkendorf nach Gunzenhausen, Georg Kern II von Ansbach nach Rügland, Georg Wurmthaler von Abelshofen nach Berolzheim, Otto Fürst von Feucht nach Eichstätt.

Stimmen aus dem Leserkreise

(Für diese Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Tierärzte

Kein Tag vergeht, daß nicht in der Presse von irgendeiner Berufsgruppe des Mittelstandes — meist den sog. freien Berufen zugehörig — ein Klagelied von Not und Elend gesungen wird. Nur der Freiberufstierarzt hat diesen Weg zur Öffentlichkeit gescheut oder verschämt gemieden. Und gerade in diesem Stande leidet ein Großteil bitterste Not, die manchen Braven schon unter die Erde brachte, während andere, denen es erreichbar war, ihren Hungerberuf kurzerhand wechselten.

Wegen eines gewissen drückenden Abhängigkeitsgefühles von dem Wohlwollen der jeweiligen zuständigen Bez.-(Amts-)Tierärzte wagen die wenigsten (Distr.- u. prakt.) Tierärzte gegen diese oder höhere Bonzen aufzutreten, denn der gleiche, in der Erwerbspraxis mitkonkurrierende Amtstierarzt kann durch schlechtere „Qualifikation" den jüngeren um jede Beförderungsaussicht auf amtliche und pensionsberechtigte Anstellung bringen(!); diese letztere ist die Sehnsucht und Hoffnung jedes um seine Familie besorgten Kollegen, wobei jedoch zu bedenken ist, daß infolge der starken Berufsüberfüllung nur ein geringer Prozentsatz auf solche Anstellung rechnen darf. Durch diese ungerechte terrorisierende Qualifikationsmethode werden berechtigte Klagen unterdrückt, Charaktere verdorben und selbstsüchtige, feige Strebernaturen herangezüchtet!

Die Entschädigungen, welche den nichtamtlichen Tierärzten als Vertretern usw. im Amtsdienst „gewährt" werden, sind im Verhältnis zur Festbesoldung der Amtskollegen und der verlangten Leistung miserabel; die Gebühren für Vornahme der Körungen und ähnlicher Dienstgeschäfte sind ob ihrer Lächerlichkeit besonders erwähnenswert. Weiter sei beklagt, daß die Gebühren vom Staat erst nach Monaten ausbezahlt werden!

Die Bezirkstierärzte gehören zu Gehaltsklasse X und XI; haben diese Herren mit ihren Milliarden-Monatsgehältern es wirklich so nötig, dem einfachen Tierarzt, der — ohne Festgehalt — auch (meist) für Familie zu sorgen hat, in der Erwerbspraxis Konkurrenz zu machen, manchmal sogar durch Preisunterbietung schofelster Art und durch andere Beeinflussung der Tierbesitzer? (Ähnlich werden die Verhältnisse bei den Ärzten sein?)

Was „arbeitet" wohl der größte Teil dieser wohlbestallten Staatstierärzte für den Staat, der ihn bezahlt? Gab nicht schon mancher ehrliche Amtskollege offen selbst die geringe Gegenleistung für seinen Gehalt zu? Raus mit der Wahrheit, ihr Kollegen, die ihr diese Verhältnisse kennt, damit es offenkundiger wird, wie hier ein Staatskrippenschmarotzertum den Staat und damit die Allgemeinheit bestiehlt, weil die entsprechende Gegenleistung fehlt!

Was sagen die Beamten derselben Gehaltsklasse zu solchem mühelosen Einkommen dieser Herren?

Hier, ihr Herren der sog. Abbaukommission, wäre Gelegenheit zu einer erfolgreichen Betätigung zum Nutzen eines sparenden Staates und der steuerzahlenden Allgemeinheit.

Weg mit dieser Zwitterstellung von Beamten, die als Polizeiorgan heute dienstlich vorgehen müssen gegen einen Besitzer, um dessen Wohlwollen sie als Praxisjäger morgen wieder buhlen!

Zur Behebung dieser Mißstände stehen zwei Wege offen: Entweder allgemein Vollbesoldung für diese Beamten und entsprechende Dienstanweisung auch betr. Vollbeschäftigung, damit durch Verträge, Inspektionen usw. der Wirtschaft gedient wird, oder Abbau dieser staatlichen Faulenzerposten und Zusammenlegung verschiedener Bezirke; eine reinliche Scheidung zwischen dem unabhängig sein sollenden Staatsbeamten (Praxisverbot) und dem Praxisausübenden ist unbedingt vonnöten.

Die Herren Standesvertreter in Regierung und Ministerium wollen bedenken, daß sie einen Hauptteil ihrer Regierungssorgen der Bedrängnis der notleidenden Praktiker zu widmen haben; mehr Knochen und Mark im Rückgrat den Widersachern gegenüber wird sehr gewünscht. Schafft eine zeitgemäße Standesvertretung und Organisationsordnung! Wir haben das Recht auf Arbeit, ihr aber die Pflicht, uns solche zu beschaffen!

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Mittwoch, den 24. Oktober 1923:

Sektion Westend: Wegen Umbaues des Sektionslokales (Spatenkellers) finden die Sprechabende bis auf weiteres im Gasthaus „Mathäserbräustüberl" (Gollierstraße) statt.

Sekt. Schwabing. Sprechabend im Gasthaus „Arcisgarten", Ecke Arcis-Schellingstraße. Pg. Linnartz spricht über: Hat der Jude ein Ideal? Beginn 8 Uhr.

*

S.A.-Musik

Die Regimentsmusik hält jeden Freitag im Gasthaus Belvedere, Rumfordstraße 17, ihre Proben ab. Parteigenossen, welche Bläser sind, werden gebeten, sich dort zu melden. In heutiger schweren Zeit ist deutsche Musik immer noch ein Mittel, die Not und Sorge für einige Stunden zu vergessen, zudem in der Regimentsmusik ein kameradschaftlicher Geist herrscht und sich wohl jeder Parteigenosse bald heimisch bei der Musik fühlen wird.

Spenden von Musikalien, Instrumenten, Notenpulten usw. werden dankbarst auf der Regimentsgeschäftsstelle, Corneliusstr. 12, entgegengenommen.

*

Deutsch-völkischer Alpenverein

Donnerstag, den 25. Oktober, Vereinsabend im Rokokosaal der Haderbrauerei, Ecke Sendlinger und Hackenstraße.

Für die neue Schihütte bitten wir nochmals Einrichtungsgegenstände, besonders Rupfen für Strohsäcke und Decken zur Verfügung zu stellen. Abgabe: Vereinsabend oder in der Geschäftsstelle H. Mayr, Maillingerstraße 15.

Handel Finanz- und Wirtschaftspolitik

Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß

Die allgemein verbreitete nationalökonomische Lehrmeinung erklärt Arbeit und Kapital als die beiden unerläßlichen Produktionsfaktoren, zu denen noch der Boden als Drittes aufgezählt wird.

Lassen wir den Boden aus dieser kritischen Betrachtung heraus unter der stillschweigenden und selbstverständlichen Anerkennung der Tatsache, daß ohne den Boden, als Träger alles Lebens und damit aller Wirtschaft, nichts entstehen könnte, und scheiden wir die zinskapitalistische Mobilisierung des Bodens, die einen Verkauf von Grundstücken gestattet, aus.

Für unsere Betrachtung handelt es sich darum, ob das Kapital neben der Arbeit als gleichberechtigter Produktionsfaktor anerkannt werden kann, oder ob wir es hier nur mit einer geschickten kapitalistischen Begriffsverwirrung zu tun haben, auf die sich die zinskapitalistische Raubwirtschaft im wesentlichen aufbaut.

Auf den ersten Blick hat die These, daß Arbeit und Kapital zusammenkommen müßten, damit die Güter entstehen können, sehr viel Bestechendes, und vulgär ausgedrückt findet sie ihren Ausdruck in dem Stoßseufzer aller Schaffenden: ohne Geld kannst du nichts machen. Tatsächlich ist auch heute im Rahmen einer vollkommen der Herrschaft des Kapitals unterworfenen Wirtschaft ein Zustand eingetreten, der durch Zurückhaltung des Kapitals zu den ungeheuersten Produktionsstörungen führen kann, und auch schon sehr häufig dazu geführt hat.

Umgekehrt ausgedrückt sagt das Kapital: nur dadurch, daß der Kapitalist sein Kapital den Schaffenden zur Verfügung stellt, kann überhaupt ein Gut entstehen, das Kapital sei also das die Wirtschaft befruchtende, und deshalb sei es nicht mehr wie recht und billig, daß das Kapital einen ganz erheblichen Teil des Arbeitsertrages in Form von Zins und Übergewinn an sich ziehe.

Das scheint alles ganz einleuchtend — nicht etwa, weil es richtig und volkswirtschaftlich gesund wäre, sondern weil es heute tatsächlich so ist. Aber keineswegs beweist die Tatsache, daß der gewaltige Körper einer Volkswirtschaft alljährlich riesige Zins- und Tributlasten an das Kapital abgezapft bekommt, daß dieser Zustand für die Volkswirtschaft gesund und richtig sei.

Um dem Kern des Problems aber näher zu kommen, das ja in seiner Tiefe auch gleichzeitig das Zinsproblem anschneidet, müssen wir eine wirtschaftsphilosophisch grundlegende Betrachtung über den Produktionsvorgang an sich voranstellen.

Von welchen Faktoren ist die Entstehung eines Werkes abhängig, und zwar wesentlich abhängig, und welche Faktoren spielen hierbei eine untergeordnete Rolle?

Alles, was entsteht, verdankt seine Entstehung einem Schöpfungsakt. Heute und in alle Ewigkeit entsteht jedes Werk aus der vorausgehenden geistigen Schöpfung, die durch den Willen des geistigen Schöpfers sein geistiges Schauen in die Erscheinung durch die schöpferische Arbeit umsetzt.

Je höher eine Schöpfung steht, je gewaltiger ein Werk durch die Jahrtausende der Menschheitsgeschichte leuchtet, um so klarer wird die grundlegende Erkenntnis, daß die geistige Arbeit und die Umsetzung des innerlich Geschauten durch der Hände Arbeit das allein Wesentliche ist. Eine Beethovensche Symphonie, eine Ilias, ist fast reine geistige Schöpfung, bei der es nur der Schreibarbeit bedurfte, um diese Werke wirklich zu machen, sie in die Erscheinung treten zu lassen.

Ein Ziegelstein im Feldbrand bedarf zu seiner Entstehung auch zuerst einer langen Reihe geistiger Prozesse, ferner der Bearbeitung des Lehmes, des Zusammenschlichtens und Zwischenschichtens von Brennmaterial, des Ausbrennens, des Abräumens.

Ein Haus bedarf zu seiner Entstehung zuerst der geistigen Schöpfung des Planes und der Übertragung dieser geistigen Schöpfung durch Arbeit, der Arbeit des Grundaushubes, des Maurers, Zimmermanns, Dachdeckers, Spenglers, Schreiners, Malers und der zahlreichen anderen Hilfsgewerbe, bis es endlich seiner Bestimmung zugeführt werden kann. Das Haus verdankt also seine Entstehung einzig und allein der geistigen und körperlichen Arbeit.

Für den Produktionsprozeß ist also die Arbeit der einzig wesentliche Faktor. Daß natürlich Boden da sein muß, auf dem das Haus stehen soll, die Lehmgrube, aus der der Lehm für die Ziegel gewonnen werden muß, und der Wald, aus dem das Holz für den Bau herkommt, ist so selbstverständlich, wie das Vorhandensein der Erde überhaupt Voraussetzung ist für menschliches Schaffen.

Da höre ich aber die Verteidiger der zinskapitalistischen Wirtschaft sagen: Kein Arbeiter arbeitet ohne Lohn, kein Ziegelstein wird geliefert ohne Geld, kein Bauer läßt aus seinem Walde Bäume herausschlagen für den Hausbau, wenn er nicht bezahlt wird — also ist Geld genau so notwendig als die Arbeit!

Im Rahmen der jetzigen Geldwirtschaft ist dies allerdings meistens so üblich, aber durchaus nicht immer der Fall. Ein Bauer, der etwas von der Zimmerei versteht, kann sich sehr wohl ganz allein aus den Bäumen seines Waldes eine Blockhütte oder einen Stadel bauen, seine landwirtschaftlichen einfacheren Werkzeuge selbst anfertigen. Ein großer Vertikaltrust nach Stinnesschem Muster erzeugt in seinen eigenen Gruben Kohle und Erz, er verhüttet dieses Erz in seinen eigenen Hochöfen, er biegt seine eigenen Schiffsplatten und stellt fertige Schiffe her, seine Arbeiter werden verköstigt aus der eigenen Landwirtschaft, der die Fabriken alle notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen liefern — so entsteht auch hier alles aus Arbeit und nur aus geistiger und körperlicher Arbeit.

Aber selbst solche Erörterungen ziehen uns, so nahe sie uns der Erkenntnis der Rangordnung von Kapital und Arbeit bringen, ab von der reinen wirtschaftsphilosophischen Erkenntnis, daß jedes Ding, jedes Werk, einzig und allein seine Entstehung der geistigen und körperlichen Arbeit verdankt. Die Arbeit, und hier wiederum die geistige Arbeit, ist das absolut Primäre, das erste; der Anteil des Materials, der Substanz ist ebenfalls wesentlich, aber in sehr verschiedenem Ausmaß, bei den höchsten Schöpfungen spielt das Mittel zur Objektivierung nur eine ganz untergeordnete Rolle (Papier, Leinwand, Pinsel, Farbe usw.), bei allen Gebrauchsgegenständen spielt das Material zwar eine durchaus unentbehrliche Rolle, aber alles Material läßt sich seinerseits wiederum zurückführen auf vorher von anderen geleistete Arbeit, stellt also schon seinerseits ein Arbeitsprodukt dar.

Dagegen spielt das Kapital für den Produktionsprozeß als solchen, und man möge den Begriff „Produktionsprozeß" sehr scharf und genau fassen, eine ganz untergeordnete Rolle.

Ob ein Dichter oder Maler am Hofe eines kunstsinnigen Fürsten frei seinen Unterhalt findet oder ob er tagsüber Steine klopfen muß und sich von seinem Lohn Papier und Feder kauft, um abends der Kunst zu dienen, ist wieder für die Entstehung der Werke ganz belanglos.

Die von der zinskapitalistischen Nationalökonomie als unerschütterlicher Grundsatz aufgestellte Behauptung, daß Kapital und Arbeit gleichberechtigte Produktionsfaktoren seien, stellt sich schon jetzt als ganz grobe Irreführung unter wissenschaftlichem Deckmantel heraus. Das Kapital selbst ist seiner Natur nach vollkommen unproduktiv, nichts ist entstanden aus Geld, sondern alles und jedes ist einzig und allein entstanden aus Arbeit, aus geistiger Vorschöpfung und körperlicher Arbeit. Das Geld oder das Kapital, um selbst vorerst diese irreführende Gleichsetzung zu gebrauchen, ist im besten Fall ein gutes brauchbares Hilfsmittel, ja ganz gewiß in einer komplizierten Volkswirtschaft ein fast unentbehrliches Hilfsmittel geworden — unentbehrlich aber in gewissem Sinne nur dann, wenn man einen kleinen Ausschnitt irgendeiner Tätigkeit im Rahmen der jetzigen Wirtschaft herausgreift. Dagegen muß die Grunderkenntnis uns immer vor Augen bleiben, daß jedes Ding, jede Leistung nur aus Arbeit entsteht, daß also nur die Arbeit ohne oder mit Material Produktionsfaktor ist und Geld nur Hilfsmittel.

Die Frage der Herbeischaffung der benötigten Rohstoffe, ob durch Kauf, Tausch, Raub oder Kriegsbeute, oder durch Erzeugung in eigenen angegliederten Betrieben, ist (dies sei noch einmal mit aller Entschiedenheit betont) für die Entstehung eines Werkes von ganz nebensächlicher, vollkommen unwesentlicher Bedeutung.

Solche an sich ohne weiteres einleuchtenden Erkenntnisse können gar nicht scharf genug formuliert werden, weil eben die geradezu als Axiom geltende nationalökonomische Lehrmeinung die entgegengesetzte Behauptung aufstellt und damit eine sog. wissenschaftliche Grundlage schafft für die heute tatsächlich bestehende Übermacht des reinen Geldbesitzes über die Arbeit, so daß heute wirklich die Umkehrung gilt: daß ohne Kapital nichts mehr entstehen kann. Heute gilt nicht mehr der Satz vom Arbeiter: „Wenn sein starker Arm es will, stehen alle Räder still", sondern: „von der Gnade des Kapitals ist Wohl und Wehe der Arbeitenden abhängig, obwohl nur durch Arbeit und durch sie allein die jetzt herrschenden Geldmächte geschaffen und hochgezogen worden sind.

Zu welch furchtbaren und verheerenden Folgen diese völlige Umkehrung des gesunden und richtigen Verhältnisses geführt hat, lehrt uns ein Blick auf die heutige zinskapitalistische Wirtschaft, in welcher alle Schöpferkraft der bodenständigen Völker, alle Arbeit der Geldmacht zins- und tributpflichtig geworden ist. Die Arbeit ist der Sklave des Weltleihkapitals.

Gottfr. Feder.

Wucherbeständigkeit

Vor mir liegt eine Rechnung: „1 Paar Damenstiefel, Festmark 15,10, zahlbar nach dem Dollarstand des Zahlungstages geteilt durch 4,2."

Das wird Wertbeständigkeit genannt; in Wirklichkeit ist es wieder eine Maßnahme, um die Wucherbeständigkeit zu stützen und das produktiv arbeitende deutsche Volk noch mehr auszupowern.

Es sei gleich betont, daß der kleine Geschäftsmann, der solche Rechnungen ausgibt, keineswegs die Schuld daran trägt. Er ist dazu gezwungen, weil auch ihm die Rechnungen so gestellt werden.

Aber einerseits ist der Preis von 15,10 Festmark um ein Drittel zu hoch gegenüber den Vorkriegspreisen, wo ein gleiches Paar Damenstiefel um 12 Mark zu kaufen waren.

Andererseits hat der Käufer keine Dollar, sondern Papiermark. Dem Käufer, soweit er zu den produktiv Arbeitenden gehört, schädigt also die Dollarrechnung unmittelbar. Er hat nur „Papiermark". Will er diese „nutzbringend" verwerten, so ist er gezwungen, sein Sinnen und Trachten auf die Ausnutzung des Dollarstandes zu lenken, also zu einer Spekulationstätigkeit, die sich mit der produktiven Arbeit nicht verträgt.

Durch produktive Arbeit ist kein Mensch in der Lage, sich so viel und so rasch die Summe in Papiermark zu erwerben, auf die der Dollarkurs von den Berufsleihkapitalisten und Berufswucherern gesteigert wird.

Also ist das nächstliegende Bestreben des Dollarschuldners, sich über den Dollarkurs zu unterrichten, um, wenn möglich, weniger Papiermark für die Ware aufbringen zu müssen. Heute steht der Dollar auf ungefähr 50 Millionen. Zur Bezahlung obiger Rechnung werden also 15,10×50 000 000:4,2 = 179 761 905 Papiermark benötigt. Noch vor 10 Tagen wäre das Rechnungsergebnis so gewesen: 15,10×9 000 000:4,2 = 32 357 143 Papiermark. Allein durch die Dollarschieberei ist das Paar Damenstiefel innerhalb 10 Tagen um 147 404 762 Papiermark verteuert. (Das war vor sechs Wochen. D. R.)

Denn es gibt im heutigen Wirtschaftssystem keinen einzigen produktiv Arbeitenden, sei er „Arbeitnehmer" oder Gewerbetreibender oder Handwerker oder Bauer, der seine Einnahmen aus dem Ertrag seiner produktiven Arbeit in denselben 10 Tagen allein mit Rücksicht auf 1 Paar (andere Gegenstände sind demselben Wucher unterworfen) Damenstiefel um 75 500 285 Papiermark hätte steigern können.

Wer also vor 10 Tagen die Rechnung nicht bezahlen konnte, kann es heute erst recht nicht. Es ist unmöglich, die Folgen dieses Betrugs, Schwindels und Wuchers durch ehrliche produktive Arbeit einigermaßen auszugleichen.

So wird das Volk zum „Spekulieren", zur Ausübung des Betrugs, Schwindels und Wuchers erzogen. Ein Hohn auf die gesunde Vernunft ist es deshalb, mit Gesetzen und Verordnungen über Wucherbekämpfung diesen Folgen entgegentreten zu wollen. Dadurch werden ja doch meistens nur die kleinen Spitzbuben erwischt.

Wertbeständigkeit heißt das Schlagwort, unter dem die Wucherbeständigkeit neu gefestigt, anders und neu umhüllt wurde.

Das System ist dasselbe. Es ist das moderne Wuchersystem, das abstrakt mit dem Schlagwort „Kapitalismus" bezeichnet wird, aber dem Begriffe nach die Leihkapitalistenwirtschaft ist.

Es ist gleichgültig, ob man Dollar oder Mark, Roggen oder Kohle zu den Summen hinzusetzt im Zahlungsverkehr: Durch das Berufsleihkapitalistentum wird jeder Wert verschoben, und zwar in des Wertes vielseitigster Bedeutung. Es wird der Wertinhalt verschoben durch die unbeschränkt sich auswirkende mathematisch-mechanische Zinswucherberechnungen, und es wird der Wert selbst ins Ausland verschoben, eben dorthin, wo und wie augenblicklich am meisten durchs Spekulieren zu „verdienen" ist. Das kann nur, wer jeder produktiven Arbeit aus dem Wege geht.

L. Wimmer.

Finanzierung der Getreideernten

Während die Kommunalverbände in früheren Jahren die zum Ankauf des in- und ausländischen Markenbrotgetreides erforderlichen Geldmittel unschwer von ihren örtlichen Geldquellen, den Sparkassen, oder von den sie betreuenden landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften oder von den in Bayern befindlichen Banken geliehen erhielten, war infolge der Geldentwertung mit dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1922/23 die Geldbeschaffung jetzt für sie eine weit schwierigere Aufgabe geworden.

Das Staatsministerium für Landwirtschaft hat die Schwierigkeit dadurch rechtzeitig behoben, daß es den Kommunalverbänden laut Entschließung vom 16. Sept. 1922 die Kreditnahme bei der Bayer. Staatsbank aus Mitteln ermöglichte, die die Reichsbank gegen die jeweilige Übernahme der Bürgschaft durch den bayer. Staat zur Verfügung stellte.

Während es im Oktober und Dezember 1922 noch genügte, jeweils 3 Milliarden Mark für die Hingabe von Darlehen an Kommunalverbände zum Ankauf und zur Bewirtschaftung von Umlagegetreide und Auslandsgetreide bereitzustellen, mußten anfangs Februar 1923 schon 10 Milliarden Mark hierfür beim Landtag beantragt werden, welchen bereits im März und Juli 1923 weitere Forderungen von 10 und 50 Milliarden folgten. Anfangs September 1923 hat die Reichsbank dann schon 1½ Billionen Mark, Mitte September weitere 21 Billionen Mark zur Verfügung gestellt, und nunmehr müssen, um nur die Markenbrotversorgung bis 15. Oktober 1923 durchzuführen, wieder 80 Billionen Mark angefordert werden.

Die Flüssigmachung dieser gewaltigen Summen konnte nur dadurch in der erforderlichen Weise beschleunigt werden, daß die Bayer. Staatsbank aus ihren eigenen Mitteln jeweils den kreditbedürftigen Kommunalverbänden vorschußweise Teilkredite bewilligte, bis die Einräumung des gewünschten Gesamtkredits durch die Reichsbank möglich war.

*

Literatur

Ideologe oder Verräter? Seit vergangenem Frühjahr erscheint in Erfurt eine Wochenschrift „Der neue Kurs". Als Herausgeber zeichnet Hellmut Haacke, als Schriftleiter Dr. H. Tuercke. Der Hauptmacher ist in Wirklichkeit Silvio Gesell. Dieser hat früher einmal am „Hammer" mitgearbeitet. Dann trennten sich die Wege. Heute müssen die Völkischen schärfste Stellung gegen Gesell einnehmen. Nicht nur, weil es für ihn keine Rassenfrage, keine Judenfrage gibt. Eher schon, weil es für Gesell kein Bank- und Börsenkapital gibt. Das Tollste leistet sich jedoch „Der neue Kurs", und vor allem Gesell selbst, in der Bekämpfung aller Sachwertbesitzer, die so ziemlich als der Auswurf der Menschheit angesehen werden. Nach Gesell sind sie alle schuld daran, daß die Reparationen noch nicht bezahlt sind. Den Grundbesitzern wirft er vor, daß sie die Markentwertung benutzt haben, um ihre Hypotheken zurückzuzahlen. Deshalb ist er Feuer und Flamme dafür, daß man ihnen so schnell wie möglich, je mehr desto besser, neue Hypotheken aufbrummt, deren Gegenwert bekanntlich den Feinden ausgeliefert werden soll. Ist G. so kurzsichtig, daß ihm nicht klar ist, daß durch derartige Hypotheken das ganze deutsche Volk — nicht nur die Sachwertbesitzer — für alle Zeiten dem internationalen Börsenkapital versklavt wird? Ferner läßt Gesell selten eine Gelegenheit vorübergehen, um die Franzosen für die Edelsten der Menschheit zu erklären und ihnen zu bestätigen, daß ihre Politik gegen Deutschland gerechtfertigt sei; denn wir hätten längst bezahlen können, wenn wir nur gewollt hätten. Abgesehen davon, daß es gar nicht die wichtigste Frage ist, ob wir wollen oder nicht, jedermann mit klaren Sinnen hat doch allgemach erkannt, daß die Franzosen gar nicht wollen, daß wir bezahlen können; daß sie uns einfach vernichten wollen. Gesell hat das noch nicht erfaßt — oder will er nicht?

Andererseits scheut „Der neue Kurs" nicht vor Albernheiten zurück, wenn es nur gilt, das deutsche Volk zu verunglimpfen. So brachte er u. a. einmal einen Artikel, worin die musterhafte Sauberkeit des Russen als Beweis für die Unsauberkeit des Deutschen angeführt wurde. Die Herrschaften vom N. K. müssen ja am besten wissen, wie oft sie sich waschen und baden! — Die stärksten Zweifel in Gesells Ehrlichkeit wurden aber geweckt durch einen Artikel von Mitte September, worin G. die Auslieferung aller Waffen, auch der der Reichswehr, an das Proletariat fordert! Begründung: wenn eine Klasse alle Waffen in Händen hat, so kann es nicht zum Bürgerkrieg kommen! Aus derselben Logik heraus schrieb er einst: „Hätten wir 1914 ein Heer gehabt, von dem alle Welt überzeugt gewesen wäre, daß es beim ersten Schuß die Flucht ergreifen würde, dann wären wir nicht in einem vierjährigen Krieg geschlagen worden!" Diese Streiflichter mögen für heute zur Kennzeichnung Gesells dienen, ob bewußt oder unbewußt — in der Wirkung ist G. Bolschewist, deutschfeindlich. Es muß zu denken geben, daß jemand in heutiger Zeit die Mittel besitzt, um eine wochenlange, sehr kostspielige Propaganda zu treiben, um dann eine neue Zeitschrift herauszugeben. Neuerdings kann sich der Verlag sogar einen Umzug nach Berlin gestatten.

Zu Gesells wirtschaftlichen Theorien vergleiche man: „Währung und Volkswirtschaft. Eine Auseinandersetzung mit Silvio Gesell." Von Paul Lehmann, Hammerverlag, Leipzig 13. Grundzahl 0.10.

Th. Fr.

Da gehört er hin

Der „Morgen" meldet aus Wien, daß es den Marxisten in den letzten Tagen gelungen sei, für sich eine Finanzgröße Wiens zu gewinnen. Der bekannte Wiener Krösus und Präsident der Unionbank, Bosel, wird jetzt in Wien „Genosse Bosel" genannt, da er nach den Rippenstößen, die er in letzter Zeit von der Konkurrenz, insbesondere von der Rothschildgruppe, erhalten hat, in die sozialdemokratische Partei eingetreten ist. Er ist für die Marxisten wahrscheinlich weniger als Person wertvoll, ihnen wird es jedenfalls mehr daran liegen, den „Genossen Bosel" an dem Wahlfonds zu interessieren. Natürlich mit Ziffern, die von Milliarden aufwärts beginnen.

Im übrigen hat Bosel über die Hammerbrotwerke schon längst seinen marxistischen Genossen Wohltaten über Wohltaten erwiesen. Daß er jetzt in die Partei eintritt, ist eine formelle Sache, die auch für den deutschen Arbeiter wieder ein Beweis mehr ist, daß Judentum und Marxismus im Grunde ein und dasselbe bedeuten.

Die schwebende Schuld

In der ersten Oktoberdekade hat sich die schwebende Schuld des Reiches nahezu verdoppelt. Sie betrug am 10. Oktober 89,10 Billiarden gegen 46,84 Billiarden am 30. September. Zu dem riesigen Anwachsen wird von der Reichshauptkasse bemerkt, daß die durch den ungeheuren Sturz der Reichsmark eingetretene weitere Verteuerung aller Bedürfnisse, in Papiermark ausgedrückt, wieder zu einer gewaltigen Belastung der Reichskasse geführt hat. Eine rein rechnerische Ummertung dieses Ausgabenbedarfs in Goldmark würde zu einem falschen Ergebnis führen, weil in den Bedarfssummen zum weitaus größten Teile Ausgaben enthalten sind, die lediglich zum Ausgleich der Geldentwertung geleistet werden müssen und die nicht zu leisten gewesen wären, wenn die Währung stabil geblieben wäre, oder wenn die Beträge, deren Aufwertung infolge der Geldentwertung jetzt notwendig geworden ist, früher wertbeständig hätten ausgezahlt werden können. Eine Aussonderung dieser Ausgaben sei wegen der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten zur Zeit unmöglich. Die Ausgaben für das Rhein-Ruhrgebiet haben zwar stark abgenommen, dagegen sind die Abhebungen der Reichsbahn, die Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrags, sowie die Zuschüsse an die Länder zur Erfüllung ihrer dringendsten staatlichen Aufgaben der Geldentwertung entsprechend weiter angewachsen.

Wirtschaftsrundschau

Börse im November. Der Berliner Börsenvorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, im Monat November den Börsenverkehr in der gleichen Weise wie bisher stattfinden zu lassen. Es sind Bestrebungen im Gange, um eine amtliche Notierung der Devisenkurse auch an den bisher börsenfreien Samstagen herbeizufüren. Eine Entscheidung ist jedoch hierüber noch nicht gefällt.

Wertbeständiges Geld in Hamburg. Die Finanzdeputation wird noch im Laufe der Woche wertbeständiges Geld ausgeben. Die banktechnischen Vorbereitungen kommen aller Voraussicht nach noch während des heutigen Tages zum Abschluß. Es dürfte dann sehr bald möglich sein, auch die Betriebe mit wertbeständigen Zahlungsmitteln für Lohnzahlungen zu versehen.

Die Schließung der Luxusbetriebe und Bars ist angeordnet. Die Notstandsaktion des Senats hat beschlossen, eine einmalige Unterstützung von je 2 Milliarden an sämtliche Unterstützungsempfänger im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrtspflege auszahlen zu lassen. Das Versorgungsamt wird die Hamburgischen Backbetriebe durch Mehlbelieferung in die Lage versetzen, in der Zeit vom 24.—29. Oktober auf die Brotvollkarte und auf die Brotmarken für Kinder ein Einheitsbrot im Gewicht von 1600 Gramm zum Höchstpreis von 4,2 Milliarden abzugeben. Damit ist der Brotpreis zunächst von den Dollarschwankungen unabhängig gemacht.

Die Umrechnungskurse für die Ausfuhrwerte sind für die Zeit vom 20. bis Ende Oktober wie folgt: 100 belgische Franken 21,90 Goldmark, 100 brasilianische Pap.-Milreis 40,92 Goldmark, 100 französische Franks 25,58 Goldmark, 100 italienische Lire 19,20 Goldmark, 100 polnische Mark 0,00051 Goldmark. — Der Kurs für die Umrechnung der Papiermark wird für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923 wie folgt festgesetzt: 1 000 000 deutsche Papiermark = 0,001 Goldmark (1 Million).

Maßnahmen zur Währungsnot. Zur Behebung der Schwierigkeiten, die sich infolge der Steigerung der Dollarkurse und der daraus hervorgegangenen Stockung des Warenumlaufes ergeben haben, hat die Reichsregierung eine Anzahl einschneidender Verordnungen erlassen. Neben diesen betreibt die Reichsregierung die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel mit äußerstem Nachdruck. Ferner ist zur noch größeren Beschleunigung die Ausfertigung von Zahlungsscheinen für bestimmte Zwecke in Vorbereitung. Die Regierung wird auch in allen geeigneten Fällen und unter den selbstverständlichen Bedingungen die Genehmigung erteilen, falls Industriewerke von sich aus wertbeständiges Notgeld ausgeben können und wollen. Über die Einführung von Goldschecks von Banken wird verhandelt. Bei der maßgebenden Bedeutung, die die Devisenkurse für die gesamte innere Preisrechnung haben, sieht sich die Reichsregierung erneut gezwungen, die Vorschriften der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse mit Änderungen, die sich aus den seinerzeitigen Erfahrungen ergeben haben, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes für das gesamte Reichsgebiet erneut in Kraft zu setzen. Die Verordnung soll nur solange in Geltung bleiben, bis durch ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit wertbeständigen Zahlungsmitteln eine Beruhigung auf dem Waren- und Devisenmarkt eingetreten ist. Die Inhaber der Geschäfte, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs feilgeboten werden, werden für verpflichtet erklärt, ihre Verkaufsräume werktäglich zu den üblichen Stunden zur Abgabe von Waren offen zu halten, sowie ihre Waren gegen Zahlung in deutscher Reichsmark abzugeben. Zuwiderhandlungen werden mit hohen Geld- und Freiheitsstrafen belegt. Außerdem kann die Verwaltungsbehörde die Schließung der Betriebe anordnen. Gegen Plünderungen oder gewaltsame Wegnahme sowie die durch Drohung erzwungene Herausgabe von Waren werden schwerste Strafen angedroht.

Neue Banknoten der Bayerischen Notenbank. Die Bayer. Notenbank wird in diesen Tagen neue Banknoten zu 1 und 5 Milliarden Mark zur Ausgabe bringen. Diese werden ebenso wie die von der gleichen Bank vor einigen Tagen in Verkehr gegebenen Banknoten zu 1, 10, 50 und 100 Millionen Mark von allen öffentlichen Kassen Bayerns in Zahlung genommen.

Italienischer Goldzoll ab 20. Okt.: 426 Lire (100 L. nominal, 326 L. Zuschlag).

Die Stadt Augsburg bringt einen Teilbetrag von 1,5 Billionen einer mit 3 Billionen genehmigten 10—22 prozentigen Anleihe zu 2000 Prozent zum Verkauf.

Die polnische Mark. Die „Berichte aus den neuen Staaten" melden, daß vom 1. November 1923 an die Oberschlesien der polnische Post- und Telegraphentarif eingeführt werden wird. Gleichzeitig wird der Überweisungsverkehr in der deutschen Währung eingestellt werden. Im Sinne des Art. 395 der polnisch-deutschen Konvention verliert an diesem Tage in Oberschlesien die deutsche Mark die Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel.

Warenmarkt

Berlin, 23. Okt. (Produktenbericht.) Bei der fortgesetzten Steigerung der Devisenpreise machte auch die Preisbildung am Produktenmarkt für die in Papiermark gestellten Notizen entsprechende Fortschritte. Die Forderungen in Geld entsprachen ungefähr dem gestrigen Stande. Die Umsätze waren wieder nur ganz geringfügig. Das Inland bleibt im allgemeinen mit Käufen sehr zurückhaltend, wenn auch gegen Goldforderung etwas mehr Ware herauskam. Von den Umsätzen in den einzelnen Getreidearten ist nicht viel zu sagen. Hafer ist ab Station nur in Goldmark zu kaufen, an den Konsum aber nur in Papiermark loszuwerden. Die Preise erhöhten sich allgemein entsprechend der Devisenbewegung.

Berliner Metalle.

Berlin, den 23. Oktober 1923

Raffinadekupfer	15 17
Originalhüttenweichblei	7—7.5
Hüttenrohzink im freien Verkehr	8.25—5.75
Originalhüttenrohzink	—
Plattenzink	6.75—7.25
Originalhüttenaluminium	—
Hüttenaluminium in Walzen	—
Bankazinn	56—58
Straitszinn	56—58
Australzinn	55—58
Hüttenzinn	53—55
Reinnickel	32 34
Antimon	7.25—7.75
Silber	1100—1150
Elektrolytkupfer	— —

Die Ziffern gelten in Milliarden.

Berlin, 23. Okt. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 104—105; Roggen, Märkischer 94—95,2; Gerste, Sommergerste, Märkische 93—95; Hafer, Märkischer 73—74; Weizenmehl 280—300; Roggenmehl 270—295; Weizenkleie 38—40; Roggenkleie 38—40; Rapskuchen 60; Torfmelasse 30—32.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 3—3,2; Haferstroh 2,8—3; gebündeltes Roggenlangstroh 2—2,2; Heu, gutes 1,8—2,4; Heu, handelsüblich 1,4—1,8.

Preisbewegung

Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für Anzeigen mit Wirkung vom 23. Oktober auf 12 Millionen festgesetzt.

Buchhändlerschlüsselzahl am 23. Okt. 1923: 10 Milliarden.

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für das deutsche Buchdruckgewerbe vom 18. Oktober und der eingetretenen weiteren Verteuerung sämtlicher Materialien wurde die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe rückwirkend ab 20. Oktober auf 300 Millionen festgesetzt.

Der Branntwein-Ausfuhrpreis ist mit Wirkung ab 23. Oktober auf 77 Milliarden für 100 Liter festgesetzt worden.

Gesellschaften

Bayerische Bauernbank A.G. Am 13. September 1923 wurde in München die Bayerische Bauernbank A.G. mit dem Hauptsitz in Regensburg gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung aller für die Landwirtschaft in Frage kommenden Handelsgeschäfte, die Gewährung von Krediten jeglicher Form an die Landwirte, Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Landwirtschaft treibenden Kreise, insbesondere der Mitglieder der Freien Bauernschaft durch Errichtung von Verkaufsstellen für landwirtschaftliche Produkte und Errichtung von Warenbeschaffungsstellen, Warenvermittlungsstellen für landwirtschaftliche Bedürfnisse, die Organisation des direkten abgekürzten Handelsverkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher sowie Führung und Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte für die Landwirtschaft. Das Grundkapital der Bank beträgt 20 Milliarden Mark in Stammaktien von 1 170 000 Stück zu 5000 M., 10 000 M. und 20 000 M. und Vorzugsaktien von 1000 Stück zu 100 000 Mark.

München. In das Aktienkonsortium der Bayer. Landes-Gewerbebank A.G. München sind neuerdings die Münchener Industriebank und die Rhönbank eingetreten. Die Reserven der Bayer. Landes-Gewerbebank A.G. betragen bei einem Aktienkapital von 181 Millionen Mark heute ca. 4 Billionen Mark.

Kurse

Berlin, 23. Okt. (Devisen.) Infolge der Verordnung der Regierung, nach welcher Devisen und ausländische Banknoten, sowie Dollarschatzanweisungen nur noch zur amtlichen Notierung gehandelt werden dürfen, ist seitens der Bankwelt der bisherige Freiverkehr vollständig eingestellt worden. Vor der Festsetzung der amtlichen Notierungen entwickelte sich, gewissermaßen als Ersatz, ein lebhaftes Geschäft in Goldanleihe, die zwischen 63 und 57 Milliarden schwankte und dann amtlich auf 56 Milliarden bei voller Zuteilung festgesetzt wurde. Dollarschatzanweisungen werden amtlich zu 58 Milliarden bei 5% Zuteilung festgesetzt, wobei Orders bis 1000 Dollars ausfielen. Für Devisen war die Nachfrage bei der amtlichen Kursfeststellung nicht groß. Es handelt sich zumeist um kleinere Beträge. Die Notierung erfolgte auf der Grundlage von 250 bzw. 56 Milliarden für London und Neuyork. Die angeforderten Beträge wurden mit Ausnahme von Prag voll ausbezahlt. Im Effektenverkehr Stimmung anfangs lustlos, später wegen Nachfrage des Publikums befestigt.

Der Dollar

55 860 000 000 G 56 140 000 000 B

Zürich, 23. Okt. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 218,50, Berlin unnotiert, Wien 0,0078¾, Prag 16,57, Paris 32,25½, London 25,21½, Italien 24,85, Brüssel 27,75, Budapest 0,0305, Neuyork 5,61, Agram 6,87½, Warschau 0,0005, Kopenhagen 97,60, Stockholm 147,50, Christiania 85,60, Madrid 74,90, Buenos Aires 180,50, Sofia 5,35.

Berlin, den 23. Oktober 1923. Devisen-Kurse.

	23. 10. vor. Geldk.	23. 10 Brief	19. 10. Geld
Amstd.-Rd. 1 Fl.	21,546	21,654	15561
Buen. Air. 1 Pes.	17,955	18,045	12768
Christiania 1 Kr.	*8478,750	8521,250	61446
Kopenhagen 1 Kr.	9675,750	9724,250	69426
Stockholm 1 Kr.	14563,500	15636,500	1047375
Helsingf. 1 f. M.	1476,300	1483,700	105735
Italien 1 Lira	2423,850	2466,150	1789515
London 1 Pfd. St.	249,375	250,625	179550
New-York 1 Dollar	55860,000	56149 000	39900 r 50°/o
Schweiz 1 Frcs.	9875,250	9924,750	7112175
Spanien 1 Pes.	7381,500	7418,500	53466
Japan 1 Yen	27431,250	57568,750	19551
Rio 1 Milreis	5087,250	5112,750	365085
Wien 1 Kr.	778,050	781,950	* 564585
Prag 1 Kr.	1645,875	1654,125	118503
Agram 1 Dinar	678,300	681,700	484785
Budapest 1 Kr.	3092,050	31077,50	*2194500
Sofia 1 Leva	533,602,500	536337,500	381045

Berlin, den 23. Oktober 1923. Noten.

	23. 10. Geld	23. 10. Brief	22. 10. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	55860000	56170000	39900
Englische „	249375	250625	179,550
Italienische „	2453,850	2466,150	1789,515
Rumänische „	259,350	260,650	185,535
Schweizer „	9875,25	9224,750	7112,175
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	1596	1604	1185,03
Kleine Tschechen	1571	1579	1147,125
Österreich. abgest.	778000	782000	553000
„ neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	33,670	35,360	34000
Holländische „	21 546	21,645	15,561
Ungarische „	1296	1304,-	698000

* Alle Devisen in Millionen Mark, mit Ausnahme von Wien und Budapest.

Dollarmittelkurs

Berlin, 23. Okt. Der Mittelkurs des Reichsbankdollars beträgt am 23. Oktober 56 Milliarden.

Indexzahlen

1 Goldmark am 22. Okt. = 9 523 809 523 P.-M.
Goldsteuerf. 20.—23. Okt. = 936 000 000
Goldzollaufg. 20.—23. Okt. = 93 599 999 900 %
Großhnd.-Index 16. Okt. = 1 093 000 000fach
Lebenshalt.-Index 15. Okt. = 691 900 000fach
Gütervk.-Index ab 18. Okt. = 1 000 000 000
Pers.-Vk.-Index ab 18. Okt. = 600 000 000
Buchhdl.-Schlüssz. 23. Okt. = 10 000 000 000
Buchdruckg.-Schl. 20. Okt. = 300 000 000
Anzeigenschl. 23. Okt. = 12 000 000
Landabgabe 20.—23. Okt. = 936 900 000
Dollarmittelkurs 23. Okt. = 56 000 000 000

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Ragl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck. Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Alpenländisches Bankgeschäft
VOITH & Co. / Kommanditges.
MÜNCHEN
Maximiliansplatz 22 (Parkhotel) · Telephon: 28314—17, 23720, 23734
Telegr.-Adr.: Alpenbank · Girokonto: Bayer. Staatsbank
FILIALEN:
GARMISCH / PARTENKIRCHEN / OBERAMMERGAU
MITTENWALD
An- und Verkauf von Wertpapieren / Konto-Korrent- und Scheckverkehr / Devisen und Sorten

Münchener Theater- und Vergnügungs-Anzeiger

Theater-Spielplan

National-Theater
Mittwoch, 24. Okt., abends 7 Uhr: Troubadour.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7 Uhr: Zar und Zimmermann.

Residenz-Theater
Mittwoch, 24. Okt., abends 7.30 Uhr: Alles um Geld.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7.30 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.

Prinzregenten-Theater
Mittwoch, 24. Okt., abends 7 Uhr: Die deutschen Kleinstädter.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7 Uhr: Florian Geyer.

Theater a. Gärtnerplatz
Mittwoch, 24. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7.30 Uhr: Die Siegerin.

Schauspielhaus
Mittwoch, 24. Okt., abends 7.30 Uhr: Über die Kraft.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7.30 Uhr: Ein Traumspiel.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Mittwoch, 24. Okt., abends 7.30 Uhr: Faschingsfee.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7.30 Uhr: Faschingsfee.

Volks-Theater
Mittwoch, 24. Okt., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Mittwoch, 24. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.
Donnerstag, 25. Okt., abds. 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.

Tabarin Luitpold
Dir.: Anton Schneider
Art. Leit. J. Ambrunn
Salvatorplatz 4. Tel. 27799
Ellen Eléna
Denti Margot
usw.
— Kein Weinzwang —

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53464
Direktion
Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr:
Peter Kante
Alois Pöschl
Ab 10½ Uhr:
Bar Wien-München

Rosen-Casino
Vornehmes Wein- und Speisehaus
Schommerstraße 19
am Stachus
Täglich
Künstlerkonzert
Tanz

Künstler-Marionetten-Spiele
Von-der-Tann-Str. 2
Jeden Samstag und Sonntag
Aufführungen von Märchen, Singspielen und Spielopern
Siehe Spielplan

SERENISSIMUS
Am Siegestor Dir. F. RANDOW Fernruf 31491
Täglich der große Erfolg „Am Deutschen Rhein"
und das hervorragende Programm. Kein Weinzwang.

Bunter Vogel
Tel. 23327 Adalbertstr. 41a Linie 7
Gutbürgerliches Haus
Täglich Summungskonzert

Torggelstube
Telephon 20976 Platzl 8 neben Hofbräuhaus

TUSCULUM
KONZERTCAFÉ
MARIENPLATZ 11/12 OSKAR HART

Gaststätte Foerster
Liebigstraße 8 Telephon 23655
Vorzügliche Küche .. .. Bestgepflegte Weine

Weingaststätte Damböck
Barer Straße 55
Telephon 28316

Löwenbräu-Keller
Große Konzerte

Gaststätte Malkasten
München, Augustenstr. 78, Tel. 54700
Vorzüglicher Mittag- u. Abendtisch
Täglich Künstlerkonzerte
Bunte Vorträge
BESITZER JOSEF VOGL

Ankauf von
Brillanten
Gold. u. silb. Herrenuhren
Gebisse — Zähne — Platin
Gold- u. Silbergegenstände
Hans Bermüller
Kapellenstr. 3/I beim Karlstor (neben Oberpollinger), gegenüber Café Fürstenhof / Fernsprecher Nr. 53816
Separate Ankaufsräume

Höchsten Tagespreis für
alte Gebisse
einzelne Zähne, Platinstifte zahlt
Ehm, Morassistr. 2, Laden
(Ecke Zweibrückenstraße).

Heilanstalt für
Haut- und Geschlechts-
Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth.
Sprechstunden: 10—1 und 3—6½ Uhr
Dr. med. J. Kopp
Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

Völkische
lest den Reichswart
Herausgeber Graf E. Reventlow
Probenummern sendet auf Verlangen der Verlag:
Berlin SW 11
Dessauer Straße 6
Postscheckkonto: Berlin Nummer 8814

Hakenkreuz-
Brosche, Anhäng., Châtelaine mit schwarzweißrotem Band, Nadeln, Edelweiß in Alpaka u. Email. Edelmetallanfertigung auf Bestellung. Große Auswahl zu jeweilig. Tagespreis. Ortsgruppen und Vereine Vorzugspreise.
NB! Bei Veranstaltungen, wie Deutsch. Tag (Verkaufsstand) im Festsaale der N.S.D.A.P.
Parteigenosse
Louis Frankl
München-Ost
Sedanstr. 5/o r.

Am Hauptbahnhof
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Ankauf von
BRILLANTEN
Becher, Ringe, Ketten, Dosen usw.
Uhren, Gold, Silber, Platin, Zähne, Gebisse
Hans Straßberger
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Luxussteuerfreier Verkauf. Ankauf von Gemälden

Ankauf · Verkauf
gebrauchter
Herrenkleider
Militärkleider
Spezialgeschäft:
Heinrich Herfert
Bayerstraße 1/I. / Tel. 51375
Verleih
von Hochzeits-, Gesellschafts-Anzügen / Zylindern

Spezial-Ankauf von
Zähnen sowie alten Gebissen
Brillanten, Platin, Gold, Silber, Uhren, Doublé in jeder Form
Jakob Birkert
Sonnenstr. 27 I. Stock
Eingang der Tuchhandlung Kramer
Jeder Verkauf an mich ist steuerfrei und meine Luxus-Nr. 221

Gymnasiast
der 6. Klasse (Untersendling) sucht
Nachhilfe Latein u. Griechisch
Zuschriften unter 1652 an die Anzeigen-Abtlg.

Zur Lieferung u. Montage von
Windjacken
empfehlen sich
Eichner & Co., G. m. b. H.
Kulmbach

Kleine Anzeigen im Völkischen Beobachter haben besten Erfolg!

Neu! Zeit u. Verluste sparend! Wichtig f. alle Geschäfte!
UMRECHNUNGSTABELLE A
Gesetzl. geschützt. Nachahmung, Nachdruck usw. verboten.
HERAUSGEBER: FRITZ HENTSCHEL, LANGENSALZA
Sie können mit Hilfe dieser Tabelle in wenigen Minuten jede fremde Währung, Festmark, Grundmark oder Multiplikator usw. schnell und genau von Goldmark in Papiermark umrechnen.
1 Block (25 Stck.) Grundpr. 75 Pf. × Schlüsselz. d. Buchhand. 1 Bl. wiegt 100 g. Bestellen Sie sofort gegen Voreinsendung durch F. W. Hentschels Wwe. Fritz Hentschel in Langensalza, Postscheckkonto Leipzig 40213. Keine Bankschecks. Bei Anfragen Rückporto beifügen. Wiederverkäufer und Buchhandel durch den Verlag
LANGENSALZAER TAGEBLATT LANGENSALZA

Soeben erschien!
Mussolini und der Fascismus
von Ferd. Güterbock
Grundpreis geb gebunden M. 2,—
broschiert M. 1,40
Deutschvölkische Buchhandlung / München
Fr. Eher Nachfolger
Thierschstraße 15 · Postscheckkonto München 11346 · Am Kosttor 2

Verschiedenes

33 einzugsfreie Wohnsitze
sofort greifbar
in Südbayern
14 Landgüter, 10 Villen und Schlösser, teils mit Ökonomie, 9 ländl. Wohn-Blockhäuser.
Ferner 21 Rentehäuser sowie viele Bauplätze in und bei München und in schönstem Oberland.
„Haco"
Finanz- & Immobilien A.-G., Hannover
Büro München, Bayerstr. 5/II
Tel. 58633

Zum Betrieb (Werkgemeinschaft) einer
kleineren Trikotfabrik
sucht
württ. völk. Fabr. in Bayern geeignete
Räumlichkeiten.
Drehstromanschluß u. Flußwasser erw.
Angeb. unt. 1657 an die Anzeigen-Abt.

Amtl. Anzeigen

Bekanntmachung

über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn, hier Erhöhung der Steuerermäßigungen ab 21. Oktober 1923.

1. Für die 4. Oktoberwoche — 21. mit 27. Oktober — sind die Sätze, um die sich der vom Arbeitslohn (Bar- und Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermäßigt, durch Vervielfältigung der für die 2. Septemberhälfte 1923 festgesetzten Ermäßigungen mit der vom Reichsminister der Finanzen für die 4. Oktoberwoche festgesetzten Verhältniszahl **„zweihundertzehn"** vom Arbeitgeber zu berechnen. Ist der Arbeitslohn für eine Lohnzahlungsperiode (Woche, Tag, Stunde) nach dem 20. Oktober, jedoch spätestens am 27. Oktober 1923 fällig geworden und gezahlt worden, so sind bei der Berechnung des Steuerabzugs die Ermäßigungen der **2. Septemberhälfte** mit **„zweihundertzehn"** zu vervielfältigen.

Es beträgt daher z. B. bei wöchentlicher Lohnzahlung die Ermäßigung

für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau je	36 288 000 M.
für jedes Kind	241 920 000 M.
der sogenannte Werbungskostenpauschsatz	302 400 000 M.

Im übrigen wird auf das Merkblatt verwiesen, das anfangs Oktober von den Finanzämtern abgegeben wurde und das auch derzeit noch bei den Finanzämtern abgeholt werden kann.

2. Der ab 16. Oktober erhöhte Wertanschlag für die Sachbezüge bleibt unverändert.

München, den 19. Oktober 1923.

Die Finanzämter München II und III.